

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
8 — 50103 — 5112/62

Bonn, den 7. März 1962

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung
des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1962 (Haushaltsgesetz 1962)

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne des Bundeshaushaltsplans 1962 sowie der Nachweis über das Vermögen und die Schulden des Bundes nach dem Stande vom 31. Dezember 1960 liegen diesem Schreiben bei. *)

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Die Entwürfe der Einzelpläne 02 (Bundestag) und 03 (Bundesrat) sind in der vom Vorstand des Bundestages bzw. dem Präsidium des Bundesrates beschlossenen Fassung übernommen worden. Es handelt sich insoweit nicht um eine verantwortliche Vorlage der Bundesregierung.

Die Aufteilung der Verfügungssummen in den Einzelplänen 15 und 23 bleibt vorbehalten.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 23. Februar 1962 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zum Gesetzentwurf Stellung genommen. Seine Änderungsvorschläge und Bemerkungen sind zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung dazu in der Anlage 2 enthalten.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Adenauer

*) *Einzelpläne und Nachweis als Sonderdruck verteilt*

Anlage 1

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Rechnungsjahr 1962
(Haushaltsgesetz 1962)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962 wird in Einnahme und Ausgabe auf

53 540 134 000 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

51 740 086 900 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

1 800 047 100 Deutsche Mark.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.

§ 3

(1) Bei Anwendung des § 30 a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 80 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(2) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt im Rechnungsjahr 1962 als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann abweichend von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zur verbilligten Beschaffung von Bauland zulassen, daß bundeseigene unbebaute Grundstücke unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel drei Jahre nach Abschluß des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaus bebaut

werden. Unterbleibt die Bebauung, so ist das Eigentum an dem Grundstück gegen Erstattung der Kosten wieder auf den Bund zurückzuübertragen. Der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gemäß § 47 Abs. 3 der Reichshaushaltsordnung bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Bundesschatzministers im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in Abweichung von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen, daß bewegliche Sachen, die aus Zuwendungen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erworben sind und im Eigentum des Bundes stehen, den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen unentgeltlich übereignet werden.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in Abweichung von § 50 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung die Änderung von Kreditverträgen mit ausländischen Schuldern zuzulassen, wenn dies im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt.

§ 4

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabebetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabebetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberesultat und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

§ 5

§ 75 der Reichshaushaltsordnung ist im Rechnungsjahre 1962 in der Weise anzuwenden, daß bei Feststellung des Jahresergebnisses nur die tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahme) und die tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgabe) berücksichtigt werden.

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen darf seine Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushalts-

ordnung zur Verausgabung von Beträgen, die bei übertragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1961 nicht verwendet sind (Ausgabereste), nur erteilen, wenn innerhalb desselben Einzelplans Beträge in gleicher Höhe für diesen Zweck in Abgang gestellt werden oder wenn sichergestellt ist, daß in demselben Einzelplan am Schluß des Rechnungsjahres 1962 Ausgabereste in gleicher Höhe verbleiben, soweit nicht besondere Ausgabemittel zur Deckung dieser Ausgaben im Haushaltsplan veranschlagt sind. Der Bundesminister der Finanzen kann in Ausnahmefällen zulassen, daß der Ausgleich in anderen Einzelplänen vorgenommen wird.

§ 7

(1) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet sind, sowie über Ausgabemittel des außerordentlichen Haushalts bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Auch der Beginn von Hochbaumaßnahmen bedarf der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von Mitteln für bestimmte Ausgabebetitel oder für Gruppen von solchen von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite, insbesondere bei den Einnahmen aus den Beiträgen der Länder zum Ausgleich des Fehlbedarfs im Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962, oder die Sicherung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts es erfordern.

§ 8

(1) Alle Ausgabenansätze sind nur mit einem um 12 vom Hundert niedrigeren Betrag bewilligt. Das gilt nicht für den Verteidigungshaushalt und für Ausgaben, zu deren Leistung der Bund rechtlich verpflichtet ist.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann eine Befreiung des einzelnen Haushaltsansatzes von der 12prozentigen Kürzung zulassen, wenn die Ausgabe bis zur vollen Höhe des Ausgabenansatzes aus unabweislichen Gründen zwangsläufig ist.

§ 9

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

1. Titel 104 a und 104 b,
2. Titel 108 und 217,
3. Titel 201 a, b und c,
4. Titel 204 und 205,
5. Titel 207 a, b und c.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 102 zur Verstärkung der bei Titel 103 veranschlagten Mittel;

3. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;

4. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 109, 110 und 111;

5. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb der Kapitel 33 03, 33 04, 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei Titel 160 zur Verstärkung der bei Titel 161 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(4) Innerhalb des Kapitels 14 12 sind gegenseitig deckungsfähig die Mittel folgender Titel:

1. Titel 711 bis 716,
2. Titel 717 bis 723,
3. Titel 725 bis 730,
4. Titel 731 bis 739,
5. Titel 741 bis 746,
6. Titel 750 bis 759,
7. Titel 760 bis 768,
8. Titel 771 bis 774,
9. Titel 780 bis 783,
10. Titel 791 bis 796,
11. Titel 801 bis 806,
12. Titel 811 bis 816,
13. Titel 817 bis 824.

(5) Gegenseitig deckungsfähig sind die übertragbaren Mittel folgender Titel, und zwar nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke:

- Kapitel 10 02 Titel 570 a und 570 b,
- Kapitel 12 17 Titel 570 a und 570 b,
- Kapitel 32 05 Titel 680 und 681,
- Kapitel 60 02 Titel 571 a und 571 b,
- Kapitel 60 02 Titel 955 a und 955 b,
- Kapitel 60 04 Titel 950 a und 950 b.

(6) Nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke können von den übertragbaren Mitteln verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 29 Titel 215 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 06 29 Titel 703;
3. Einsparungen bei Kapitel 06 30 Titel 304 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 30 Titel 215 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 571 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 571 a oder 571 c;
5. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 572 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 572 a;

6. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 573 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 573 a;
 7. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 574 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 574 a;
 8. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 575 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 575 a;
 9. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 576 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 576 a;
 10. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 577 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 577 a;
 11. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 579 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 579 a;
 12. Einsparungen bei Kapitel 10 10 Titel 306 zur Verstärkung der bei Kapitel 10 10 Titel 300 veranschlagten Mittel;
 13. Einsparungen bei Kapitel 12 17 Titel 570 c zur Verstärkung der bei Kapitel 12 17 Titel 570 a und 570 b veranschlagten Mittel;
 14. Einsparungen bei Kapitel 14 12 Titel 825 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 14 12 Titel 220 und Titel 711 bis 824;
 15. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 570 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 570 a veranschlagten Mittel;
 16. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 570 c zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 570 a veranschlagten Mittel;
 17. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 571 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 571 a veranschlagten Mittel;
 18. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 580 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 580 a veranschlagten Mittel;
 19. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 581 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 581 a veranschlagten Mittel;
 20. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 582 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 582 a veranschlagten Mittel;
 21. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 582 c zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 582 a veranschlagten Mittel;
 22. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 588 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 588 a veranschlagten Mittel;
 23. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 830 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 830 a veranschlagten Mittel;
 24. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 830 c zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 830 a veranschlagten Mittel;
 25. Einsparungen bei Kapitel 36 04 Titel 960 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 36 04 Titel 712;
 26. Einsparungen bei Kapitel 36 04 Titel 961 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 36 04 Titel 717;
 27. Einsparungen bei Kapitel 36 04 Titel 714 zur Verstärkung der bei Kapitel 36 04 Titel 609 veranschlagten Mittel;
 28. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575 b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 575 a veranschlagten Mittel;
 29. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575 b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 710 veranschlagten Mittel.
- (7) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesminister der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.
- (8) Die übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 02 bis 35 04 sind nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel gegenseitig deckungsfähig.
- (9) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die gegenseitige Deckungsfähigkeit der übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 11 a, 35 11 b nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel anzuordnen.

§ 10

Die im Haushaltplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn dürfen abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, die zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn zugelassen sind, wenn sie erfolgreich in die Aufgaben dieser Laufbahn eingeführt sind und, soweit erforderlich, die Aufstiegsprüfung abgelegt haben.

§ 11

Der Bundesminister der Finanzen ist berechtigt, für das Rechnungsjahr 1962 im Benehmen mit dem Bundesminister des Innern und mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen eine nicht ruhegehaltfähige und widerrufliche Stellenzulage (§ 21 des Bundesbesoldungsgesetzes) zu gewähren.

§ 12

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages neue Planstellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu schaffen, wenn der Mehrbedarf auf Grund neuer Aufgaben unabweisbar und unaufschiebbar ist und nicht durch Übertragung von Planstellen nach § 19 Abs. 2 gedeckt werden kann. Über den weiteren Verbleib dieser Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 13

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen umzuwandeln oder zusätzlich zu schaffen, soweit dies gemäß § 71 e des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 21. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1578) erforderlich ist.

§ 14

Nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Rechtsstellung der zu Offizieren im Verwaltungsdienst der Truppe ernannten Beamten der Bundeswehr erhalten diese vom Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ernennung zu Soldaten auf Zeit Dienstbezüge aus den bei Kapitel 14 04 und 14 07 für den Verwaltungsdienst der Truppe veranschlagten Planstellen entsprechend den Dienstgraden, die ihnen auf Grund des obengenannten Gesetzes verliehen worden sind.

§ 15

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet;

in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß unverzüglich zu unterrichten.

(4) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen nach den Absätzen 1 und 3 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland unter Wegfall der Bezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

§ 16

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem oberen Bundesgericht gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 21. Juli 1956 (Bundesgesetzblatt I S. 662) und des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 26. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 297) zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden oberen Bundesgerichts eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem oberen Bundesgericht zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 17

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 18

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1962 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund von § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten

Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost werden verpflichtet, ein Drittel von den im Rechnungsjahr 1962 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Deutschen Bundesbank auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht. Das zu übernehmende Drittel wird im Verhältnis 3 : 2 auf die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost aufgeteilt.

(3) Soweit die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost nach den Absätzen 1 und 2 zur Übernahme von Zinsen verpflichtet werden, sind die Zinsverpflichtungen nur aus dem Sondervermögen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost zu erfüllen.

§ 19

(1) Werden Aufgaben von einer Dienststelle auf eine andere innerhalb des Geschäftsbereichs eines Bundesministers oder vom Geschäftsbereich eines Bundesministers zu dem eines anderen übertragen, so sind auch die Mittel und Planstellen auf die nunmehr zuständige Haushaltsstelle zu übertragen. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist von der Übertragung zu unterrichten.

(2) Zum Ausgleich des Personalbedarfs in den Geschäftsbereichen der Bundesminister kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen und Mittel von einem Kapitel auf ein anderes Kapitel desselben oder eines anderen Einzelplans übertragen. Der Beschluß ergeht auf Antrag eines Bundesministers. Eines Beschlusses der Bundesregierung bedarf es nicht, wenn die beteiligten Bundesminister einig sind oder der Personalausgleich innerhalb eines Einzelplans erfolgt. Vor der Beschlußfassung und vor Übertragungen nach Satz 3 ist der Präsident des Bundesrechnungshofs von dem zuständigen Bundesminister zu hören.

(3) Die Übertragung von Mitteln oder Planstellen nach Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 3 bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(4) § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleibt durch die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 unberührt.

§ 20

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 4 500 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf. Soweit Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 21

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 20 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1961 vom 10. April

1961 (Bundesgesetzbl. II S. 357) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1961 bleibt bis zum 31. Dezember 1962 wirksam.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1962 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 1 800 047 100 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 22

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die im Rechnungsjahr 1961 über die Haushaltsansätze und den Ermächtigungsrahmen des § 20 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1961 hinaus unter Vorbehalt der Genehmigung durch ein künftiges Haushaltsgesetz übernommenen weiteren Verpflichtungen zur Förderung der Entwicklungsländer bis zur Höhe von 1 850 000 000 Deutsche Mark endgültig einzugehen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Rechnungsjahr 1962 Verpflichtungen für künftige Rechnungsjahre zur Förderung der Entwicklungsländer bis zum Betrage von 1 250 000 000 Deutsche Mark einzugehen. Die Ermächtigungsrahmen in Absatz 1 und bei Kapitel 23 02 Titel 300 bleiben hiervon unberührt.

§ 23

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. zugunsten deutscher Ausführer

a) für Ausfuhrgeschäfte. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt,

b) für Ausfuhrgeschäfte, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht;

2. für Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht, oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundes-

minister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 14 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 7 000 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 24

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zum Höchstbetrage von 1 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 25

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 3 000 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt;
2. für Vorsorgemaßnahmen in Berlin.

§ 26

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 6 750 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. zur Förderung des Wohnungsbaues und der damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Landesrentenbank aus der Ausgabe von Inhaber-

schuldverschreibungen erwachsen (zu vergleichen § 4 des Gesetzes über die Deutsche Landesrentenbank vom 7. Dezember 1939 — Reichsgesetzbl. I S. 2405 — in der Fassung des § 5 des Gesetzes zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung vom 15. Mai 1953 — Bundesgesetzbl. I S. 224);

5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) — Grüner Plan;
6. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;
7. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 27

Auf die Höchstbeträge der §§ 23 bis 26 werden nach Maßgabe der Nummern 1 bis 5 die dort bezeichneten Gewährleistungen angerechnet, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat:

1. auf den in § 23 Abs. 2 festgelegten Höchstbetrag von 14 000 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;
2. auf den in § 23 Abs. 2 festgelegten Höchstbetrag von 7 000 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 21 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 2 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;
3. auf den in § 24 festgelegten Höchstbetrag von 1 500 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 22 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 3 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;
4. auf den in § 25 festgelegten Höchstbetrag von 3 000 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 23 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 4 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;
5. auf den in § 26 festgelegten Höchstbetrag von 6 750 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 24 des Haushaltsgesetzes 1961 oder auf Grund der in § 25 Nr. 5 des Haushaltsgesetzes 1961 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind.

§ 28

(1) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Ge-

währleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(2) Gewährleistungen nach den §§ 23 bis 26 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 23 bis 26 können mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 29

(1) Die §§ 20, 21, 23 bis 28 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vierteljährlich über den Stand der nach §§ 23 bis 28 übernommenen Verpflichtungen zu berichten.

§ 30

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr bei der Durchführung des Straßenbauplans 1962 eine Gesellschaft des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfern-

straßen zu beauftragen. Hierbei finden die Vorschriften des Abschnitts IV des Verkehrsfinanzgesetzes 1955 vom 6. April 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 166) entsprechende Anwendung.

§ 31

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofs als Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 32

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 33

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 34

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1962 in Kraft.

Begründung

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1962 entspricht im wesentlichen den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes 1961.

Zu § 1

§ 1 enthält die Zahlen des Gesamtabschlusses.

Zu §§ 2 bis 7

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 8

Der Ausgleich des Entwurfs des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1962 konnte nur durch Veranschlagung einer Minderausgabe herbeigeführt werden. Zum Zweck des Haushaltsausgleichs sind alle Bewilligungen der zivilen Ressorts mit Ausnahme solcher Ausgaben, zu deren Leistung der Bund rechtlich verpflichtet ist, um 12 v. H. gekürzt worden.

Zu § 9 (im Vorjahr § 8)

Die Vorschrift enthält die Fälle der gegenseitigen und einseitigen Deckungsfähigkeit von Haushaltsmitteln. Sie ist im wesentlichen unverändert.

Neu eingefügt ist Absatz 4, der die Deckungsfähigkeit innerhalb der einmaligen Bautitel des Kapitels 14 12 vorsieht. Die Bereitstellung der Haushaltsmittel für die Baumaßnahmen der Bundeswehr muß zeitlich mit den Planungen und dem Baufortschritt abgestimmt sein. Durch kurzfristige Planungsänderungen oder durch einen unerwartet raschen Baufortschritt ergibt sich häufig ein unvorhersehbarer Mittelbedarf, der auf Grund der verteidigungsmäßigen Planungen unabweisbar ist. Um eine Vielzahl von überplanmäßigen Ausgaben zu vermeiden, ist die Anordnung der Deckungsfähigkeit innerhalb der Bautitel notwendig.

Zu §§ 10 und 11 (im Vorjahr §§ 9 und 10)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Die Beibehaltung des § 11 (im Vorjahr § 10) ist erforderlich, weil sonst für eine Reihe von Stellenzulagen (z. B. im Bereich der Bundeswehr), die Gegenstand einer künftigen Novelle zum Bundesbesoldungsgesetz sind, die Rechtsgrundlage wegfielen. Weiter ist die Bestimmung auch deshalb notwendig, um im Laufe des Rechnungsjahres in unabweisbaren und unaufschiebbaren Fällen Stellenzulagen gewähren zu können.

Zu § 12

Die Ermächtigung bildet die Grundlage dafür, daß in dringenden Fällen, d. h. wenn eine Zurückstellung

der Personalanforderung bis zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1963 nicht möglich ist, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages noch im Laufe des Rechnungsjahres 1962 neue Planstellen geschaffen werden können. Die Beschränkung auf die Schaffung neuer Planstellen schließt aus, daß Planstellen auf Grund dieser Vorschrift gehoben werden. Über den weiteren Verbleib der mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehenen Planstellen entscheidet der Haushaltsgesetzgeber bei der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1963.

Zu § 13 (im Vorjahr § 11)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert. An die Stelle des § 18 b Abs. 2 G 131 (F. 1957), der die Ermächtigung zur Schaffung zusätzlicher Planstellen zur entsprechenden Wiederverwendung von Unterbringungsteilnehmern enthielt, ist auf Grund des Dritten Gesetzes zur Änderung des G 131 mit Wirkung ab 1. Oktober 1961 die Vorschrift des § 71 e Abs. 2 getreten.

Zu § 14 (im Vorjahr § 12)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 15 (im Vorjahr § 13)

Die Absätze 1 bis 4 sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Durch den neuen Absatz 5 soll in Anbetracht der steigenden Verwendung von Beamten in Entwicklungsländern die bisher für zu zwischen- und überstaatlichen Einrichtungen beurlaubte Beamte getroffene Regelung der Absätze 1 bis 4 auf diesen Personenkreis ausgedehnt werden.

Zu § 16 (im Vorjahr § 14)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert. In Anpassung an die Sprachregelung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht und des Bundesbesoldungsgesetzes (§ 44) sind lediglich in Absatz 1 die Worte „zum Bundesrichter beim Bundesverfassungsgericht“ in „zum Richter des Bundesverfassungsgerichtes“ geändert worden.

Zu §§ 17 bis 19 (im Vorjahr §§ 16 bis 18)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 20 (im Vorjahr § 19)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Statt der bisherigen Wiederholung der Kreditermächtigung bis zum Acht- bzw. Zweifachen des

Nennbetrages ist nunmehr ein unbeschränktes Revolvieren des Kreditbetrages vorgesehen worden, nachdem die Bundesschuldenverwaltung ihre früheren Bedenken zurückgestellt hat.

Zu § 21 (im Vorjahr § 20)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 22

Aus politischen Gründen konnte sich die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1961 weiteren Zusagen an Entwicklungsländer auf Gewährung von Kapitalhilfe über den Rahmen der verfügbaren Mittel und Ermächtigungen hinaus nicht entziehen. Um die Verpflichtungen aus diesen Zusagen, die unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch ein künftiges Haushaltsgesetz erteilt wurden, endgültig eingehen zu können, bedarf es der in Absatz 1 vorgesehenen Ermächtigung.

Der Ermächtigungsrahmen des Absatzes 2 ist dazu bestimmt, die finanziellen Hilfsmaßnahmen für Entwicklungsländer durch Gewährung von Kapitalhilfe wirksam fortzusetzen.

Zu §§ 23 bis 29 (im Vorjahr §§ 21 bis 27)

Allgemeines

In den §§ 23 bis 29 werden, wie im Vorjahr, die nach Umfang und Risiko besonders bedeutsamen Sicherheitsleistungsermächtigungen zusammengefaßt.

Zu § 23

Der Wortlaut entspricht den Bestimmungen des Vorjahres. Die Erhöhung des Ermächtigungsbetrages für Ausfuhrgeschäfte beruht auf der Ausweitung der Ausfuhr und der Ausdehnung der Zahlungsziele insbesondere bei großen Investitionsgüterlieferungen nach den Entwicklungsländern. Die Erhöhung des zweiten Ermächtigungsbetrages ist wegen der erheblichen Ausweitung der Maßnahmen für Entwicklungsländer erforderlich.

Zu § 24

Der Wortlaut entspricht der Vorschrift des Vorjahres. Die Ermäßigung des Ermächtigungsbetrages ist möglich, nachdem weitere Mittel für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt sind.

Zu § 25

Wortlaut und Höhe der Ermächtigung entsprechen den Bestimmungen des Vorjahres.

Zu § 26

Die Ermächtigung zugunsten des Wohnungsbaues (Nr. 3) ist um einen neuen Tatbestand erweitert worden. Danach kann künftig die Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden durch Übernahme von Bundesbürgschaften gefördert werden.

Innerhalb des gegenüber dem Vorjahr unveränderten Ermächtigungsbetrages von 6 750 000 000 Deutsche Mark ist für die gewerbliche Wirtschaft ein Rahmen von 2 000 000 000 Deutsche Mark vorgesehen, für das Verkehrswesen ein Rahmen von 1 800 000 000 Deutsche Mark, für den Wohnungsbau ein Rahmen von 500 000 000 Deutsche Mark, für Verbindlichkeiten der Deutschen Landesrentenbank 900 000 000 Deutsche Mark, für die übrigen Maßnahmen, vor allem für Notmaßnahmen, ein Rahmen von 1 550 000 000 Deutsche Mark.

Zu § 27

Die Anrechnungsvorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu §§ 28 und 29

Der Wortlaut entspricht den Vorschriften des Vorjahres.

Zu §§ 30 bis 33 (im Vorjahr §§ 28, 31 bis 33)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Entwurf
zum
Gesamtplan
des Bundeshaushaltsplans
1962

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	1961
		DM	mehr (+) weniger (-)	DM	DM
1	2	3	4	5	6
01					
Bundespräsident und Bundespräsidialamt					
01 01	Bundespräsident	—	—	213 600	213 600
01 03	Bundespräsidialamt	29 200	— 6 000	1 216 300	1 057 100
	Zusammen	29 200	— 6 000	1 429 900	1 270 700
02					
Deutscher Bundestag					
02 01	Deutscher Bundestag	185 300	— 12 200	9 357 200	8 044 500
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	600	—	448 300	394 100
	Zusammen	185 900	— 12 200	9 805 500	8 438 600
03					
Bundesrat					
03 01	Bundesrat	23 200	— 1 000	1 281 600	1 175 300
04					
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt					
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	15 100	— 600	2 905 200	2 712 400
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
04 03	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	219 100	+ 16 800	7 126 700	6 588 400
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Zusammen	234 200	+ 16 200	10 031 900	9 300 800
05					
Auswärtiges Amt					
05 01	Auswärtiges Amt	820 200	+ 351 200	22 058 200	20 729 900
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	4 210 000	+ 490 000	123 298 200	118 617 100
05 04	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete	—	—	—	—
	Zusammen	5 030 200	— 841 200	145 356 400	139 347 000
06					
Bundesminister des Innern					
06 01	Bundesministerium des Innern	34 300	— 5 900	15 939 200	14 134 000
06 02	Allgemeine Bewilligungen	3 276 400	+ 1 125 000	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht	179 000	+ 23 600	3 740 000	3 451 700
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	400	+ 300	431 300	293 500
06 05	Bundesdisziplinarhof	1 000	—	1 309 900	1 196 900
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof	100	—	336 000	309 800

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14	15
140 000	140 000	500 000	375 000	—	—	853 600	+ 125 000	01 01
752 600	584 600	1 515 000	288 000	304 500	65 900	3 788 400	+ 1 792 800	01 03
892 600	724 600	2 015 000	663 000	304 500	65 900	4 642 000	+ 1 917 800	
4 750 400	4 118 000	23 804 400	23 467 800	1 085 000	1 713 000	38 997 000	+ 1 653 700	02 01
148 200	151 300	—	—	—	—	596 500	+ 51 100	02 03
4 898 600	4 269 300	23 804 400	23 467 800	1 085 000	1 713 000	39 593 500	+ 1 704 800	
440 100	415 800	234 000	184 900	—	—	1 955 700	+ 179 700	03 01
604 700	570 700	700 000	700 000	811 600	13 600	5 021 500	+ 1 024 800	04 01
— 10 600 000	— 8 100 000	—	—	—	—	— 10 600 000	— 2 500 000	04 02
2 081 000	1 400 500	82 962 300	69 374 700	1 725 900	662 000	93 895 900	+ 15 870 300	04 03
—	—	52 497 600	44 282 400	—	—	52 497 600	+ 8 215 200	04 04
— 7 914 300	— 6 128 800	136 159 900	114 357 100	2 537 500	675 600	140 815 000	+ 22 610 300	
17 073 100	14 370 800	191 500	91 500	1 474 800	1 561 600	40 797 600	+ 4 043 600	05 01
—	—	223 905 600	258 645 800	10 360 000	—	234 265 600	— 24 380 200	05 02
28 265 000	25 559 000	3 207 700	2 423 600	32 445 600	10 641 400	187 216 500	+ 29 975 400	05 03
—	—	2 917 400	2 533 900	—	—	2 917 400	+ 333 500	05 04
45 338 100	39 929 800	230 222 200	263 694 800	44 280 400	12 203 200	465 197 100	+ 10 022 300	
2 406 600	2 093 300	101 800	1 800	198 900	31 500	18 646 500	+ 2 385 900	06 01
— 60 000	— 60 000	620 328 900	459 238 800	32 963 200	22 375 000	653 232 100	+ 171 678 300	06 02
458 900	446 700	14 000	11 800	20 000	31 800	4 232 900	+ 290 900	06 03
55 300	30 700	—	—	—	—	486 600	+ 162 400	06 04
231 900	234 200	45 000	35 000	—	3 900	1 586 800	+ 116 800	06 05
34 800	34 100	18 000	15 000	—	—	388 800	+ 29 900	06 06

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	1961
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
06					
06 07	Bundesdisziplinarkammern	32 000	+ 10 000	405 800	353 200
06 08	Statistisches Bundesamt	314 600	+ 1 100	24 993 300	21 678 900
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz	59 000	+ 13 900	10 969 400	6 978 700
06 10	Bundeskriminalamt	75 300	— 13 200	10 932 500	8 555 100
06 11	Bundesgesundheitsamt	651 200	+ 239 500	6 965 200	5 600 100
06 13	Bundesarchiv	42 900	— 5 000	1 738 500	1 661 700
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung	72 100	+ 4 000	1 264 000	1 177 200
06 15	Bundesverwaltungsamt	78 900	— 25 300	4 425 400	3 252 400
06 16	Institut für angewandte Geodäsie, Kartographie und Photogrammetrie	163 600	+ 9 400	3 609 900	3 423 100
06 19	Bundesanstalt für zivilen Bevölkerungsschutz	428 500	+ 1 200	11 958 700	9 538 000
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	456 200	+ 272 000	—	—
06 25	Bundesgrenzschutz	1 321 200	+ 90 100	116 509 800	111 656 700
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern	32 500	+ 1 400	2 185 300	1 897 600
06 29	Deutsches Archäologisches Institut	24 300	+ 3 000	3 544 900	3 169 100
06 30	Deutsches Historisches Institut	800	—	365 200	374 100
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	1 000	—	69 400	50 400
06 33	Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	15 100	— 100	814 600	772 000
06 34	Institut für Ost-Westforschung	100	—	868 500	433 500
06 35	Bundeszentrale für Heimatdienst	1 700	—	887 500	676 300
06 36	Kriegsfolgenhilfe und gleichartige Leistungen	30 720 000	— 3 208 000	—	—
	Zusammen	37 982 200	— 1 463 000	224 264 300	200 634 000
07					
Bundesminister der Justiz					
07 01	Bundesminister der Justiz	1 994 700	+ 52 400	7 337 900	6 131 500
07 04	Bundesgerichtshof	2 124 700	+ 103 000	9 462 000	8 440 700
07 05	Deutsches Patentamt	49 410 000	+ 3 993 000	24 347 000	21 923 000
07 06	Bundespatentgericht	1 000	—	4 683 900	4 295 800
07 07	Oberstes Rückerstattungsgericht	31 600	+ 25 800	1 105 500	1 249 800
	Zusammen	53 562 000	+ 4 174 200	46 936 300	42 040 800
08					
Bundesminister der Finanzen					
08 01	Bundesministerium der Finanzen	311 900	+ 116 800	33 285 900	30 146 900
08 02	Allgemeine Bewilligungen	3 000	+ 3 000	—	—
08 03	Bundesfinanzhof in München	5 500	+ 1 000	2 325 500	2 034 400
08 04	Bundesfinanzverwaltung	36 763 800	+ 1 173 000	431 175 600	387 186 800
08 07	Amt für Wertpapierbereinigung in Bad Homburg v.d.H.	706 600	— 348 500	618 400	749 300
08 08	Bundeshauptkasse in Bonn	—	—	804 000	794 800
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach (Main)	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionsen in Stadthagen	100	—	183 700	256 100
	Zusammen	37 790 900	+ 945 300	468 393 100	421 168 300

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
164 300	152 900	50 000	33 000	—	—	620 100	+ 81 000	06 07
2 497 300	1 015 800	3 193 500	3 044 200	6 753 700	11 397 800	37 437 800	— 698 900	06 08
1 964 400	1 189 000	6 229 600	5 470 300	98 700	39 900	19 262 100	+ 5 584 200	06 09
1 520 000	1 243 500	2 553 800	2 470 800	1 563 100	722 400	16 569 400	+ 3 577 600	06 10
1 374 600	1 208 300	1 398 500	1 193 600	2 988 100	2 982 300	12 726 400	+ 1 742 100	06 11
785 400	663 700	547 600	488 500	337 000	506 300	3 408 500	+ 88 300	06 13
402 400	386 700	331 900	276 600	—	—	1 998 300	+ 157 800	06 14
1 092 500	1 006 800	27 252 900	26 749 000	9 700	325 200	32 780 500	+ 1 447 100	06 15
513 900	852 600	523 900	322 000	1 221 100	37 900	5 868 800	+ 1 233 200	06 16
3 255 000	2 570 500	39 533 400	31 051 000	58 660 500	83 509 000	113 407 600	— 13 260 900	06 19
—	—	15 460 000	2 266 000	5 000 300	5 494 800	20 460 300	+ 12 699 500	06 24
13 978 800	12 974 700	32 718 000	28 660 500	91 179 000	46 772 200	254 385 600	+ 54 321 500	06 25
259 900	319 300	67 200	45 500	44 600	19 800	2 557 000	+ 274 800	06 26
970 800	976 100	1 671 600	1 421 600	1 263 500	1 120 600	7 450 800	+ 763 400	06 29
107 800	89 700	52 400	42 400	—	10 000	525 400	+ 9 200	06 30
29 600	26 900	10 000	2 500	—	—	109 000	+ 29 200	06 31
133 800	127 500	—	—	—	—	948 400	+ 48 900	06 33
158 200	117 700	185 000	—	106 000	65 600	1 317 700	+ 700 900	06 34
174 900	170 400	8 625 000	8 625 000	—	27 000	9 687 400	+ 188 700	06 35
—	—	624 074 800	665 512 800	1 000 000	3 406 800	625 074 800	— 43 844 800	06 36
32 511 100	28 871 100	1 384 986 800	1 236 977 700	203 407 400	178 879 800	1 845 169 600	— 199 807 000	
1 273 500	894 500	612 800	520 900	330 300	285 100	9 554 500	+ 1 722 500	07 01
899 000	766 400	375 000	262 700	4 900	190 200	10 740 900	+ 1 080 900	07 04
3 044 200	2 919 600	5 286 900	4 989 000	103 800	124 500	32 781 900	+ 2 825 800	07 05
93 800	61 800	10 000	10 000	—	152 600	4 787 700	+ 267 500	07 06
181 400	363 600	669 800	685 500	—	230 000	1 956 700	— 572 200	07 07
5 491 900	5 005 900	6 954 500	6 468 100	439 000	982 400	59 821 700	+ 5 324 500	
3 573 700	3 174 700	—	—	1 095 500	6 300	37 955 100	+ 4 627 200	08 01
—	—	3 070 200	179 727 800	—	—	3 070 200	— 176 657 600	08 02
212 800	179 400	—	—	—	—	2 538 300	+ 324 500	08 03
121 967 800	112 759 800	4 165 100	225 000	25 157 600	20 627 800	582 466 100	+ 61 666 700	08 04
394 400	527 000	192 200	178 100	—	—	1 205 000	+ 249 400	08 07
—	—	—	—	—	—	804 000	+ 9 200	08 08
—	—	—	—	—	—	—	—	08 09
41 400	43 700	—	—	—	—	225 100	— 74 700	08 10
126 190 100	116 684 600	7 427 500	180 130 900	26 253 100	20 634 100	628 263 800	— 110 354 100	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (-)	1962	1961
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
09					
Bundesminister für Wirtschaft					
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	732 800	— 105 500	27 724 500	24 868 400
09 02	Allgemeine Bewilligungen	468 500	+ 49 200	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	3 186 100	+ 206 000	11 590 000	10 513 700
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	4 685 600	+ 594 100	4 114 700	3 530 200
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft	59 900	+ 6 300	5 343 000	4 753 100
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation	5 800	— 100	1 549 300	1 445 300
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung	1 832 900	+ 195 100	5 415 400	5 203 400
09 08	Bundeskartellamt	623 400	+ 100 000	2 896 600	2 644 000
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung	3 722 600	+ 513 600	1 948 400	1 872 500
09 10	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	1 544 700	+ 462 700	1 142 400	633 000
09 11	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	1 700	+ 1 700	797 100	—
	Zusammen	16 864 000	+ 2 023 100	62 521 400	55 463 600
10					
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten					
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	220 500	— 9 700	13 239 500	11 877 800
10 02	Allgemeine Bewilligungen	488 021 200	+ 7 576 400	—	—
10 03	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft	4 960 900	+ 10 300	3 410 800	3 392 000
10 04	Bundessortenamt	706 700	+ 61 100	1 233 600	1 086 300
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	694 900	+ 72 300	4 809 300	4 315 300
10 11	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft	434 200	+ 94 000	2 049 500	1 803 000
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	367 600	+ 227 000	1 965 200	1 524 900
10 13	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	186 800	— 42 700	1 626 800	1 439 100
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht	68 200	+ 5 100	716 000	593 200
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung	185 300	+ 600	1 153 300	1 038 400
10 16	Bundesforschungsanstalt für Fleischforschung	1 695 900	+ 1 526 500	627 500	578 200
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung	52 600	+ 40 200	916 000	758 600
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse	18 500	— 4 900	361 000	286 900
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung	42 100	— 24 200	614 800	539 000
10 20	Bundesanstalt für Hauswirtschaft	12 300	— 300	379 500	368 700
10 21	Bundesanstalt für Naturschutz, Landschaftspflege und Vegetationskunde	27 700	+ 27 700	456 000	—
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	32 900	—	1 696 200	1 408 200
	Zusammen	497 728 300	+ 9 559 400	35 255 000	31 009 600
11					
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung					
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	93 600	+ 12 800	10 057 100	9 112 500
11 02	Allgemeine Bewilligungen	37 000	+ 37 000	—	—
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	51 400	+ 11 900	1 780 800	1 500 600
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz	5 000	+ 1 000	363 400	314 300
11 05	Bundesarbeitsgericht	77 800	+ 17 400	1 497 200	1 382 300
11 06	Bundesversicherungsamt	12 900	— 1 500	2 004 600	1 851 900
11 07	Bundessozialgericht	103 000	+ 18 000	3 015 700	2 713 700
11 08	Ziviler Ersatzdienst	2 248 800	+ 448 800	1 296 900	1 085 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
4 050 000	3 896 500	877 500	883 300	1 287 900	1 916 800	33 939 900	+ 2 374 900	09 01
—	—	79 453 700	55 717 000	1 400 000	1 812 500	80 853 700	+ 23 324 200	09 02
2 739 600	2 109 800	1 943 000	1 753 600	5 146 600	3 953 200	21 419 200	+ 3 088 900	09 03
485 700	434 600	47 000	42 000	—	—	4 647 400	+ 640 600	09 04
1 311 200	1 219 500	—	—	4 000 000	2 688 100	10 654 200	+ 1 993 500	09 05
410 700	356 200	1 620 000	1 125 000	5 900	68 600	3 585 900	+ 590 800	09 06
1 065 500	1 071 100	1 574 000	1 392 300	4 239 000	4 092 900	12 293 900	+ 534 200	09 07
406 200	448 600	10 000	10 000	5 000	10 000	3 317 800	+ 205 200	09 08
429 200	408 600	1 850 500	1 831 000	6 255 300	5 157 600	10 483 400	+ 1 213 700	09 09
356 100	193 000	—	6 000	217 800	250 000	1 716 300	+ 634 300	09 10
225 300	—	60 000	—	741 400	—	1 823 800	+ 1 823 800	09 11
11 479 500	10 137 900	87 435 700	62 760 200	23 298 900	19 949 700	184 735 500	+ 36 424 100	
1 768 400	1 603 800	2 828 100	2 851 300	4 437 200	2 100 800	22 273 200	+ 3 839 500	10 01
—	—	2 221 782 300	1 862 438 100	882 460 000	1 039 317 200	3 104 242 300	+ 202 487 000	10 02
1 592 000	1 575 100	—	—	11 600	4 700	5 014 400	+ 42 600	10 03
173 700	185 800	1 120 900	808 600	21 200	35 600	2 549 400	+ 433 100	10 04
949 000	632 400	944 500	765 200	500 900	584 700	7 203 700	+ 906 100	10 10
420 600	390 600	819 200	592 100	507 300	1 256 800	3 796 600	— 245 900	10 11
427 200	394 400	632 800	189 000	82 100	1 328 700	3 107 300	— 329 700	10 12
259 900	244 800	355 700	245 300	1 505 500	2 639 400	3 747 900	— 820 700	10 13
165 700	164 900	140 300	108 800	800 000	216 200	1 822 000	+ 738 900	10 14
354 400	243 300	375 200	214 200	3 000	116 200	1 885 900	+ 273 800	10 15
113 600	92 500	247 800	216 500	1 527 500	30 000	2 516 400	+ 1 599 200	10 16
165 800	120 800	126 800	70 200	137 900	623 800	1 346 500	— 226 900	10 17
105 900	70 900	71 400	45 400	9 000	—	547 300	+ 144 100	10 18
125 100	93 600	183 700	156 600	—	7 100	923 600	+ 127 300	10 19
107 100	113 300	51 100	44 600	5 000	18 500	542 700	— 2 400	10 20
143 000	—	52 300	—	30 000	—	681 300	+ 681 300	10 21
674 200	683 300	335 600	276 700	285 000	150 000	2 991 000	+ 472 800	10 24
7 545 600	6 609 500	2 230 067 700	1 869 022 600	892 323 200	1 048 429 700	3 165 191 500	+ 210 120 100	
1 760 400	1 671 100	880 000	826 000	444 000	178 800	13 141 500	+ 1 353 100	11 01
—	—	15 523 400	11 337 000	15 900 000	383 000 000	31 423 400	— 362 913 600	11 02
205 800	185 800	—	—	—	—	1 986 600	+ 300 200	11 03
112 400	97 400	17 100	17 100	6 300	5 000	499 200	+ 65 400	11 04
191 800	166 800	65 000	65 000	9 500	—	1 763 500	+ 149 400	11 05
435 400	423 700	—	—	—	6 800	2 440 000	+ 157 600	11 06
255 400	257 700	46 000	40 000	12 400	—	3 329 500	+ 318 100	11 07
125 000	125 000	1 768 400	525 000	800 000	800 000	3 990 300	+ 1 455 300	11 08

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (-)	1962	1961
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
11					
11 09	Sozialreform	—	—	1 297 800	1 211 200
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	2 175 000	+ 1 195 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	11 204 000	— 802 000	—	—
11 12	Kindergeld	—	—	—	—
11 13	Sozialversicherung	1 500 000	+ 630 000	—	—
	Zusammen	17 508 500	+ 1 568 400	21 313 500	19 171 500
12	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesministerium für Verkehr	175 400	+ 1 200	17 860 200	17 860 200
12 02	Allgemeine Bewilligungen	109 809 300	+ 82 578 800	—	—
12 03	Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung	99 515 600	+ 6 867 000	68 087 000	63 318 000
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	—	—	—	—
12 05	Bundesschleppbetrieb in Münster (Westf.)	—	—	—	—
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	202 800	+ 39 200	1 025 000	947 900
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	33 100	+ 19 300	889 800	712 900
12 08	Bundesanstalt für Schiffsvermessung in Hamburg	660 500	—	544 200	472 200
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	1 596 000	+ 40 000	7 675 800	6 513 000
12 10	Bundesfernstraßen	16 282 900	+ 6 219 400	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenbau in Köln	2 367 100	+ 1 299 000	1 098 100	683 400
12 12	Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	16 044 000	+ 1 986 400	7 238 800	5 797 000
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten in Frankfurt (Main)	23 000	—	117 100	118 400
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	1 841 300	+ 359 800	25 055 900	23 062 900
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main)	262 300	— 82 700	26 306 900	24 873 000
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	31 400	—	826 000	748 500
12 17	Luftfahrt	680 000	— 20 000	—	—
	Zusammen	249 524 700	+ 99 307 400	156 724 800	145 107 400
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen ..	—	—	82 700	77 700
13 03	Bundesdruckerei	11 363 400	+ 2 588 100	—	—
	Zusammen	11 363 400	+ 2 588 100	82 700	77 700
14	Bundesminister der Verteidigung				
14 01	Bundesministerium der Verteidigung	20 000	— 5 500	64 583 000	54 035 800
14 02	Allgemeine Bewilligungen	65 839 000	+ 45 587 300	—	—
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	—	—	1 641 872 000	1 293 808 700
14 04	Bundeswehrverwaltung	1 000	—	970 766 700	723 091 100
14 05	Bildungswesen	3 000	—	—	—
14 06	Seelsorge	15 000	+ 12 000	7 436 500	5 245 700
14 07	Rechtspflege	—	—	3 017 700	2 282 500
14 08	Sanitätswesen	4 000	—	—	—
14 10	Verpflegung	—	—	—	—
14 11	Bekleidung	—	— 100 000	—	—
14 12	Unterbringung	24 750 000	+ 3 636 200	—	—
14 13	Pionierwesen	—	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	3 390 000	— 500 000	—	—
14 15	Feldzeugwesen	—	—	—	—
14 16	ABC-Schutzmaterial	—	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	16 000	+ 5 000	—	—
14 18	Schiffe und Marinegerät	—	—	—	—
14 19	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	5 235 500	— 234 500	—	—
14 21	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und nachgeordneter Bereich	870 900	+ 870 900	88 996 600	61 432 200
14 22	Wehrersatzwesen	—	—	50 209 200	38 583 300
14 23	Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten	60 500	+ 60 500	253 681 800	143 945 600
	Zusammen	100 204 900	+ 49 331 900	3 080 563 500	2 322 424 900

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
98 000	122 000	67 000	72 000	—	—	1 462 800	+ 57 600	11 09
—	—	4 042 242 000	4 257 086 000	107 300	—	4 042 349 300	— 214 736 700	11 10
—	—	96 847 500	152 250 000	—	—	96 847 500	— 55 402 500	11 11
—	—	528 000 000	—	—	—	528 000 000	+ 528 000 000	11 12
—	—	6 553 005 100	6 503 664 800	—	2 500 000	6 553 005 100	+ 46 840 300	11 13
3 184 200	3 049 500	11 238 461 500	10 925 882 900	17 279 500	386 490 600	11 280 238 700	— 54 355 800	
3 656 200	3 560 000	—	—	20 300	11 400	21 536 700	+ 105 100	12 01
— 25 087 800	— 15 517 600	1 444 130 900	905 057 300	39 570 000	8 072 000	1 458 613 100	+ 561 001 400	12 02
9 238 600	8 723 700	162 445 200	145 860 200	192 459 300	31 835 500	432 230 100	+ 182 492 700	12 03
—	—	—	—	565 000	—	565 000	+ 565 000	12 04
—	—	—	—	—	—	—	—	12 05
234 800	179 500	137 600	53 500	6 700	116 200	1 404 100	+ 107 000	12 06
112 800	88 700	149 000	60 000	166 800	30 000	1 318 400	+ 426 800	12 07
63 300	55 200	—	—	—	—	607 500	+ 80 100	12 08
738 700	628 200	1 465 400	1 289 200	1 148 700	1 875 400	11 028 600	+ 722 800	12 09
—	—	2 372 000 000	2 132 000 000	—	—	2 372 000 000	+ 240 000 000	12 10
202 800	131 000	293 500	39 000	772 700	214 700	2 367 100	+ 1 299 000	12 11
2 108 500	1 934 100	5 172 800	4 307 800	7 000	2 015 700	14 527 100	+ 472 500	12 12
33 800	33 800	80 000	79 000	—	—	230 900	— 300	12 13
2 044 900	1 997 300	6 382 800	6 129 600	1 689 200	1 286 300	35 172 800	+ 2 696 700	12 14
2 268 800	2 141 500	11 539 100	8 122 600	12 175 200	8 878 900	52 290 000	+ 8 274 000	12 15
168 900	173 800	140 000	79 500	—	—	1 134 900	+ 133 100	12 16
—	—	120 683 800	92 560 700	—	—	120 683 800	+ 28 123 100	12 17
— 4 215 700	4 129 200	4 124 620 100	3 295 638 400	248 580 900	54 336 100	4 525 710 100	+ 1 026 499 000	
—	—	—	—	—	—	82 700	+ 5 000	13 01
—	—	—	—	2 778 400	1 025 500	2 778 400	+ 1 752 900	13 03
—	—	—	—	2 778 400	1 025 500	2 861 100	+ 1 757 900	
9 754 700	8 727 500	7 232 800	5 068 000	1 390 600	638 300	82 961 100	+ 14 491 500	14 01
165 828 300	66 204 300	1 114 528 800	2 072 402 900	158 500 000	19 875 000	1 438 857 100	— 719 625 100	14 02
71 656 100	67 814 600	120 059 500	92 268 500	16 611 200	5 968 900	1 850 198 800	+ 390 338 100	14 03
29 830 700	26 726 400	227 800	122 700	1 261 100	688 100	1 002 086 300	+ 251 458 000	14 04
—	—	21 781 600	13 970 700	1 800 900	962 000	23 582 500	+ 8 649 800	14 05
1 112 000	1 068 400	1 076 500	815 800	709 800	292 800	10 334 800	+ 2 912 100	14 06
157 100	154 100	31 000	30 000	1 000	5 000	3 206 800	+ 735 200	14 07
—	—	58 850 000	38 924 000	209 000 000	15 200 000	267 850 000	+ 213 726 000	14 08
—	—	225 994 000	122 586 900	49 880 000	19 174 800	275 874 000	+ 134 112 300	14 10
—	—	244 204 000	265 687 200	374 900 000	335 367 200	619 104 000	+ 18 049 600	14 11
359 950 000	198 193 000	102 851 500	42 700 700	1 474 814 300	224 559 800	1 937 615 800	+ 1 472 162 300	14 12
—	—	10 000 000	6 799 000	50 000 000	40 000 000	60 000 000	+ 13 201 000	14 13
—	—	76 000 000	91 500 000	348 000 000	262 000 000	424 000 000	+ 70 500 000	14 14
—	—	355 364 200	377 695 000	2 750 000 000	1 851 500 000	3 105 364 200	+ 876 169 200	14 15
—	—	5 200 000	4 290 000	49 000 000	10 000 000	54 200 000	+ 39 910 000	14 16
—	—	221 560 000	284 718 000	40 000 000	59 000 000	261 560 000	— 82 158 000	14 17
—	—	71 900 000	72 600 000	477 000 000	441 853 200	548 900 000	+ 34 446 800	14 18
—	—	514 200 000	288 260 000	1 785 600 000	1 104 136 700	2 299 800 000	+ 907 403 300	14 19
8 518 800	7 414 700	14 423 400	10 948 700	23 759 300	21 751 100	135 698 100	+ 34 151 400	14 21
5 631 900	3 898 600	12 634 500	11 031 700	224 600	110 000	68 700 200	+ 15 076 600	14 22
—	—	11 231 600	5 070 800	—	—	264 913 400	+ 115 897 000	14 23
652 439 600	380 201 600	3 189 351 200	3 807 490 600	7 812 452 800	4 413 082 900	14 734 807 100	+ 3 811 607 100	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	1961
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	15				
	Bundesminister für Gesundheitswesen				
15 01	Bundesministerium für Gesundheitswesen	—	—	1 200 000	—
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht	15 000	+ 6 000	2 334 900	2 152 700
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	12 900	— 1 400	9 681 900	8 701 200
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
23 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ..	32 000 700	+ 32 000 700	1 660 000	—
23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
	Zusammen	32 000 700	+ 32 000 700	1 660 000	—
	24				
	Bundesschatzminister				
24 01	Bundesschatzministerium	141 400	+ 19 100	5 373 200	6 632 300
24 02	Allgemeine Bewilligungen	186 167 300	+ 76 949 500	—	—
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	211 957 000	+ 25 818 300	—	—
24 04	Bundesbaudirektion Berlin	246 700	+ 38 100	6 228 400	5 807 500
	Zusammen	398 512 400	+ 102 825 000	11 601 600	12 439 800
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung				
25 01	Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	16 900	— 1 000	5 772 400	4 945 800
25 02	Allgemeine Bewilligungen	162 669 500	+ 18 474 000	—	—
	Zusammen	162 686 400	+ 18 473 000	5 772 400	4 945 800
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	2 000	+ 500	4 071 600	3 747 700
26 02	Allgemeine Bewilligungen	7 250 000	+ 1 420 000	—	—
26 03	Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin, Gießen und Uelzen	1 100	+ 100	5 185 700	4 698 400
26 05	Bundesausgleichsamt in Bad Homburg v. d. H.	4 600	+ 200	2 818 200	2 621 700
	Zusammen	7 257 700	+ 1 420 800	12 075 500	11 067 800
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	100 700	— 65 100	4 331 400	4 136 600
27 02	Allgemeine Bewilligungen	89 000	+ 89 000	—	—
	Zusammen	189 700	+ 23 900	4 331 400	4 136 600
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	2 800	— 3 400	726 700	640 700

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
400 000	—	—	—	400 000	—	2 000 000	+ 2 000 000	15 01
342 500	338 500	4 000	4 000	1 222 500	200 000	3 903 900	+ 1 208 700	19 01
1 300 700	1 199 000	100 000	100 000	25 000	26 800	11 107 600	+ 1 080 600	20 01
700 000	—	—	—	250 000	—	2 610 000	+ 2 610 000	23 01
—	—	232 080 000	—	—	—	232 080 000	+ 232 080 000	23 02
700 000	—	232 080 000	—	250 000	—	234 690 000	+ 234 690 000	
945 500	923 000	—	—	2 004 700	71 900	8 323 400	+ 696 200	24 01
—	—	11 202 500	7 700 000	35 000 000	—	46 202 500	+ 38 502 500	24 02
50 200 000	56 700 000	88 804 000	76 367 100	52 574 200	34 835 200	191 578 200	+ 23 675 900	24 03
6 380 800	2 719 500	90 000	70 000	4 700	5 300	12 703 900	+ 4 101 600	24 04
57 526 300	60 342 500	100 096 500	84 137 100	89 583 600	34 912 400	258 808 000	+ 66 976 200	
786 000	685 500	150 000	90 000	6 700	17 800	6 715 100	+ 976 000	25 01
—	—	1 355 973 600	1 527 113 800	73 800 000	57 353 300	1 429 773 600	— 154 693 500	25 02
786 000	685 500	1 356 123 600	1 527 203 800	73 806 700	57 371 100	1 436 488 700	— 153 717 500	
514 500	487 500	—	—	—	—	4 586 100	+ 350 900	26 01
—	—	184 503 800	125 842 200	1 709 400	1 500 000	186 213 200	+ 58 871 000	26 02
633 400	605 200	12 000	9 000	102 000	—	5 933 100	+ 620 500	26 03
333 800	350 200	—	—	6 800	9 500	3 158 800	+ 177 400	26 05
1 481 700	1 442 900	184 515 800	125 851 200	1 818 200	1 509 500	199 891 200	+ 60 019 800	
1 230 900	1 102 300	—	140 781 400	397 700	10 100	5 960 000	— 140 070 400	27 01
—	—	134 035 000	—	880 500	—	134 915 500	+ 134 915 500	27 02
1 230 900	1 102 300	134 035 000	140 781 400	1 278 200	10 100	140 875 500	— 5 154 900	
108 900	101 600	—	—	—	23 100	835 600	+ 70 200	28 01

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	1961
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	29				
	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen				
29 01	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen	5 563 500	+ 1 525 300	1 600 600	1 485 700
	30				
	Bundesminister für besondere Aufgaben				
30 01	Bundesministerium für besondere Aufgaben	100	+ 100	367 900	—
	31				
	Bundesminister für Atomkernenergie				
31 01	Bundesministerium für Atomkernenergie	9 700	+ 3 900	4 577 000	3 467 500
31 02	Allgemeine Bewilligungen für die Atomkernenergiefor- schung und -nutzung	251 000	+ 86 000	—	—
31 03	Allgemeine Bewilligungen für die Wasserwirtschaft	100	+ 100	—	—
31 04	Allgemeine Bewilligungen für die Weltraumforschung	—	—	—	—
	Zusammen	260 800	+ 90 000	4 577 000	3 467 500
	32				
	Bundesschuld				
32 03	Bundesschuldenverwaltung	1 207 800	— 115 100	8 720 100	8 341 800
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldenurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewähr- leistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenver- waltung unterliegen	1 200 000	—	—	—
	Zusammen	2 407 800	— 115 100	8 720 100	8 341 800
	33				
	Versorgung				
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Bundesbeamten	—	—	138 331 000	75 900 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	125 255 000	38 765 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungs- gesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	—	—	96 330 000	76 260 000
33 07	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffent- lichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienst- stellen sowie ihrer Hinterbliebenen	6 000 000	+ 2 000 000	1 307 985 000	1 041 400 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	1 500 000	+ 1 000 000	799 725 000	532 280 000
	Zusammen	7 500 000	+ 3 000 000	2 467 626 000	1 764 605 000
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufent- halt ausländischer Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	2 000 000	—	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	10 000	—	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	150 000	+ 50 000	—	—
36 06	Auftragsausgaben in der Bundesrepublik	—	—	—	—
35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammen- hang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht	75 300 000	+ 10 700 000	—	—
35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	118 000	+ 2 000	—	—
	Zusammen	77 578 000	+ 10 752 000	—	—

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (-) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
447 800	429 900	91 292 500	82 461 600	22 000	—	93 362 900	+ 8 985 700	29 01
151 700	—	—	—	79 800	—	599 400	+ 599 400	30 01
1 119 900	806 400	—	—	136 500	4 500	5 833 400	+ 1 555 000	31 01
453 000	267 000	99 736 600	66 353 300	192 349 500	98 224 500	292 539 100	+ 127 694 300	31 02
80 000	100 000	1 240 000	1 065 000	—	100 000	1 320 000	+ 55 000	31 03
77 000	—	60 003 000	—	20 000	—	60 100 000	+ 60 100 000	31 04
1 729 900	1 173 400	160 979 600	67 418 300	192 506 000	98 329 000	359 792 500	+ 189 404 300	
1 723 900	1 745 300	101 349 200	76 676 600	—	—	111 793 200	+ 25 029 500	32 03
—	—	1 459 837 500	1 362 237 400	—	—	1 459 837 500	+ 97 600 100	32 05
—	—	50 020 000	50 050 000	—	—	50 020 000	— 30 000	32 07
—	—	250 000 000	175 000 000	—	—	250 000 000	+ 75 000 000	32 08
—	—	563 898 100	532 132 000	—	—	563 898 100	+ 31 766 100	32 09
1 723 900	1 745 300	2 425 104 800	2 196 096 000	—	—	2 435 548 800	+ 229 365 700	
— 125 255 000	— 38 765 000	—	—	—	—	— 125 255 000	— 86 490 000	33 02
—	—	—	—	—	—	138 331 000	+ 62 431 000	33 03
—	—	—	—	—	—	125 255 000	+ 86 490 000	33 04
—	—	—	—	—	—	96 330 000	+ 20 070 000	33 06
—	—	—	—	—	—	1 307 985 000	+ 266 585 000	33 07
—	—	—	—	—	—	799 725 000	+ 267 445 000	33 08
— 125 255 000	— 38 765 000	—	—	—	—	2 342 371 000	+ 616 531 000	
—	—	201 526 900	175 774 000	—	—	201 526 900	+ 25 725 900	35 02
—	—	1 262 000	1 286 800	—	—	1 262 000	— 24 300	35 03
—	—	81 845 800	28 854 900	—	—	81 845 800	+ 52 990 900	35 04
—	—	54 000 000	—	—	—	54 000 000	+ 54 000 000	35 06
—	—	126 410 000	147 950 000	81 350 000	78 400 000	207 760 000	— 18 590 000	35 11 a
—	—	11 476 000	11 711 000	10 160 000	150 000	21 636 000	+ 9 775 000	35 11 b
—	—	476 520 700	365 576 700	91 510 000	78 550 000	568 030 700	+ 123 904 000	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	1961
		DM	mehr (+) weniger (—) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
	36				
	Zivile Notstandsplanung				
36 04	Notstandsmaßnahmen im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	120 000	— 27 000	—	—
36 05	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft ...	—	—	—	—
36 06	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung ...	—	—	—	—
36 07	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs	5 000	— 3 000	—	—
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	41 000	+ 41 000	—	—
36 09	Maßnahmen des baulichen Luftschutzes zum Schutze der Zivilbevölkerung	13 700	— 17 000	—	—
	Zusammen	179 700	— 6 000	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuer	20 250 000 000	+ 1 830 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	11 959 000 000	+ 1 494 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuer	13 423 000 000	+ 1 221 000 000		
	Abgaben	18 200 000	— 4 800 000		
	Lastenausgleich	1 870 000 000	— 70 000 000		
	Zusammen	47 520 200 000	+ 4 470 200 000	—	—
60 02*)	Allgemeine Bewilligungen	2 490 536 400	+ 1 817 949 700	522 900	500 000 000
60 04*)	Sonderleistungen des Bundes	7 150 000	— 3 100 000	7 560 000	2 900 000
60 05*)	Bundeshilfe für Berlin	—	—	—	—
60 06*)	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	1 400	+ 1 400	—	—
	Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt (Sp. 26—28)				
	Zusammen	50 017 887 800	+ 6 285 051 100	8 082 900	502 900 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	—	54 920 000	30 349 000	270 405 000	156 870 000	325 325 000	+ 138 106 000	36 04
—	—	21 319 000	1 730 000	3 120 000	8 290 000	24 439 000	+ 14 419 000	36 05
—	—	103 904 200	89 642 500	—	—	103 904 200	+ 14 261 700	36 06
—	—	18 042 600	16 040 000	119 060 000	80 560 000	137 102 600	+ 40 502 600	36 07
—	—	35 500	—	100 099 500	85 450 000	100 135 000	+ 14 685 000	36 08
—	—	3 970 000	6 700 000	1 000 000	500 000	4 970 000	— 2 230 000	36 09
—	—	202 191 300	144 461 500	493 684 500	331 670 000	695 875 800	+ 219 744 300	
—	—	—	—	—	—	—	—	60 01
4 130 000	2 377 000	864 867 000	— 256 580 600	434 120 700	373 790 300	426 093 400	— 1 045 680 100	60 02*)
—	—	4 488 488 800	4 292 366 800	91 025 000	10 000 000	4 587 073 800	+ 281 807 000	60 04*)
—	—	1 278 690 000	832 150 000	—	—	1 278 690 000	+ 446 540 000	60 05*)
—	—	437 232 500	254 956 600	—	—	437 232 500	+ 182 275 900	60 06*)
4 130 000	2 377 000	5 339 544 300	5 122 892 800	525 145 700	383 790 300	5 876 902 900	— 135 057 200	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	gegenüber 1961
		DM	mehr (+) weniger (—) DM	DM	mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	06				
	Bundesminister des Innern				
A 06 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	35 000 000	+ 1 000 000
A 06 25	Bundsgrenzschutz	—	—	—	— 50 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	35 000 000	— 49 000 000
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	502 600 000	+ 190 400 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	502 600 000	+ 190 400 000
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
A 12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	47 000 000	+ 47 000 000
A 12 03	Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung	5 000 000	+ 3 000 000	5 300 000	— 137 238 200
A 12 17	Luftfahrt	—	—	41 035 000	+ 20 256 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	5 000 000	+ 3 000 000	93 335 000	— 69 982 200
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
A 14 12	Unterbringung	—	—	265 192 900	+ 3 192 900
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	265 192 900	+ 3 192 900
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
A 23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	200 000 000	+ 200 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	200 000 000	+ 200 000 000
	24				
	Bundesschatzminister				
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	18 500 000	— 7 400 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	18 500 000	— 7 400 000

Gesamtabschluss

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1962	1961	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	1962	1961	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13
3 276 400	2 151 400	+ 1 125 000	688 232 100	515 553 800	+ 172 678 300	06 02 u. A 06 02 06 25 u. A 06 25
1 321 200	1 231 100	+ 90 100	254 385 600	250 064 100	+ 4 321 500	
33 384 600	2 134 700	+ 31 249 900	937 551 900	963 744 700	— 26 192 800	
37 982 200	5 517 200	+ 32 465 000	1 880 169 600	1 729 362 600	+ 150 807 000	
488 021 200	480 444 800	+ 7 576 400	3 606 842 300	3 213 955 300	+ 392 887 000	10 02 u. A 10 02
9 707 100	7 724 100	+ 1 983 000	60 949 200	53 316 100	+ 7 633 100	
497 728 300	488 168 900	+ 9 559 400	3 667 791 500	3 267 271 400	+ 400 520 100	
109 809 300	27 230 500	+ 82 578 800	1 505 613 100	897 611 700	+ 608 001 400	12 02 u. A 12 02 12 03 u. A 12 03 12 17 u. A 12 17
104 515 600	94 648 600	+ 9 867 000	437 530 100	392 275 600	+ 45 254 500	
680 000	700 000	— 20 000	161 718 800	113 339 700	+ 48 379 100	
39 519 800	29 638 200	+ 9 881 600	2 514 183 100	2 259 301 300	+ 254 881 800	
254 524 700	152 217 300	+ 102 307 400	4 619 045 100	3 662 528 300	+ 956 516 800	
24 750 000	21 113 800	+ 3 636 200	2 202 808 700	727 453 500	+ 1 475 355 200	14 12 u. A 14 12
75 454 900	29 759 200	+ 45 695 700	12 797 191 300	10 457 746 500	+ 2 339 444 800	
100 204 900	50 873 000	+ 49 331 900	15 000 000 000	11 185 200 000	+ 3 814 800 000	
—	—	—	432 080 000	—	+ 432 080 000	A 23 02 u. 23 02 23 01
32 000 700	—	+ 32 000 700	2 610 000	—	+ 2 610 000	
32 000 700	—	+ 32 000 700	434 690 000	—	+ 434 690 000	
186 167 300	109 217 800	+ 76 949 500	64 702 500	33 600 000	+ 31 102 500	24 02 u. A 24 02
212 345 100	186 469 600	+ 25 875 500	212 605 500	184 131 600	+ 28 473 700	
398 512 400	295 687 400	+ 102 825 000	277 308 000	217 731 800	+ 59 576 200	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1962 DM	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM	1962 DM	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung				
A 25 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	242 000 000	+ 237 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	242 000 000	+ 237 000 000
	32				
	Bundesschuld				
A 32 01	Einnahmen aus Anleihen	1 795 047 100	— 1 236 038 300	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	1 795 047 100	— 1 236 038 300	—	—
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
A 35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht	—	—	80 000 000	— 25 000 000
A 35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	—	—	4 000 000	+ 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	84 000 000	— 24 500 000
	36				
	Zivile Notstandsplanung				
A 36 04	Notstandsmaßnahmen im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	—	—	—	— 44 500 000
A 36 05	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft	—	—	—	— 33 430 000
A 36 07	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs	—	—	—	— 23 145 000
A 36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	—	—	—	— 3 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 104 575 000
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 4 000 000
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	81 979 200	— 3 599 000
A 60 05	Bundeshilfe für Berlin	—	—	274 500 000	— 500 000
A 60 06	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	—	—	2 940 000	— 50 925 000
A 60 07	Entwicklungshilfe	—	—	—	— 1 500 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	359 419 200	— 1 559 024 000

Gesamtabschluss

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap. 13
1962 DM 7	1961 DM 8	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (-) DM 9	1962 DM 10	1961 DM 11	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (-) DM 12	
162 669 500	144 195 500	+ 18 474 000	1 671 773 600	1 589 467 100	+ 82 306 500	25 02 u. A 25 02
16 900	17 300	— 1 000	6 715 100	5 739 100	+ 976 000	
162 686 400	144 213 400	+ 18 473 000	1 678 488 700	1 595 206 200	+ 83 282 500	A 32 01
1 795 047 100	3 031 085 400	— 1 236 038 300	—	—	—	
2 407 800	2 522 900	— 115 100	2 435 548 800	2 206 183 100	+ 229 365 700	
1 797 454 900	3 033 608 300	— 1 236 153 400	2 435 548 800	2 206 183 100	+ 229 365 700	
75 300 000	64 600 000	+ 10 700 000	287 760 000	331 350 000	— 43 590 000	35 11a u. A 35 11a 35 11b u. A 35 11b
118 000	116 000	+ 2 000	25 636 000	15 361 000	+ 10 275 000	
2 160 000	2 110 000	+ 50 000	338 634 700	205 915 700	+ 132 719 000	
77 578 000	66 826 000	+ 10 752 000	652 030 700	552 626 700	+ 99 404 000	36 04 36 05 36 07 36 08
120 000	147 000	— 27 000	325 325 000	231 719 000	+ 93 606 000	
—	—	—	24 439 000	43 450 000	— 19 011 000	
5 000	8 000	— 3 000	137 102 600	119 745 000	+ 17 357 600	
41 000	—	+ 41 000	100 135 000	88 950 000	+ 11 185 000	
13 700	30 700	— 17 000	108 874 200	96 842 500	+ 12 031 700	
179 700	185 700	— 6 000	695 875 800	580 706 500	+ 115 169 300	60 02 u. A 60 02 60 04 u. A 60 04 60 05 u. A 60 05 60 06 u. A 60 06 A 60 07
2 490 536 400	672 586 700	+ 1 817 949 700	— 426 093 400	623 586 700	— 1 049 680 100	
7 150 000	10 250 000	— 3 100 000	4 669 053 000	4 390 845 000	+ 278 208 000	
—	—	—	1 553 190 000	1 107 150 000	+ 446 040 000	
1 400	—	+ 1 400	440 172 500	308 821 600	+ 131 350 900	
—	—	—	—	1 500 000 000	— 1 500 000 000	
47 520 200 000	43 050 000 000	+ 4 470 200 000	—	—	—	
50 017 887 800	43 732 836 700	+ 6 285 051 100	6 236 322 100	7 930 403 300	— 1 694 081 200	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Zusammen

Epl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	1961
			mehr (+) weniger (-)		
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	29 200	— 6 000	1 429 900	1 270 700
02	Deutscher Bundestag	185 900	— 12 200	9 805 500	8 438 600
03	Bundesrat	23 200	— 1 000	1 281 600	1 175 300
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	234 200	+ 16 200	10 031 900	9 300 800
05	Auswärtiges Amt	5 030 200	+ 841 200	145 356 400	139 347 000
06	Bundesminister des Innern	37 982 200	— 1 463 000	224 264 300	200 634 000
07	Bundesminister der Justiz	53 562 000	+ 4 174 200	46 936 300	42 040 800
08	Bundesminister der Finanzen	37 790 900	+ 945 300	468 393 100	421 168 300
09	Bundesminister für Wirtschaft	16 864 000	+ 2 023 100	62 521 400	55 463 600
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	497 728 300	+ 9 559 400	35 255 000	31 009 600
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	17 508 500	+ 1 568 400	21 313 500	19 171 500
12	Bundesminister für Verkehr	249 524 700	+ 99 307 400	156 724 800	145 107 400
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	11 363 400	+ 2 588 100	82 700	77 700
14	Bundesminister der Verteidigung	100 204 900	+ 49 331 900	3 080 563 500	2 322 424 900
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	—	—	1 200 000	—
19	Bundesverfassungsgericht	15 000	+ 6 000	2 334 900	2 152 700
20	Bundesrechnungshof	12 900	— 1 400	9 681 900	8 701 200
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	32 000 700	+ 32 000 700	1 660 000	—
24	Bundesschatzminister	398 512 400	+ 102 825 000	11 601 600	12 439 800
25	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	162 686 400	+ 18 473 000	5 772 400	4 945 800
26	Bundesminister für Vertriebene	7 257 700	+ 1 420 800	12 075 500	11 067 800
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	189 700	+ 23 900	4 331 400	4 136 600
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	2 800	— 3 400	726 700	640 700
29	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen	5 563 500	+ 1 525 300	1 600 600	1 485 700
30	Bundesminister für besondere Aufgaben	100	+ 100	367 900	—
31	Bundesminister für Atomkernenergie	260 800	+ 90 000	4 577 000	3 467 500
32	Bundesschuld	2 407 800	— 115 100	8 720 100	8 341 800
33	Versorgung	7 500 000	+ 3 000 000	2 467 626 000	1 764 605 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	77 578 000	+ 10 752 000	—	—
36	Zivile Notstandsplanung	179 700	— 6 000	—	—
40	Soziale Kriegsfolgeleistungen*)	—	—	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	50 017 887 800	+ 6 285 051 100	8 082 900	502 900 000
	Insgesamt	51 740 086 900	+ 6 623 915 000	6 804 318 800	5 721 514 800

*) Ab 1962 in den Abschlußzahlen der Epl. 06, 26 und 60 enthalten

Außerordentlicher Haushalt

Epl.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1962	gegenüber 1961	1962	gegenüber 1961
			mehr (+) weniger (-)		mehr (+) weniger (-)
16	17	18	19	20	21
06	Bundesminister des Innern	—	—	35 000 000	— 49 000 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	502 600 000	+ 190 400 000
12	Bundesminister für Verkehr	5 000 000	+ 3 000 000	93 335 000	— 69 982 200
14	Bundesminister der Verteidigung	—	—	265 192 900	+ 3 192 900
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	—	200 000 000	+ 200 000 000
24	Bundesschatzminister	—	—	18 500 000	— 7 400 000
25	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	—	—	242 000 000	+ 237 000 000
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	—	—	—	— 28 000 000
31	Bundesminister für Atomkernenergie	—	—	—	— 21 150 000
32	Bundesschuld	1 795 047 100	— 1 236 038 300	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	—	84 000 000	— 24 500 000
36	Zivile Notstandsplanung	—	—	—	— 104 575 000
60	Allgemeine Finanzverwaltung	—	—	359 419 200	— 1 559 024 000
	Übrige Einzelpläne ohne außerordentlichen Haushalt ..	—	—	—	—
	Insgesamt	1 800 047 100	— 1 233 038 300	1 800 047 100	— 1 233 038 300

stellung

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Epl.
1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
892 600	724 600	2 015 000	663 000	304 500	65 900	4 642 000	+ 1 917 800	01
4 898 600	4 269 300	23 804 400	23 467 800	1 085 000	1 713 000	39 593 500	+ 1 704 800	02
440 100	415 800	234 000	184 900	—	—	1 955 700	+ 179 700	03
— 7 914 300	— 6 128 800	136 159 900	114 357 100	2 537 500	675 600	140 815 000	+ 22 610 300	04
45 338 100	39 929 800	230 222 200	263 694 800	44 280 400	12 203 200	465 197 100	+ 10 022 300	05
32 511 100	28 871 100	1 384 986 800	1 236 977 700	203 407 400	178 879 800	1 845 169 600	+ 199 807 000	06
5 491 900	5 005 900	6 954 500	6 468 100	439 000	982 400	59 821 700	+ 5 324 500	07
126 190 100	116 684 600	7 427 500	180 130 900	26 253 100	20 634 100	628 263 800	— 110 354 100	08
11 479 500	10 137 900	87 435 700	62 760 200	23 298 900	19 949 700	184 735 500	+ 36 424 100	09
7 545 600	6 609 500	2 230 067 700	1 869 022 600	892 323 200	1 048 429 700	3 165 191 500	+ 210 120 100	10
3 184 200	3 049 500	11 238 461 500	10 925 882 900	17 279 500	386 490 600	11 280 238 700	— 54 355 800	11
— 4 215 700	4 129 200	4 124 620 100	3 295 638 400	248 580 900	54 336 100	4 525 710 100	+ 1 026 499 000	12
—	—	—	—	2 778 400	1 025 500	2 861 100	+ 1 757 900	13
652 439 600	380 201 600	3 189 351 200	3 807 490 600	7 812 452 800	4 413 082 900	14 734 807 100	+ 3 811 607 100	14
400 000	—	—	—	400 000	—	2 000 000	+ 2 000 000	15
342 500	338 500	4 000	4 000	1 222 500	200 000	3 903 900	+ 1 208 700	19
1 300 700	1 199 000	100 000	100 000	25 000	26 800	11 107 600	+ 1 080 600	20
700 000	—	232 080 000	—	250 000	—	234 690 000	+ 234 690 000	23
57 526 300	60 342 500	100 096 500	84 137 100	89 583 600	34 912 400	258 808 000	+ 66 976 200	24
786 000	685 500	1 356 123 600	1 527 203 800	73 806 700	57 371 100	1 436 488 700	— 153 717 500	25
1 481 700	1 442 900	184 515 800	125 851 200	1 818 200	1 509 500	199 891 200	+ 60 019 800	26
1 230 900	1 102 300	134 035 000	140 781 400	1 278 200	10 100	140 875 500	— 5 154 900	27
108 900	101 600	—	—	—	23 100	835 600	+ 70 200	28
447 800	429 900	91 292 500	82 461 600	22 000	—	93 362 900	+ 8 985 700	29
151 700	—	—	—	79 800	—	599 400	+ 599 400	30
1 729 900	1 173 400	160 979 600	67 418 300	192 506 000	98 329 000	359 792 500	+ 189 404 300	31
1 723 900	1 745 300	2 425 104 800	2 196 096 000	—	—	2 435 548 800	+ 229 365 700	32
— 125 255 000	— 38 765 000	—	—	—	—	2 342 371 000	+ 616 531 000	33
—	—	476 520 700	365 576 700	91 510 000	78 550 000	568 030 700	+ 123 904 000	35
—	—	202 191 300	144 461 500	493 684 500	331 670 000	695 875 800	+ 219 744 300	36
—	—	—	—	—	—	—	—	40
4 130 000	2 377 000	5 339 544 300	5 122 892 800	525 145 700	383 790 300	5 876 902 900	— 135 057 200	60
825 086 700	626 072 900	33 364 328 600	31 643 723 400	10 746 352 800	7 124 860 800	51 740 086 900	+ 6 623 915 000	

Gesamtabschluß

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Epl.
1962	1961	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM	1962	1961	gegenüber 1961 mehr (+) weniger (—) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
22	23	24	25	26	27	28
37 982 200	5 517 200	+ 32 465 000	1 880 169 600	1 729 362 600	+ 150 807 000	06
497 728 300	488 168 900	+ 9 559 400	3 667 791 500	3 267 271 400	+ 400 520 100	10
254 524 700	152 217 300	+ 102 307 400	4 619 045 100	3 662 528 300	+ 956 516 800	12
100 204 900	50 873 000	+ 49 331 900	15 000 000 000	11 185 200 000	+ 3 814 800 000	14
32 000 700	—	+ 32 000 700	434 690 000	—	+ 434 690 000	23
398 512 400	295 687 400	+ 102 825 000	277 308 000	217 731 800	+ 59 576 200	24
162 686 400	144 213 400	+ 18 473 000	1 678 488 700	1 595 206 200	+ 83 282 500	25
7 257 700	5 836 900	+ 1 420 800	199 891 200	167 871 400	+ 32 019 800	26
260 800	170 800	+ 90 000	359 792 500	191 538 200	+ 168 254 300	31
1 797 454 900	3 033 608 300	— 1 236 153 400	2 435 548 800	2 206 183 100	+ 229 365 700	32
77 578 000	66 826 000	+ 10 752 000	652 030 700	552 626 700	+ 99 404 000	35
179 700	185 700	— 6 000	695 875 800	580 706 500	+ 115 169 300	36
50 017 887 800	43 732 836 700	+ 6 285 051 100	6 236 322 100	7 930 403 300	— 1 694 081 200	60
155 875 500	173 115 700	— 17 240 200	15 403 180 000	14 862 627 800	+ 540 552 200	
53 540 134 000	48 149 257 300	+ 5 390 876 700	53 540 134 000	48 149 257 300	+ 5 390 876 700	

Funktionenplan

für das Rechnungsjahr 1962

(Gliederung des Bundeshaushaltsplans nach Aufgabenbereichen)

mit

Haushaltsquerschnitt

(Regierungsentwurf)

Der Funktionenplan wird von der Bundesregierung nicht förmlich beschlossen, vom Haushaltsgesetz nicht ergriffen und im Bundesgesetzblatt nicht abgedruckt. Der Plan hat demgemäß nur nachrichtliche Bedeutung.

Vorwort

Der Funktionenplan des Bundeshaushalts für das Rechnungsjahr 1962 zeigt als Ergänzung zu dem nach Verantwortlichkeiten geordneten Haushaltsplan, der als Gesetzesgrundlage beibehalten werden muß, eine funktionelle Gliederung der Kapitel und Titel nach organisch zusammengehörenden Aufgabenbereichen.

Der Haushaltsquerschnitt gliedert die Angaben für die einzelnen Aufgabenbereiche des Funktionenplanes nach der Systematik des »Vörläufigen Eingliederungsplanes«. Er wahrt damit den Zusammenhang mit den im Haushalt nachgewiesenen Endsummen.

Die Titelübersicht bezweckt, durch die Aufspaltung der Titelgruppen nach einzelnen wichtigen Einnahme- und Ausgabearten eine volkswirtschaftliche Betrachtung der Haushaltsvorgänge zu erleichtern.

Funktionenplan

(Zusammenfassung)

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan	
		1962 Regierungs- entwurf	1961
		— 1 000 DM —	
A	Bundespräsident, Gesetzgebung, Oberste Staatsorgane		
1	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	5 048	3 130
2	Gesetzgebung	41 248	39 391
3	Bundesregierung und Ministerien	317 816	273 718
4	Bundesrechnungshof	11 108	10 027
	Summe A	375 220	326 266
B	Auswärtige Angelegenheiten		
1	Vertretung des Bundes im Ausland	187 385	157 310
2	Einzelne auswärtige Angelegenheiten	149 276	101 978
	Summe B	336 661	259 288
C	Verteidigung		
1	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	14 921 045	11 117 539
2	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt fremder Streitkräfte	652 031	552 627
3	Zivile Verteidigung	804 484	702 175
	Summe C	16 377 560	12 372 341
D	Öffentliche Sicherheit		
1	Verfassungsschutz	19 262	13 678
2	Grenzschutz	256 943	252 346
3	Polizei	37 073	20 800
	Summe D	313 278	286 824
E	Rechtsschutz		
1	Verfassungsgerichtsbarkeit	3 904	2 695
2	Ordentliche Gerichtsbarkeit	10 741	9 660
3	Arbeitsgerichtsbarkeit	1 764	1 614
4	Sozialgerichtsbarkeit	3 330	3 011
5	Verwaltungsgerichtsbarkeit	11 463	11 315
6	Finanzgerichtsbarkeit	2 538	2 214
7	Strafvollzug	55	47
9	Allgemeine Rechtsschutzaufgaben	1 304	1 363
	Summe E	35 099	31 919

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan	
		1962 Regierungs- entwurf	1961
		— 1 000 DM —	
F	Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben		
1	Allgemeine innere Verwaltung	5 689	4 651
2	Wahlen, Referenden	160	6 342
3	Personalwesen	7 265	4 644
4	Information	136 954	116 139
5	Förderung des Staatsgedankens	33 163	16 568
6	Statistik	63 053	63 765
7	Ziviler Ersatzdienst	4 040	2 535
8	Verhütung und Beseitigung von Notfällen	37 771	967
	Summe F	288 095	215 611
G	Finanzverwaltung		
1	Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung	582 157	519 973
2	Kassen- und Schuldenverwaltung	112 457	87 419
3	Finanzschulen	—	—
9	Einzelne Leistungen	105 050	98 159
	Summe G	799 664	705 551
H	Schulen		
9	Sonstiges Schulwesen	75 922	69 020
	Summe H	75 922	69 020
J	Wissenschaft und Forschung		
1	Wissenschaftliche Hochschulen	105 335	86 115
3	Wissenschaftliche Forschung	391 328	290 155
4	Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge	389 496	243 561
5	Bibliotheks- und Archivwesen	4 532	4 282
6	Förderung wissenschaftlicher Sammlungen	9 593	8 539
	Summe J	900 284	632 652
K	Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten		
1	Theater, Film und Musik	8 950	5 656
3	Heimatpflege	2 697	2 489
4	Einzelne kulturelle Aufgaben	48 952	29 078
5	Kirchliche Angelegenheiten	10 770	9 670
	Summe K	71 369	46 893

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan	
		1962 Regierungs- entwurf	1961
		— 1 000 DM —	
L	Soziale Sicherung		
1	Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung	96 562	135 618
2	Versicherungswesen	7 220 979	7 009 840
3	Fürsorge	809 178	873 516
4	Lastenausgleich	568 647	460 717
5	Kriegsopferversorgung	4 030 294	4 247 226
6	Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen	2 325 789	1 763 167
	Summe L	15 051 449	14 490 082
M	Gesundheit, Sport und Jugendpflege		
1	Gesundheit	45 263	43 340
2	Sport und Leibesübungen	33 243	22 193
3	Jugendpflege	93 120	83 419
	Summe M	171 626	148 952
N	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		
1	Ernährung und Landwirtschaft	2 069 307	2 078 242
2	Tierzucht	14 184	18 431
3	Forsten	9 309	8 196
4	Jagd und Fischerei	37 624	13 431
5	Ländliches Siedlungswesen	392 400	315 700
6	Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung	628 000	450 000
	Summe N	3 150 824	2 884 000
O	Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung		
1	Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen	156 600	96 988
2	Erschließung des Emslandes	40 000	36 000
6	Talsperren		
7	Wasserversorgung	50 000	30 000
8	Küstenschutz, Dünenwesen	36 000	30 999
9	Sonstige Aufgaben	1 719	1 169
	Summe O	284 319	195 156

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan	
		1962 Regierungs- entwurf	1961
		— 1 000 DM —	
P	Wirtschaft		
1	Allgemeine Förderung	988 869	2 016 723
2	Bergbau	160 825	133 154
3	Elektrizitätsversorgung	5 000	5 000
4	Gasversorgung	—	—
5	Atomkraft	188 080	90 902
6	Gewerbe und Handel	168 762	136 079
7	Bank- und Kreditwesen	84 628	41 487
8	Münzwesen	20 000	15 000
	Summe P	1 616 165	2 438 345
Q	Verkehr		
1	Allgemeine Verkehrsmaßnahmen	11 596	40 706
2	Straßenwesen	2 449 644	2 216 529
3	Schienenverkehr	1 405 395	857 406
4	Schifffahrt	572 727	445 415
5	Luftfahrt	158 259	131 843
6	Post- und Fernmeldewesen	14 000	14 000
7	Fremdenverkehr	27 000	5 270
8	Wetterdienst	34 413	32 020
9	Sonstige Aufgaben	17	17
	Summe Q	4 673 051	3 743 206
R	Bau- und Wohnungswesen		
1	Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens	14 142	8 308
2	Bauverwaltung	12 704	8 602
3	Vermessung und Landesplanung	—	—
6	Wohnungsbau	1 666 343	1 580 062
8	Wiederaufbau, Kriegsschädenbeseitigung	2 412	4 263
9	Sonstige Baumaßnahmen	11 732	17 673
	Summe R	1 707 333	1 618 908

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan	
		1962 Regierungs- entwurf	1961
		— 1 000 DM —	
S	Allgemeines Finanzwesen		
1	Steuern, Zölle, Monopole, Finanzzuweisungen	3 434 490	3 086 350
2	Versorgung	234 661	152 160
3	Schuldendienst	2 059 756	1 855 420
4	Vermögen	129 399	97 513
5	Besondere Kriegsfolgelasten	2 429 035	2 363 606
6	Allgemeine Rücklagen	—	—
7	Nichtaufteilbare Posten	- 1 182 000	- 25 048
8	Abwicklung der Vorjahre	206 891	154 250
9	Beitrag an den außerordentlichen Haushalt	—	—
	Summe S	7 312 231	7 684 251
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts:	53 540 132	48 149 257

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Funktionenplan

(Einzelgliederung)

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
— 1 000 DM —				
A	Bundespräsident, Gesetzgebung, Oberste Staatsorgane			
A 1	Bundespräsident und Bundespräsidialamt			
11	Bundespräsident	354	354	0101.100—299
12	Bundespräsidialamt	3 694	1 901	0103.100—219, 298, 299, 301, 302, 711, 850, 870
19	Patenschaften u. a. Patenschaften, Ehrengeschenke und besondere Zu- weisungen	500	375	0101.300, 301
	Ehrensolde, Unterstützungen, Beihilfen (Verfügungs- mittel des Bundespräsidenten)	500	500	6002.662
	Summe A 1	5 048	3 130	
A 2	Gesetzgebung			
21	Bundestag Personal und Ausstattung	15 192	13 876	0201.100—299, 850—957
	Aufwandsentschädigungen, Reisekosten und Tagegelder	19 143	18 911	0201.300, 302, 303
	Zuschüsse an die Fraktionen	1 984	1 951	0201.301
	Verfügungsfonds des Präsidenten	60	60	0201.305
	Besondere Veranstaltungen des Deutschen Bundestages (u. a. Sitzungen in Berlin)	202	202	0201.306
	Versicherung für die Abgeordneten	615	615	0201.307
	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	597	545	0203 (0204)
	Bundesversammlung			
	Summe A 21	37 793	36 160	
22	Bundesrat Personal und Ausstattung	1 722	1 591	0301.100—299
	Tagegelder und Fahrkosten, Aufwendungen für Plenar- und Ausschußsitzungen	183	162	0301.300, 301
29	Kongresse, Gesellschaften u. a. Parlamentarische Kongresse, Förderung der inter- nationalen politischen Zusammenarbeit	1 316	1 256	0201.309
	Zuschüsse an parlamentarische Gesellschaften	234	222	0201.600—676
	Summe A 2	41 248	39 391	
	Hinweis: Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundes- rats (siehe A 3)	(836)	(765)	2801
A 3	Bundesregierung und Ministerien			
31	Bundesregierung	316 338	272 303	siehe auch nachricht- liche Angaben auf Seite 82
	Verstärkung der Verfügungsfonds der Leiter oberster Bundesbehörden	40	40	6002.240
35	Sozialreform	1 414	1 351	1109.100—299, 300
39	Sonstiges Vergütung für die Inanspruchnahme des Kurhauses »La Redoute«	24	24	0501.331
	Summe A 3	317 816	273 718	
	Hinweis: Bundeskanzler und Bundeskanzlei (siehe A 3)	(4 772)	(3 747)	0401.100—299, 301, 850
A 4	Bundesrechnungshof			
	11 108	10 027	2001
	Summe A	375 220	326 266	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
B	Auswärtige Angelegenheiten			
B 1	Vertretung des Bundes im Ausland			
11	Auslandsvertretungen	184 099	154 818	0503.100—299, 700, 710—780, 830, 850, 870—873, 880—955
19	Paßstellen, Wahlkonsulate u. a.			
	Aufwendungen für besondere Aufgaben bei bestimmten Auslandsvertretungen und auf Grund von Schutzmacht- verträgen	1 988	1 354	0503.323, 325
	Wahlkonsulate	1 100	950	0503.322
	Bewilligungen für dienstunfähig gewordene Angestellte und sonstiges Hilfspersonal	120	120	0503.326
	Sonderaufträge	168	68	0501.326
	Summe B 1	187 385	157 310	
B 2	Einzelne auswärtige Angelegenheiten			
21	Förderung der europäischen Einigung			
	Teilnahme an Tagungen und Ausschußsitzungen des Europarates	5	5	0504.300
	Beitrag des Bundes an den Europarat	2 440	2 140	0504.675
	Zuschüsse an den Deutschen Rat der Europäischen Be- wegung, Europa Kolleg Brügge, nichtstaatl. Organi- sationen	353	269	0504.609, 610, 611
	Ausbildung der Beamten und Angestellten zur Ver- wendung bei internationalen Organisationen	108	108	0502.312
	Westeuropäische Union, Beitrag des Bundes	1 500	1 500	0502.678
	Summe B 21	4 406	4 022	
29	Sonstiges			
	Geheime Ausgaben	6 000	6 000	0502.301
	Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland	127 000	81 006	0502.302
	Beitrag des Bundes zum zivilen Teil des Haushalts der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)	7 000	6 900	0502.673
	Außenpolitische Ausarbeitungen	250	270	0501.970
	Förderung der Herausgabe außenpolitischer Dokumente und völkerrechtlicher Arbeiten	330	162	0502.309
	Zuschüsse an internationale und deutsche Gesell- schaften	1 696	1 209	0502.600, 601—607, 610, 612, 613, 667, 672, 954, 957
	Übrige Angelegenheiten des auswärtigen Dienstes (Kommissionen, internationale Kongresse und Ver- handlungen, sonstige Dienstleistungen)	2 594	2 409	0502.306, 307, 308, 399, 6002.241
	Summe B 29 ...	144 870	97 956	
	Summe B 2	149 276	101 978	
	Summe B	336 661	259 288	
	Hinweis:			
	Auswärtiges Amt (siehe A 3)	(39 574)	(35 461)	0501.100—299, 850, 951

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
C	Verteidigung			
C 1	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte			
11	Truppenführung, Truppenverwaltung			
	Kommandobehörden, Truppen usw.	1 850 199	1 459 861	1403
	Bundeswehrverwaltung	1 002 086	750 628	1404
	Amt für Wehrtechnik und Beschaffung	135 698	101 547	1421
	Wehrersatzwesen	68 700	53 624	1422
	Summe C 11	3 056 683	2 365 660	
12	Bekleidung	619 104	601 054	1411
13	Verpflegung	275 874	141 762	1410
14	Truppenbetreuung			
	Bildungswesen	23 583	14 933	1405
	Seelsorge	10 335	7 423	1406
	Rechtspflege	3 207	2 472	1407
	Sanitätswesen	267 850	54 124	1408
	Fürsorge	264 913	149 016	1423
	Summe C 14	569 888	227 968	
15	Ausrüstung (Betrieb, Unterhaltung, Anschaffungen)			
	Pionierwesen	60 000	46 799	1413
	Fernmeldewesen	424 000	353 500	1414
	Feldzeugwesen	3 105 364	2 229 195	1415
	ABC-Schutz	54 200	14 290	1416
	Quartiermeisterwesen	261 560	343 718	1417
	Schiffe und Marinegerät	548 900	514 453	1418
	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät ...	2 299 800	1 392 397	1419
	Summe C 15	6 753 824	4 894 352	
16	Unterbringung	2 202 809	727 454	1412/A 1412
17	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	(125 255)	(38 765)	3304
	erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222), siehe unter C 19			
	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	4 000	800	1110.301
19	Allgemeine Verteidigungsaufgaben			
	Zur Neudeckung von Ausgaberesten aus Vorjahren ..	656 500	1 500 000	1402.300
	Nachwuchswerbung	9 000	9 000	1402.302
	Ausbildungshilfe (Ausland)	50 000	107 600	1402.303
	Militärgeschichtliche und -politische Arbeiten	225	180	1402.307
	Wehrtechnische und militärische Forschung (Teilbetrag)	52 684	24 725	1402.308
	Wehrtechnische und militärische Entwicklung (Teil- betrag)	222 351	267 802	1402.309
	Wehrtechnische und militärische Erprobung (Teilbetrag)	74 965	57 473	1402.310
	Leistungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO u. WEU	486	815	1402.311, 314, 315
	Beteiligung an den Kosten von Forschungs- und Ent- wicklungsarbeiten, Vergütungen und Entschädigungen für Erfindungen	6 700	3 659	1402.312, 313, 615

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: C 19	Betreuung ausländischer Besucher	320	260	1402.399
	NATO-Beitrag	20 200	30 350	1402.600
	NATO-Infrastruktur (Kostenanteil des Bundes)	6 510	56 080	1402.601
	Studienbeihilfen, Beiträge an Vereine und internationale Organisationen und andere Zuschüsse	2 344	1 899	1402.603, 675
	Wohnungs- und Heizungskostenzuschüsse	5 000	8 000	1402.605
	NATO-Ersatzteil-Versorgungssystem (Kostenanteil des Bundes)	400	460	1402.610
	Beitrag zu den Betriebskosten der zentraleuropäischen Betriebsstofffernleitungen (Pipelines)	1 300	350	1402.611
	Teilnahmekosten an NATO-Produktionsgemeinschaften	3 100	1 250	1402.612
	Betrieb und Wartung der NATO-Olleitungen	1 445	1 500	1402.613
	Beitrag zu den Gestehungskosten ausländischer Übungsplätze	1 000	1 000	1402.614
	Ablösung von Ansprüchen der USA auf Rückgabe von Material	100 000	—	1402.980
	Transport- und Nebenkosten, Einfuhrabgaben für Materiallieferungen aus dem Ausland	58 500	19 876	1402.995
	Kosten des Personalgutachterausschusses	5	5	0103.950
	Zuwendungen, Abgeltung von Schadenersatzansprüchen, Verfügungsmittel, Sprachausbildung	4 825	3 762	1402.223, 230, 240, 260, 261
	Erstattungen an andere Bundesbehörden	161 003	62 443	1402.222
	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen (04 03), Wetterdienst (12 14), Flugwissenschaftliche Institute (12 17), Versorgung der Soldaten (33 04), Herstellung und Versand von Ermittlungslisten (06 15).			
	Summe C 19	1 438 863	2 158 489	
	Summe C 1	14 921 045	11 117 539	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Verteidigung (siehe A 3)	(82 961)	(68 470)	1401
C 2	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt fremder Streitkräfte			
21	Stationierung ausländischer Streitkräfte			
	Verteidigungshilfe	—	—	(3505)
	Besatzungskosten in Berlin	201 527	175 774	3502
	Auftragsausgaben in Berlin I. und II. Klasse	83 108	30 142	3503/3504
	Restfinanzierung von Verpflichtungen aus der Zeit vor dem 5. Mai 1955	54 000	—	3506
25	Besatzungs- und Stationierungsfolgekosten	313 396	346 711	3511 a/b, A 3511 a/b
	Summe C 2	652 031	552 627	
C 3	Zivile Verteidigung			
31	Ziviler Bevölkerungsschutz (Bundesamt)	37 968	24 638	0619.100—310, 312—323, 700, 720, 850—876, 950, 952
32	Luftschutzwartendienst			
	Bau von Luftschutzwarnämtern	6 000	40 000	0619.712
	Bau von Betriebsräumen für Rundspruchsender	6 000	8 000	0619.717
	Fernmeldetechnische Einrichtungen für den Luftschutzwartendienst	40 800	33 930	0619.953—960, 3604.952
	Erprobung verbesserter Drahtfunkeinrichtungen	750	2 000	0619.600
	Kosten des örtlichen Alarmdienstes, Beschaffung bzw. Instandsetzung von Luftschutzsirenen und -anlagen ..	33 027	32 300	3604.307, 951
	Lebensmittelbevorratung für den Luftschutzwartendienst	150	—	0619.878
	Summe C 32	86 727	116 230	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
34	Sicherung der öffentlichen Versorgung			
	Schutzanlagen für das Personal von Versorgungs- betrieben und die wichtigsten Einrichtungen der öffent- lichen Versorgung und der Abwasserbehandlung	600	5 000	3605.570
	Vorbereitung von Notstandsmaßnahmen	1 885	1 710	3605.601
	Schaffung, Instandsetzung und Unterhaltung von Ver- sorgungsanlagen für Notzeiten	18 800	28 430	3605.573
	Vorratsbeschaffung und Vorratshaltung	3 154	8 310	3605.572, 600, 954
	Summe C 34	24 439	43 450	
35	Sicherung der Ernährung			
	Anlegung und Haltung von Notstandsvorräten in Lebens- und Futtermitteln	102 144	88 043	3606.620, 621
	Planung und Vorbereitung einer Notstandsbevorratung	1 760	1 600	3606.300—303
	Summe C 35	103 904	89 643	
36	Sicherung des Verkehrs (einschließlich Nachrichten- wesen)			
	Beschaffung und Unterhaltung von Fernmeldegerät für die Polizei- und ZB-Führung des Bundes und der Länder	1 250	1 440	3604.301, 958
	Beschaffung und Unterhaltung der Ausrüstung für den Schwimmbrückenbau	6 579	—	3604.312, 890
	Entwicklung, Erprobung und Beschaffung von Brücken- baugerät	200	150	3604.877
	Fernmeldetechnische Einrichtungen für die Polizei und ZB-Führung	500	500	3604.880
	Beschaffung von Spezialgeräten	130	—	3607.302
	Zuwendungen zum Ausbau von Häfen	11 530	10 000	3607.570
	Baumaßnahmen zum Schutz des Personals der Ver- kehrsverwaltung	200	200	3607.571
	Zuwendungen an Länder und Gemeinden zum Ausbau von Straßenanschlüssen	4 020	4 000	3607.572
	Baumaßnahmen zum Schutz des Betriebspersonals und der Anlagen der Bundesverkehrsverwaltung einschließ- lich der Deutschen Bundesbahn	28 500	17 100	3607.710
	Ausbau von bundeseigenen Straßenanschlüssen	1 000	1 200	3607.712
	Elektrifizierung von Ausweichstrecken	4 575	10 800	3607.713
	Wiederherstellung von außerhalb großer Knoten liegenden Bahnbetriebswerken	1 000	1 200	3607.714
	Neuschaffung und Vergrößerung von Lagerräumen für Betriebs- und Vorratsstoffe der Bundesverkehrsverwal- tung	4 560	5 000	3607.716
	Hafen- und Schiffsstraßenausrüstung	8 600	5 000	3607.950
	Anschluß des Flugsicherungsdienstes an den Flug- meldedienst	—	100	3607.951
	Erhöhung der Betriebssicherheit der Fernsprechnetze der Bundesverkehrsverwaltung und Überwachung der Radioaktivität	18 840	13 300	3607.952, 959
	Bevorratung von Ersatzteilen für Signal- und Fern- meldeeinrichtungen der Bundesverkehrsverwaltung	4 850	7 900	3607.953
	Bevorratung von Ergänzungsmaterial für Behelfs- brücken der Bundesverkehrsverwaltung	3 000	6 000	3607.954
	Erprobung der Fernmeldenetze der Bundesverkehrs- verwaltung	1 080	100	3607.955
	Bevorratung von Betriebsstoffen für die Bundes- verkehrsverwaltung	1 840	3 540	3607.956
	Verstärkung der Ausrüstung des Feuerlöschdienstes der Bundesverkehrsverwaltung	1 950	1 400	3607.957
	Bevorratung von Geräten für die elektrische Zug- förderung	4 000	2 500	3607.961
	Übungen und Ausbildungslehrgänge	290	320	3607.300
	Unterhaltung von Lagern zur Unterbringung von Ein- richtungen und Geräten	83	20	3607.306

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: C 36	Erhöhung der Betriebssicherheit der Verkehrseinrichtungen	1 100	1 000	3607.965
	Beschaffung von Gerät und Ausrüstung für den Wiederaufbau von Verkehrsanlagen	3 310	4 000	3607.966
	Ausbau von Brücken	3 995	4 845	3607.967
	Ausbau von Ausweichplätzen für die Binnenschifffahrt	800	500	3607.968
	Einbau von Spezialgeräten in Verkehrsmittel für Einsatz im Notstandsfall	940	750	3607.969
	Beschaffung zusätzlicher Zugförderungsmittel für den Notstandsfall	12 960	4 300	3607.970
	Druck von Vorschriften und Anweisungen für den Notstandsfall	40	70	3607.971
	Sicherung der Arbeitsunterlagen für den Notstandsverkehr	420	600	3607.964
	Wartung der Luftschutzgeräte	590	500	3607.573
	Einrichtung und Führung einer Kfz-Kartei	450	200	3607.301
	Bevorratung von Engpaß- und Ausweichbaustoffen für die Bundesverkehrsverwaltung	9 000	10 500	3607.963
	Instandsetzung vorhandener Räumgeräte für Binnenschifffahrtsstraßen	300	250	3607.305
	Verbesserung der Leistungsfähigkeit bei Binnenschifffahrtsstraßen	—	200	3607.400
	Beschaffung von Ersatzfähren	2 700	2 000	3607.958
	Neu- und Ausbau vorhandener Schutzräume bei der Bundespost	9 500	3 500	3608.713, 714
	Ausbau der Fernmeldeeinrichtungen	1 001	4 000	3608.301, 953
	Tankanlagen und Kraftstoffvorräte für Netzersatzanlagen	1 000	750	3608.715, 954
	Errichtung und Erwerb von Ausweichlagerstätten	6 000	2 000	3608.710
	Einrichtungen für Kurierdienste	360	—	3608.850
	Bewegliche und bewegbare Fernmeldeeinrichtungen...	22 000	17 000	3608.950
	Umgehungs- und Vermaschungsanlagen	49 639	49 500	3608.951
	Ausbau der Fernmeldeeinrichtungen im Nahverkehrsraum für leitende Dienststellen des Bundes	8 035	11 000	3608.300, 952
	Erprobung von Fernmeldegeräten	1 000	—	3608.955
	Erwerb von Grundstücken und Errichtung von Unterstellräumen für Fernmeldeeinrichtungen	1 600	1 200	3608.700, 712
	Summe C 36	245 317	210 435	
39	Sonstige Maßnahmen			
	Aufwendungen des Bundesluftschutzverbandes	20 340	16 000	0619.602
	Zuschüsse zur Beschaffung von Luftschutzgerät, Arzneimittelreserve, Luftschutzhilfsdienst, Instandsetzung und Bau von Luftschutzanlagen, Entschädigungsleistungen ..	134 980	108 550	3604.304, 308, 713—715, 950
	Kosten für den Schutz von Kulturgut im Rahmen der Maßnahmen des zivilen Luftschutzes	1 060	500	3604.310, 953
	Zuschüsse an zentrale Hilfsorganisationen	13 360	7 200	3604.602, 603
	Ausrüstung für polizeiliche Hilfskräfte	750	100	3604.954
	Zuwendungen an Rundfunkanstalten zum Bau von Bunkern für Rundfunkanlagen	2 500	4 500	3604.600
	Bauliche Herrichtung von Gebäuden zur Aufnahme von Ausweichkrankenhäusern	20 000	1 000	3604.960
	Unterhaltung von Hilfskrankenhäusern	450	100	3604.605, 606
	Sicherstellung der ärztlichen Versorgung	55 000	50 000	3604.879
	Kosten für Planspiele und Übungen	150	60	3604.300
	Lagerräume für Luftschutzgerät	9 800	6 660	3604.302, 306, 572, 962
	Planung von Evakuierungsmaßnahmen	4 000	90	3604.607
	Aufbereitungsanlage für Trockenplasma	—	140	(3604.608)
	Zuwendungen für Luftschutzbauten bei unterirdischen Verkehrsbauten und Tiefgaragen	3 000	—	3604.609
	Personelle Kosten des Luftschutzhilfsdienstes	16 270	12 000	3604.305, 309

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: C 39	Ausstattung ortsfester Anlagen des Luftschutzhilfsdienstes	200	400	3604.871
	Einrichtung von Hilfskrankenhäusern	10 000	1 000	3604.878
	Ausrüstungen für Selbstschutzeinheiten	5 000	1 000	3604.889
	Druck von Vorschriften für den Notstandsfall	70	—	3604.971
	Unterhaltung bundeseigener Luftschutzbauten	9	9	3604.303
	Beschaffung von Kraftstoffbehältern für LS-Hilfsdienst	1 500	750	3604.961
	Ausstattung der Notunterkünfte	20	120	3604.870
	Herausgabe eines Merkblattes über luftschutzmäßiges Verhalten	3 000	1 500	3604.956
	Beschaffung von Kraftstoffvorräten für den LS-Hilfsdienst	450	150	3604.957
	Darlehen und Zuschüsse zur Vorbereitung und Errichtung von Erprobungsbauten	4 220	5 950	3609.575, 642, 710
	Summe C 39	306 129	217 779	
	Summe C 3	804 484	702 175	
	Summe C	16 377 560	12 372 341	
D	Öffentliche Sicherheit			
D 1	Verfassungsschutz			
	(Bundesamt)	19 262	13 678	0609
D 2	Grenzschutz			
21	Bundesgrenzschutz (Betrieb und Beschaffungsstelle)	256 943	252 346	0625/0626
D 3	Polizei			
32	Kriminalpolizei			
	Bundeskriminalamt	16 569	12 992	0610
	Beitrag zur Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission	44	47	0602.675 f
	Ausstattung für die Bereitschaftspolizei der Länder ...	20 460	7 761	0624
	Summe D 3	37 073	20 800	
	Summe D	313 278	286 824	
E	Rechtsschutz			
E 1	Verfassungsgerichtsbarkeit			
11	Rechtsprechung in Verfassungsfragen (Bundesverfassungsgericht)	3 904	2 695	1901
E 2	Ordentliche Gerichtsbarkeit			
21	Rechtsprechung in bürgerlichen Rechtsverfahren (Bundesgerichtshof)	10 741	9 660	0704
E 3	Arbeitsgerichtsbarkeit			
31	Rechtsprechung in arbeitsrechtlichen Verfahren (Bundesarbeitsgericht)	1 764	1 614	1105
E 4	Sozialgerichtsbarkeit			
41	Rechtsprechung für das Gebiet der Sozialgerichtsbarkeit (Bundessozialgericht)	3 330	3 011	1107

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
E 5	Verwaltungsgerichtsbarkeit			
51	Rechtsprechung in allgemeinen Verwaltungsverfahren (Bundesverwaltungsgericht, Oberbundesanwalt)	4 719	4 266	0603/0604
52	Rechtsprechung in Rückerstattungsverfahren (Oberstes Rückerstattungsgericht)	1 956	2 529	0707
53	Rechtsprechung in Patentrechtverfahren (Bundespatentgericht)	4 788	4 520	0706
	Summe E 5	11 463	11 315	
E 6	Finanzgerichtsbarkeit			
61	Rechtsprechung für das Gebiet der Finanz- gerichtsbarkeit (Bundesfinanzhof)	2 538	2 214	0803
E 7	Strafvollzug Zuschüsse für überregionale Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Strafvollzugs einschließlich Be- währungshilfe	55	47	0701.601
E 9	Allgemeine Rechtsschutzaufgaben (Schiedsgerichte, Ausschüsse, Rechtsreform u. a.) Prozeß- und Anwaltskosten für nach Artikel III des deutsch-amerikanischen Staatsvertrages vom 1. April 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 301) zu führenden Rechts- streitigkeiten	30	40	0807.304
	Beteiligung am Schiedsgerichtshof (Londoner Ab- kommen)	170	150	0501.967
	Ständiger Schiedshof in Den Haag (Beitrag des Bundes)	5	5	0502.677
	Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fra- gen (Ausschüsse, Prüfungen)	398	316	0701.951, 952 0501.965
	Richterwahlausschuß	5	5	0701.303
	Vorbereitung von Reformen auf den Rechtsgebieten ..	257	287	0701.308—313
	Besondere Aufgaben der Rechtspflege	76	—	0701.314
	Beiträge an internationale Organisationen	90	72	0701.675
	Sammlung und Sichtung des Bundesrechts	108	244	0701.950
	Zeitschrift »Rechtsprechung zum Wiedergutmachungs- recht« (Zuschuß)	12	12	0802.601
	Kosten des Schiedsgerichts in Saarbrücken (zur Rege- lung der Saarfrage)	98	162	0501.973
	Anteil an den Kosten der Paritätischen Kommission und der Schiedsstelle zur Liquidation des deutsch- schweizerischen Verrechnungsverkehrs	5	5	0501.975
	Beteiligung an den Kosten am Schlichtungsausschuß und Schiedsgericht zur Regelung der deutsch-öster- reichischen vermögensrechtlichen Beziehungen	50	65	0501.974
	Summe E 9	1 304	1 363	
	Summe E	35 099	31 919	
	Hinweis: Bundesministerium der Justiz (siehe A 3)	(8 796)	(7 031)	0701.100—299, 850

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
F	Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben			
F 1	Allgemeine innere Verwaltung			
11	Verwaltungsangelegenheiten			
	Staatsangehörigkeit, Ausländerzentralregister, Entschädigungsfragen, Auswanderung (Bundesverwaltungsamt)	5 681	4 674	0615.100—299, 300, 301, 303, 306, 850
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 60	— 60	
	Förderung des Vorschlagswesens in der Bundesverwaltung	30	27	6002.270
19	Sonstiges			
	Beitrag zur internationalen Kommission für das Zivilstandswesen in Den Haag	10	10	0602.675 g
	Anschaffung von Bundesgrenztafeln	8	—	0602.980
	Veranstaltungen zum 100jährigen Bestehen der deutschen Verwaltungsgerichte	20	—	0602.986
	Summe F 1	5 689	4 651	
F 2	Wahlen, Referenden			
	Bundestagswahlen	100	6 337	0602.300
	Kosten des Bundesbeauftragten für die Durchführung der Wahlen zu den Organen der Sozialversicherung ..	60	5	1101.223
	Summe F 2	160	6 342	
F 3	Personalwesen			
31	Disziplinarangelegenheiten			
	Bundesdisziplinarhof, Bundesdisziplinaranwalt, Bundesdisziplinkammern	2 596	2 368	0605/0606/0607
32	Prüfungswesen			
	Oberprüfungsamt für den höheren technischen Verwaltungsdienst	226	227	1213 (ohne 308)
39	Verwaltungsakademien, einzelne Aufgaben			
	Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, Bundesverband deutscher Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, Mittelrheinische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bonn (Zuschüsse)	193	193	0602.601, 654
	Ausgleich überhöhter Fahrkosten im Verkehr mit Berlin	500	380	0615.304
	Mehrausgabe für Beförderung von Umzugsgut aus Berlin	20	20	0615.305
	Verschickung von Kindern Bundesbediensteter	2	2	0601.307
	Dienstbezüge für die Vertreter von Beamten oberster Bundesbehörden, die in Fremdsprachen geschult werden	523	—	6002.101
	Verwaltungskostenanteile für Versicherte der Bundesdienststellen (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder)	1 500	1 100	6002.220
	Fortbildung der Beamten und Angestellten	50	—	6002.262
	Förderung von Gemeinschaftsveranstaltungen	1 300	—	6002.296
	Fremdsprachlicher Unterricht	350	350	6002.260
	Stipendien für Studienreisen	5	4	1213.308
	Summe F 39	4 443	2 049	
	Summe F 3	7 265	4 644	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
F 4	Information			
41	Presse- und Informationsdienst	12 663	10 460	0403.100—299, 303, 306. 710, 850, 873
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidi- gungshaushalt (1402.222)	— 692	— 679	
42	Nachrichtendienst	52 498	44 282	0404
49	Sonstiges Informationswesen			
	Verfügungsfonds des Bundeskanzlers	13 250	13 250	0401.300/0403.300
	Veröffentlichungen der Bundesregierung	1 145	1 145	0403.301, 302, 313, 601
	Politische Öffentlichkeitsarbeit im Ausland	55 000	45 000	0403.315
	Erforschung der öffentlichen Meinung	180	200	0403.304
	Aufklärung der Bevölkerung über Sinn und Zweck steuerlicher Maßnahmen	200	180	0802.301
	Öffentlichkeitsarbeit in wirtschaftspolitischen Fragen ..	200	—	0902.308
	Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt, siehe unter C 19	(9 908)	(7 421)	0403.309
	Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der ehe- maligen deutschen Bevölkerung in den Vertreibungs- gebieten	1 709	1 500	2602.950
	Informationsreisen fremder Staatsangehöriger	801	801	0502.304
	Summe F 49	72 485	62 076	
	Summe F 4	136 954	116 139	
F 5	Förderung des Staatsgedankens			
51	Förderung des demokratischen Gedankens			
	Bundeszentrale für Heimatdienst	9 687	9 499	0635
59	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Orden und Ehrenzeichen	90	90	0103.250
	Einführung in die Arbeit der Volksvertretung und des Bundesrates und Herausgabe von Informationsmaterial Unterrichtung der Bevölkerung über Maßnahmen im Bereich der inneren Verwaltung	301	273	0201.308/0301.303, 304
	Förderung der Bildungsarbeit der politischen Parteien Veranstaltungen der Bundesregierung	100	—	0601/301
	Stiftung »Hilfswerk 20. Juli« (Zuschuß)	20 000	5 000	0602.612
	Schaffung und Unterhaltung von Grab- und Gedächtnis- stätten verdienter deutscher Staatsmänner	14	14	0602.303, 304
	Hilfsarbeit von Flüchtlingsorganisationen	310	310	0602.602
	Bekämpfung des Rassenhasses (Zuschuß)	1	1	0602.660 (7)
	Zuschuß an INTER NATIONES e. V.	480	401	2702.601
		180	180	0602.607
		2 000	800	0403.600
	Summe F 5	33 163	16 568	
F 6	Statistik			
61	Statistischer Dienst (Statistisches Bundesamt)	37 438	38 137	0608
69	Sonstige Aufgaben, Beiträge			
	Kosten der Krankheitsarten- und Todesursachen- statistik (Zuschuß an die Rentenversicherung)	180	180	1102.603
	Bereitstellung statistischer Unterlagen für Bilanzen und Berichte der Bundesregierung nach den Rentenversiche- rungsneuregelungsgesetzen (Beteiligung an den Kosten)	200	200	1101.305
	Beitrag an das Internationale Statistische Institut	5	2	0602.675 a
	Statistik der Kraftfahrzeugleistungen für 1959	—	16	(1212.955)
	Finanzzuweisungen an die Länder für die Groß- zählungen in den Jahren 1960 bis 1962	25 230	25 230	6002.951
	Summe F 6	63 053	63 765	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
F 7	Ziviler Ersatzdienst	4 040	2 535	1108/1110.309
F 8	Verhütung und Beseitigung von Notfällen			
83	Vorsorgemaßnahmen für die Berliner Bevölkerung			
	Darlehen an das Land Berlin	37 000	—	6002.953
	Vergütung an die Berliner Bank für ihre Tätigkeit bei der Finanzierung von Vorsorgemaßnahmen	270	516	6002.305
89	Hilfsmaßnahmen			
	Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen im Ausland	500	450	6002.679
	Beitrag an die Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes e. V.	1	1	2502.675 (1)
	Summe F 8	37 771	967	
	Summe F	288 095	215 611	
	Hinweis:			
	Bundesministerium des Innern (siehe A 3)	(18 545)	(16 259)	0601.100—299, 850, 870, 880
	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (siehe A 3)	(5 960)	(5 249)	2701.100—299, 850—870
	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen (siehe A 3)	(2 140)	(1 925)	2901.100—299, 300
G	Finanzverwaltung			
G 1	Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung			
	Bundesfinanzverwaltung	582 157	519 973	0804.100—302, 700—880, (ohne 737 [8], 741 [9] u. 742 [12])
G 2	Kassen- und Schuldenverwaltung			
21	Kassenverwaltung (Bundeshauptkasse)	804	795	0808
22	Schuldenverwaltung	111 653	86 624	3203 (ohne 302)
	Summe G 2	112 457	87 419	
G 3	Finanzschulen	—	—	
G 9	Einzelne Maßnahmen			
	Umsatzsteuerpauschale	1 500	1 500	6002.395
	Verwaltungskostenerstattungen und Entschädigungen	42 200	50 000	2403.220
	Erstattungen von Verwaltungsaufwand in Einzelfällen	58 000	45 000	6002.302
	Drucklegung des(r) Bundeshaushaltsplanes, (-rechnung)	500	500	6002.200
	Beschaffung von Unterlagen zur Geschichte der Finanzverwaltung	40	—	0802.302

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: G 9	Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zoll- wesens in Brüssel (Anteil des Bundes)	260	259	0802.675
	Kosten für maschinelle Versuche bei der Veranlagung und Erhebung von Steuern	2 550	900	0802.305
	Summe G 9	105 050	98 159	
	Summe G	799 664	705 551	
	Hinweis:			
	Bundesministerium der Finanzen (siehe A 3)	(37 955)	(33 328)	0801
	Bundesministerium für wirtschaftl. Besitz des Bundes (siehe A 3)	(8 323)	(7 627)	2401
H	Schulen			
H 9	Sonstiges Schulwesen			
	Neubau einer Volksschule im gemeindefreien Bezirk Faßberg	166	2 199	2403.750 a
	Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland ...	51 020	47 476	0502.303
	Zuschuß für den deutschen Ausschuß für das Er- ziehungs- und Bildungswesen	120	55	0602.657 b
	Förderung kommunaler Maßnahmen im Raum Bonn (Schulbauten)	8 350	2 400	6002.625
	Zuschüsse zur Förderung von Schulbauten in gefähr- deten Grenzgebieten und im Zonenrandgebiet	12 125	13 250	2702.602 a
	Zuschuß zur Unterhaltung der Landjugendakademie ..	32	32	1002.601 (I, 4)
	Zuschüsse an die UNESCO-Institute der Jugend und für Pädagogik	140	140	0502.676 b
	Beitrag des Bundes zum Bureau International d'Edu- cation	19	18	0502.608
	Ausbildungsstätten für Ingenieure und Techniker auf dem Gebiet der Atomenergie	3 950	3 450	3102.601, 951
	Summe H 9	75 922	69 020	
	Summe H	75 922	69 020	
J	Wissenschaft und Forschung			
J 1	Wissenschaftliche Hochschulen			
	Förderung von gesamtdeutschen und internationalen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen	9 120	7 050	0602.656
	Studienbeihilfen	95 900	78 750	0602.657 a (1)
	Förderung der ideellen Bestrebungen der deutschen Studentenschaft (Studentenaustausch)	315	315	0602.657 a (2)
	Summe J 1	105 335	86 115	
J 3	Wissenschaftliche Forschung			
31	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung	7 204	6 298	1010
	Milchwirtschaft	3 797	4 043	1011
	Forstpflanzenbau und -züchtung	3 748	4 230	1013
	Getreideverarbeitung	1 886	1 612	1015
	Fleischwirtschaft	2 516	917	1016
	Lebensmittelfrischhaltung	1 347	1 573	1017
	Qualitätsforschung	547	403	1018
	Tabakforschung	924	796	1019
	Rebenzüchtung	1 114	878	1002.605

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: J 31	Forschungsaufträge Agrarsoziologische und -soziale Maßnahmen (Unter- suchungen im kleinbäuerlichen Bereich; Forschungs- gesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie)	271	251	1002.601 (A IV, B 1 u. 13)
	Einzelne Förderungsmaßnahmen Land- und forstwissenschaftlicher Forschungsrat ...	194	94	1002.601 (A I 5)
	Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft	2 960	3 000	1002.606
	Durchführung milchwirtschaftlicher Forschungs- aufgaben	270	270	1002.601 (B 8)
	Zuschüsse an: ernährungswirtschaftliche Forschungseinrichtungen und Institute	1 445	1 400	1002.601 (A II, B 9, 10 u. 14)
	Forschungsanstalt für Landwirtschaft	7 211	8 598	1002.602
	Hochschulinstitut für ausländische Landwirtschaft ..	100	100	1002.601 (B 3)
	Summe J 31	35 534	34 463	
32	Tierzucht und Fischerei			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten) Fischereiwesen und Fischverarbeitung, Meeres- forschung	3 107	3 437	1012
	Kleintierzucht	1 822	1 083	1014
	Erforschung und Bekämpfung von Viruskrankheiten	2 991	2 518	1024
	Forschungsaufträge Kommission für Meeresforschung	200	150	1002.585 b 1 (a)
	Internationaler Rat für Meeresforschung	29	30	1002.675 (6)
	Durchführung von Forschungsaufträgen	120	120	1002.615 b 3
	Einzelne Förderungsmaßnahmen Betrieb des Fischereiforschungsschiffes	735	788	1001.401
	Anschaffung eines Fischereiforschungsschiffes	4 000	1 950	1001.951
	Summe J 32	13 004	10 076	
33	Wirtschaft und Verkehr			
	Forschungsaufträge Straßenwesen	1 240	820	1210.310 (1400)
	Luftfahrt	600	500	1217.303
	Bau- und betriebstechnische Fachgebiete der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung	400	400	1203.308
	Abgeltung von Aufträgen an wirtschaftswissenschaft- liche Forschungsinstitute	1 800	1 500	0902.305
	Einzelne Förderungsmaßnahmen Zuschüsse an: Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen, Institut für Luftrecht, wissenschaftliche Gesell- schaft für Luftfahrt, Lilienthalgesellschaft, Aka- demie für Luftfahrtforschung, Finanzwissenschaft- liches Institut Köln, Deutsche Gesellschaft für Flugwissenschaften	27 049	17 777	0802.600/1202.676 (4, 10)
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Ver- teidigungshaushalt (1402.222)	— 24 206	— 14 936	1217.607 (b, c), 617 a
	Förderung der Industrieforschung	15 500	10 200	0902.605
	wissenschaftlicher Zwecke auf den Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	60	55	1202.600 C (2, 5, 6)
	Summe J 33	22 443	16 316	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
34	Kernforschung			
	Anteil an den Betriebskosten des Elektronen-Synchrotrons in Hamburg	1 818	886	3102.642
	Anteil an den Betriebskosten des Hahn-Meitner-Instituts in Berlin	1 620	—	3102.645
	Deutsche Atomkommission	100	100	3102.225 (1)
	Wissenschaftliche Forschung und Nachwuchsausbildung	10 680	9 000	3102.600
	Dokumentationsstellen für Atomenergie	450	450	3102.953
	Zuschüsse für das wissenschaftliche Berichtswesen auf dem Gebiete der Atomenergie	1 050	600	3102.605
	Förderung der Entwicklung der Atomtechnik und der Strahlennutzung	4 500	3 500	3102.620
	Entwicklung von Strahlenschutzmaßnahmen	5 000	4 000	3102.630
	Beitrag zur Europäischen Organisation für Kernforschung	13 699	12 308	3102.676
	Zuschüsse an wissenschaftliche Institute und Einrichtungen	46 700	55 000	3102.950
	Zuschüsse zur Kernforschungsanlage des Landes Nordrhein-Westfalen in Jülich	10 000	—	3102.962 (950)
	Bau eines Hochenergie-Elektronen-Synchrotrons in Hamburg	16 598	15 394	3102.955
	Beitrag zum Forschungs- und Investitionshaushalt der Europäischen Atomgemeinschaft	65 609	50 715	6006.624
	Summe J 34	177 824	151 953	
	Hinweis:			
	Atomkraft (siehe P 5)	(188 080)	(90 902)	
	Förderung des Abbaues und der Aufbereitung von Uran (siehe P 2)	(1 500)	(1 800)	3102.611
35	Wasserwirtschaft, Energie und Bauwesen			
	Forschungsaufträge			
	Forschung auf dem Gebiet des Wohnungs-, Bau- und Siedlungswesens	550	405	2502.601 (ohne Ziff. f)
	Forschung auf dem Gebiet des baulichen Luftschutzes	750	1 250	3609.640
	Untersuchung der deutschen Energiewirtschaft	—	313	(0902.959)
36	Raum- und Bodenforschung			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Landeskunde und Raumforschung	1 998	1 841	0614
	Geodäsie	5 869	4 636	0616
	Bodenforschungsanstalt Hannover	10 483	9 270	0909
	Förderungsmaßnahmen			
	Beitrag an die Europäische Organisation für photogrammetrische experimentelle Untersuchungen	5	5	0602.675 c

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
37	Weltraumforschung			
	Förderung der Weltraumforschung	60 100	—	3104
39	Sonstige wissenschaftliche Forschung			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Hauswirtschaft	543	545	1020
	Geschichte	525	516	0630
	Archäologie	7 451	6 687	0629
	Institut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus	1 318	617	0634
	Forschungsaufträge			
	Forschung auf dem Gebiet der Sozialreform	40	45	1109.600
	Sozialwissenschaftliche Forschung	380	330	1102.602
	Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiete des Luftschutzes	3 600	3 600	0619.311
	Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Not- standsplanungen auf dem Gebiet des Verkehrs	450	350	3607.303
	Zuschüsse an:			
	Ostforschungsinstitute	1 030	616	0602.625—629
	Historische Forschungseinrichtungen	1 267	941	0602.631—637
	Sonstige Forschungseinrichtungen	1 302	840	0602.640—648
	überregionale rechtswissenschaftliche Vereinigungen und Forschungsinstitute	110	90	0701.600
	Forschungsinstitute für kulturelle und volkspolitische Zwecke	44 030	44 230	2702.600
	Europäische Organisation für astronomische For- schung	382	—	0602.618
	Jahresleistung an das Institut für Mittelstandsforschung	320	200	0902.614
	Beitrag an das Internationale Institut für Verwaltungs- wissenschaft in Brüssel	20	21	0602.675 b
	Summe J 39	62 768	59 627	
	Summe J 3	391 328	290 155	
J 4	Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge			
	Allgemeine Förderung der Wissenschaft	377 338	234 703	0602.616, 619
	Zuschüsse an wissenschaftliche Akademien	1 350	1 350	0602.621—624
	Abführung der Dividende der Volkswagenwerk AG an die »Stiftung Volkswagenwerk«	10 800	7 500	2402.600
	Aufenthalt eingeladener ausländischer Rechtswissen- schaftler	8	8	0701.301
	Summe J 4	389 496	243 561	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
J 5	Bibliotheks- und Archivwesen			
51	Bibliothekswesen			
	Zuschuß zum Ausbau der Deutschen Bibliothek	75	150	0602.984
	Deutsche Bibliothek	905	710	0602.660 (5)
	Internationaler amtlicher Schriftentausch für die BRD	44	32	0602.306
	Kostenzuschuß an die Staatsbibliothek Bremen zur Mikroverfilmung deutscher Zeitungen	—	—	(0403.950)
52	Archivwesen			
	Bundesarchiv in Koblenz	3 408	3 320	0613
	Deutsches Literaturarchiv (Zuschuß)	100	70	0602.660 (4 b)
	Summe J 5	4 532	4 282	
J 6	Förderung wissenschaftlicher Sammlungen (Zuschüsse und Beiträge)			
	Neubau des Deutschen Gesundheitsmuseums, Köln	740	500	0602.961
	Deutsches Gesundheitsmuseum, Köln	164	164	0602.668 (11)
	Freies Deutsches Hochstift	110	80	0602.660 (3)
	Stiftung »Preußischer Kulturbesitz«	7 500	7 000	0602.661
	Rhein-Museum, Koblenz	2	—	1202.676 (7)
	Deutsches Museum in München	175	175	0602.950 c
	Zuschuß für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Teile des Germanischen National-Museums in Nürn- berg, des Römisch-Germanischen Zentralmuseums und des Gutenberg-Museums in Mainz	628	350	0602.950 a, b, 974
	Für die Inbetriebnahme, Einrichtung und Zwischen- verwaltung der deutschen Kunstinstitute in Rom und Olevano	200	200	0602.970
	Deutsche Schiller-Gesellschaft (Zuschuß)	74	70	0602.660 (4 a)
	Summe J 6	9 593	8 539	
	Summe J	900 284	632 652	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Atomfragen (siehe A 3)	(6 566)	(4 885)	3101, 3102.218, 225 (2), 301, 3103.218, 225
	Wehrtechn. Forschung und Entwicklung (siehe C 19) ..	(281 869)	(297 875)	1402.308, 309, 603, 615
K	Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten			
K 1	Theater, Film und Musik			
19	Einzelne Aufgaben			
	Auszeichnungen bester Jahresleistungen und sonstige fördernde Maßnahmen auf dem Gebiete des Film- wesens	8 000	5 656	0602.611
	Baumaßnahmen an den Festspielhäusern in Reckling- hausen und Bayreuth	950	—	0602.971, 972
	Summe K 1	8 950	5 656	
K 3	Heimatpflege			
31	Naturschutz und Landschaftspflege			
	Ausgaben der Bundesanstalt für Naturschutz, Land- schaftspflege und Vegetationskunde	681	472	1021
	Beitrag zur Internationalen Naturschutzvereinigung ...	16	17	1002.675(17)
39	Einzelne Aufgaben			
	Naturschutzparke und Landschaftspflege (Zuschüsse) ..	2 000	2 000	1002.604
	Summe K 3	2 697	2 489	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
K 4	Einzelne kulturelle Aufgaben			
	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Beitrag)	3 210	3 025	0502.675 a
	Internationales Studienzentrum für Erhaltung und Wiederherstellung von Kulturgütern (Beitrag)	19	31	0502.675 b
	Beitrag zum Lincoln Center in New York	5 000	—	0502.951
	Beitrag zum »Nubien Projekt« der UNESCO	5 000	—	0502.952
	Zuwendungen für Arbeiten im Interesse der Frau	70	70	0602.613
	Beitrag des Bundes zum Europäischen Kulturfonds	120	120	0504.676
	Förderung zentraler Maßnahmen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung	455	390	0602.657 c
	Förderung der kulturellen internationalen Beziehungen	600	472	0602.660 (2)
	Erhaltung und Wiederaufbau von Kulturbauten mit besonderer nationaler Bedeutung (Zuschüsse)	800	800	0602.660 (6)
	Förderung der Arbeit der deutschen UNESCO-Kommission in Köln	390	390	0502.676 a
	Förderung kultureller Bestrebungen in der Bundesrepublik	3 915	2 557	0602.660 (1)
	Kulturpolitische Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters in Berlin	21 050	16 000	2702.607
	Erhaltung und Auswertung des kulturellen Heimat-erbes der Heimatvertriebenen und zur Förderung der kulturellen Bestrebungen der Flüchtlinge (Zuschüsse) ..	1 100	1 000	2602.601
	Förderung kultureller Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters im Zonenrandgebiet	4 000	4 000	2702.602 b
	Zuschüsse an deutsche Familienorganisationen	143	143	2901.660
	Zuschüsse zur Ehe- und Elternberatung	75	75	2901.662
	Union internationale des Organismes Familiaux (Beitrag)	5	5	2901.675
	Beiträge zu den Kosten der kulturellen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften	3 000		6006.626
	Summe K 4	48 952	29 078	
K 5	Kirchliche Angelegenheiten			
	Versorgung der heimatvertriebenen Seelsorger, Kirchenbeamten, Kirchenangestellten sowie ihrer Hinterbliebenen, Zuschuß an die evangelische und katholische Kirche sowie an Freikirchen	10 170	8 150	0602.605
	Dotationen des Bundes für die derzeitigen bischöflichen Verwaltungen der ostdeutschen Diözesen jenseits der Oder und Neiße	600	520	0602.606
	Zuschuß zu den Kosten des 10. Evangelischen Kirchentages 1961 in Berlin	—	1 000	(0602.983)
	Summe K 5	10 770	9 670	
	Summe K	71 369	46 893	
L	Soziale Sicherung			
L 1	Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung			
11	Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht			
	Unfallverhütung und Gewerbehygiene (Bundesinstitut)	499	434	1104
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Durchführung von Studien und Studienreisen	40	36	1101.600
	Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse von Arbeitnehmern sowie zur Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten	160	180	1102.601
	Zuschüsse:			
	a) an den Deutschen Arbeitsring für Lärmbekämpfung (25 Tsd. DM),			
	b) an die »Kommission Reinhaltung der Luft« beim VdI (175 Tsd. DM),	225	145	1102.604
	c) an Verein »Aktion das sichere Haus« (25 Tsd. DM).			

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
	Beiträge an deutsche und internationale Arbeitsorgani- sationen	1 983	1 862	1102.675
	Summe L 11	2 907	2 657	
12	Arbeitsbeschaffung			
	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Grund- und verstärkte Förderung)			
	Darlehen:			
	a) an Gebietskörperschaften	5 000	7 500	1111.580 a, 581 a (teilw.)
	b) an Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts	1 010	1 510	1111.580 a, 581 a (teilw.)
	Zuschüsse:			
	a) an Gebietskörperschaften	10 000	15 000	1111.580 b (teilw.)
	b) an Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts	2 240	2 490	1111.580 b (teilw.)
	Darlehen für Maßnahmen zur Förderung der Arbeits- aufnahme für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe (700 Tsd. DM) und für Heimkehrer (5 Tsd. DM)	705	1 010	1111.535, 536
	Summe L 12	18 955	27 510	
15	Europäischer Sozialfonds			
	Beitrag zum Europäischen Sozialfonds	12 800	26 951	6006.621
19	Einzelne Leistungen			
	Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin	5 000	--	1102.970
	Zinsverbilligung für Darlehen zur Existenzgründung ..	900	--	1102.953
	Soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie	56 000	78 500	6002.955
	Summe L 1	96 562	135 618	
L 2	Versicherungswesen			
21	Versicherungsaufsicht			
	Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (Bundesaufsichtsamt)	4 647	4 007	0904
	Sozialversicherung (Bundesversicherungsamt)	2 440	2 282	1106
22	Sozialversicherung			
	Rentenversicherung			
	Zuschüsse des Bundes auf Grund der Rentenver- sicherungsneuregelungsgesetze	4 591 993	4 306 510	1113.600
	Rentenversicherung der Arbeiter 3 748,3 Mill. DM			
	Rentenversicherung der Angestellten 843,7 Mill. DM			
	Kosten der Nachversicherung gemäß Fremdreten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz	2 000	--	1113.607
	Erstattung der Mindestzuschläge an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	217 000	238 793	1113.612
	Zusammen	4 810 993	4 545 303	
	Knappschaftsversicherung			
	Zuschuß des Bundes an die knappschaftliche Renten- versicherung auf Grund des Knappschaftsrenten- versicherungs-Neuregelungsgesetzes	1 483 800	1 684 000	1113.602
	Zuschüsse an die hüttenknappschaftliche Pensions- versicherung im Saarland	4 000	5 000	1113.613
	Zuschüsse an die Knappschafts-Krankenversicherung	37 000	33 400	1113.603
	Zusammen	1 524 800	1 722 400	
	Unfallversicherung (Bund als Versicherungsträger)			
	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung ..	1 987	1 686	1103
	Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für Bundesbetriebe, der BafAVuAV, die Arbeitslosen sowie für sonstige Betriebe, für die der Bund Träger der UV ist	25 000	25 500	1113.609

Kenn- ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: L 22	Fremdrenten	22 000	24 000	1113.605
	Erstattung des Mehraufwandes der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung an Verfolgte des Nationalsozialismus	12	12	1113.604
	Zusammen	48 999	51 198	
	Krankenversicherung			
	Erstattung der Leistungen auf Grund des Mutterschutzgesetzes	115 000	127 000	1113.610
	Kindergeld			
	Leistungen nach den Kindergeldgesetzen	528 000	387 550	1112
	Sonstige Leistungen			
	Altershilfe für Landwirte (Grüner Plan)	100 000	70 000	1002.608
	Errichtung von Rehabilitationszentren für die Spezialbehandlung bestimmter Verletzten- und Krankheitsgruppen (Darlehen und Zuschüsse)	10 000	5 000	1102.952
	Erstattungen der Aufwendungen der Heimkehrer-Krankenhilfe	1 200	1 700	1113.606
	Tuberkulosebekämpfung (Zuschuß)	50 000	70 000	1113.608/0602.577 a (1)
	Leistungen des Bundes auf Ansprüche der Rentenversicherungsträger für die Zeit vor dem Inkrafttreten der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze	5 000	5 000	1113.622
	Erstattung der Fürsorgeleistungen saarländischer Versicherungsträger an Versicherte im Zusammenhang mit einer versicherungspflichtigen Beschäftigung außerhalb des Saarlandes	19 000	15 000	1113.615
	Zahlung an Österreich auf Grund des Zweiten deutsch-österreichischen Sozialversicherungsabkommens	—	2 500	1113.953
	Zusammen	185 200	169 200	
	Summe L 22	7 212 992	7 002 651	
29	Einzelne Leistungen			
	Zusätzliche Versicherung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	900	900	6002.322
	Summe L 2	7 220 979	7 009 840	
L 3	Fürsorge			
31	Arbeitslosenhilfe			
	Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe	68 500	105 200	1111.300
	Förderung der Arbeitsaufnahme, Berufsbildungsmaßnahmen (Zuschüsse)	3 500	5 500	1111.301
	Unterstützung und Berufsfürsorge für Heimkehrer	1 030	1 670	1111.302
	Durchführung der Arbeitslosenhilfe (Verwaltungskostenpauschale an BAfAVuAV)	4 563	7 170	1111.303
	Zuschüsse zur Arbeits- und Berufsförderung für geistig und körperlich behinderte Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe	300	400	1111.305
	Summe L 31	77 893	119 940	
32	Kriegsfolgenhilfe / Allgemeine Fürsorge			
	Individuelle Fürsorge (Pauschale)	262 787	284 151	0636.300
	Individuelle Fürsorge für Zugewanderte aus der sowj. Besatzungszone und der Stadt Berlin	55 000	60 000	0636.305
	Fürsorge der Flüchtlinge aus Ungarn	450	500	0636.308
	Soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene (175 Mill. DM) und Darlehen im Rahmen der Berufsfürsorge (5 Mill. DM)	180 000	179 000	0636.306, 531
	Kosten der Rückführung von Deutschen	6 000	7 525	2602.311
	Kosten der Kriegsfolgenhilfe aus der Zeit vor dem 1. April 1955	1 000	1 400	0636.960
	Unterstützungen und Beihilfen für Deutsche im Ausland	350	390	0502.305
	Summe L 32	505 587	532 966	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		Regierungs- entwurf 1962	1961	
— 1 000 DM —				
33	Allgemeine Fürsorge / Einrichtungen			
	Notaufnahmeverfahren (Dienststellen)	5 933	5 312	2603
	Grenzdurchgangs- und Notaufnahmelager (Pauschale)	28 136	30 969	0636.301
	Sonstige Durchgangs- und Wohnlager (Pauschale)	91 622	104 528	0636.302
	Marburger Blindenstudienanstalt und andere Einrich- tungen der Blinden-, Schwerbeschädigten- und Körper- behindertenfürsorge	430	430	0602.677 b (5)
	Summe L 33	126 121	141 239	
34	Jugendhilfe			
	Förderung der überregionalen Tätigkeit der Vereini- gung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e. V. (Zuschuß)	13	13	0701.602
35	Jugendhilfe / Einrichtungen			
	Schiffsjungenheime und Schifferkinderheime der Binnen- schifffahrt (Beihilfen für —)	72	72	1202.607
36	Förderung der freien Wohlfahrtspflege			
	Weltkinderhilfswerk UNICEF (Beitrag)	5 500	5 500	0502.668
	Unterstützung und Förderung der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes (Zuschuß)	270	270	0602.603
	Ausstattung der Heime des Müttergenesungswerkes (Zuschuß)	2 000	2 000	0602.677 b (3)
	Organisationen und Verbände der Vertriebenen, Flücht- linge und Kriegsgeschädigten (Zuschuß)	255	240	2602.600
	Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege			
	Darlehen	10 000	9 000	A 0602.570
	Transportkosten für Liebesgaben sendungen	1 000	2 700	0602.577 a (3)
	Zuschüsse an in Deutschland tätige ausländische Wohl- fahrtsorganisationen	75	100	0602.577 a (4)
	Summe L 36	19 100	19 810	
39	Allgemeine soziale Aufgaben			
	Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Bundesdienst- stelle, Nürnberg)	948	900	0633
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Fürsorge ...	29 985	28 080	0602.677 b (1, 2, 4)
	Zuschuß für Familienferienheime	3 000	1 800	2901.661
	Betreuung von Besuchern aus der Sowjetzone, Förde- rung des Interzonenreiseverkehrs	1 000	20 000	2702.603
	Besondere Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters	36 250	—	2702.606
	Betreuung der heimatlosen Ausländer	1 000	330	2602.603
	Zuschuß zu den Aufwendungen für die Unterstützung hilfsbedürftiger Deutscher im Ausland	2 800	3 120	0602.677 a (2)
	Wirtschaftliche Sicherung früher außerhalb des Bundes- gebietes tätiger deutscher Gelehrter im Ausland	40	40	0602.655
	Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Bonn	9	9	1109.601
	Förderung deutscher Hilfsvereine im Ausland	350	300	0502.314
	Beitrag zum Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen	1 500	880	0502.674 a
	Förderung des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für arabische Flüchtlinge aus Palästina	2 500	1 000	0502.674 b
	Neubau eines Sammellagers für asylsuchende Aus- länder (Ersatz für Valka-Lager)	—	292	(4003.710)
	Darlehen zur Errichtung von Wohnungen und zum Existenzaufbau für heimatlose Ausländer	—	1 715	(4003.951)
	Vermischte soziale Ausgaben	10	10	6002.299
	Zuschüsse zu den Sozialwerken der Bundesverwaltung	1 000	1 000	6002.610
	Summe L 39	80 392	59 476	
	Summe L 3	809 178	873 516	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1000 DM —		
L 4	Lastenausgleich			
41	Verwaltung			
	Bundesausgleichsamt	3 159	2 981	2605
	Vom Bund zu leistende Verwaltungskosten	200 255	178 369	6004.603, 604
42	Leistungen			
	Zuschuß an den Ausgleichsfonds	265 233	179 367	6004.600
	Verstärkung des Härtefonds	100 000	100 000	6004.601
	Summe L 4	568 647	460 717	
L 5	Kriegsopferversorgung			
51	Verwaltung			
	Versorgungsbauten			(1110.761)
52	Leistungen			
	Versorgungsbezüge	3 750 642	3 967 036	1110.300
	Einmalige Unterstützungen	7 600	8 000	1110.302
	Heilbehandlung	271 107	271 200	1110.303, 304, 761
59	Fachliche Fortbildung, Vereine u. a.			
	Fachliche Fortbildung im Versorgungswesen (Zuschüsse)	350	350	1110.652, 653
	Stiftung »Invalidenhaus Berlin« (Zuschuß)		45	(1102.651)
	Zuschüsse an Anstalten und Einrichtungen	595	595	1102.650
	Summe L 5	4 030 294	4 247 226	
L 6	Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen			
61	Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegs- gefangenen	1 600	1 700	1110.305
62	Leistungen an ehem. Kriegsgefangene und politische Häftlinge			
	Entschädigungen an ehemalige Kriegsgefangene	18 000	20 000	2602.307
	Eingliederungshilfen an ehemalige politische Häftlinge	20 000	37 000	2602.308
	Existenzaufbau, Beschaffung von Wohnraum (Darlehen)	24 500	28 000	2602.530
	Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat	4 500	7 000	2602.605
	Fahrpreismäßigung für Spätheimkehrer (Zuschuß an Bundesbahn)	65	140	2602.606
	Summe L 62	67 065	92 140	
63	Versorgung der verdrängten Angehörigen des öffent- lichen Dienstes	1 307 985	1 041 400	3307
64	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehr- macht	799 725	532 280	3308
65	Umsiedlung und Auswanderung			
	Umsiedlung von Heimatvertriebenen (Pauschale)	11 013	11 845	2602.312
	Rückführung von Evakuierten	868	936	2602.309, 310
	Auswanderung von Kriegsfolgehilfeempfängern (Pauschale)	2 168	2 331	3606.303
	Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Aus- wanderung-ICEM	3 912	4 034	3606.302—304
	Repatriierung von Angehörigen der Ostblockstaaten, soweit der Bund die Kosten zu tragen hat	2	5	0502.315
	Zuschüsse für gemeinnützige Einrichtungen	130	117	0615.600
	Summe L 65	18 093	19 268	
66	Betriebliche Altersfürsorge			
	Zuschuß zum Ausgleich von Härten	2 000	3 000	1102.600

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
69	Übrige soziale Kriegsfolgeleistungen			
	Einrichtungshilfe für Deutsche aus der Sowjetzone	75 000	18 000	2602.607
	Leistungen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der BRD und Berlin (West) in Gewahrsam genommen wurden	7 000	8 000	1110.306
	Betreuung deutscher Kriegsgefangener (Kosten- erstattung an das Internationale Rote Kreuz)	—	1 055	0502.310
	Rechtsschutz von Deutschen im Ausland im Zusammen- hang mit den Kriegereignissen	812	812	0502.311
	Unterstützungen für ehemalige Gefangene und Aus- siedler	1 800	1 800	2602.305
	Maßnahmen für im ausländischen Gewahrsam befind- liche Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene, Internierte und deren Angehörige:			
	Unterstützungen 7 205 Tsd. DM			
	Kulturelle Betreuung 4 Tsd. DM	7 209	7 212	2602.301, 303, 304
	Härteausgleich bei Vergewaltigungen	4 500	4 500	6004.302
	Beihilfen an Vertriebene im Ausland	6 500	—	6004.320
	Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßen- bahnen (Zuschuß)	24 000	29 000	6004.641
	Härteausgleich für Personen, die von der Besatzungs- macht aus dem Saarland ausgewiesen worden sind	2 500	3 000	6004.960
	Summe L 69	129 321	73 379	
	Summe L 6	2 325 789	1 763 167	
	Summe L	15 051 449	14 490 082	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (siehe A 3)	(12 842)	(11 547)	1101.100—299 (ohne 223), 300, 710, 850, 870, 871
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (siehe A 3)	(5 046)	(4 760)	2601.100—299, 2602.300
M	Gesundheit, Sport und Jugendpflege			
M 1	Gesundheit			
11	Gesundheitsdienst			
	Bundesgesundheitsamt einschl. Laboratorien und Aus- stattung	12 726	10 984	0611
19	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Blutspendewesen (Zuschüsse)	600	450	0602.669
	Volksgesundheitliche Bestrebungen, Bekämpfung menschlicher Krankheiten, Bekämpfung der Sucht- gefahren	1 336	1 162	0602.668 (ohne Ziff. 11)
	Erfahrungsaustausch über gemeingefährliche und über- tragbare Krankheiten	110	55	0602.671
	Einrichtung und Unterhaltung einer medizinischen Dokumentationsstelle (Zuschuß)	90	90	0602.670
	Zuschuß an Weltgesundheitsorganisation als Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Ausrottung der Malaria	250	500	0602.673
	Internationale Ärztekongresse	167	—	0602.981, 982
	Darlehen zur Deckung des Nachholbedarfs freier ge- meinnütziger Krankenanstalten	25 000	25 000	A 0602.571
	Beiträge:			
	Weltgesundheitsorganisation	4 798	4 887	0602.675 d
	Kosten der internationalen Rauschgiftkontrolle	146	176	0602.675 e
	Zur Erfüllung von Aufgaben des internationalen Gesundheitswesens	40	36	0602.672
	Summe M 1	45 263	43 340	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
M 2	Sport und Leibesübungen			
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports und der Leibesübungen, Spitzenfinanzierung von Turn- und Sportstätten	33 000	21 950	0602.610, 973
	Förderung motorsportlicher und luftsportlicher Veranstaltungen	3	3	1212.303
	Zuschüsse an Nürburgring-G. m. b. H. (90 Tsd. DM) und Deutschen Aero-Club (150 Tsd. DM)	240	240	1202.608/1217.618
	Summe M 2	33 243	22 193	
M 3	Jugendpflege			
31	Prüfung jugendgefährdender Schriften			
	Bundesprüfstelle	109	80	0631
	Mitarbeit der Bewertungsstelle der Vereinigten Leihbuchhändler bei der Vorprüfung von Büchern	30	9	0602.310
39	Einzelne Maßnahmen			
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt im Rahmen des Bundesjugendplanes:			
	a) Allgemeiner Bundesjugendplan	66 500	60 930	} 2901.571
	b) Ferienerholung für Kinder und Jugendliche	5 000	4 500	
	c) Ausbildungsbeihilfen an jugendliche SBZ-Flüchtlinge	16 500	15 000	} 2702.605
	Durchführung des Bundesjugendplanes in Berlin	4 100	2 900	
	Errichtung eines Jugendgästehauses in Berlin	881	—	2702.711, 870
	Summe M 3	93 120	83 419	
	Summe M	171 626	148 952	
	Hinweis: Bundesministerium für das Gesundheitswesen (s. A 3)	(2 000)	—	1501
N	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
N 1	Ernährung und Landwirtschaft			
11	Allgemeine Förderung der Landwirtschaft (Förderungszuschüsse/Darlehen)			
	Förderung der Landtechnik und des landwirtschaftlichen Bauwesens	3 315	2 802	1002.601 (A I, 2—4)
	Allgemeine Förderungsmaßnahmen	100	140	1002.600
	Förderung des Gemüse-, Obst-Gartenbaues usw. (Grüner Plan)	4 000	2 270	1002.580 b 1
	Verbesserung von Qualität und Absatz von Obst, Gemüse und Kartoffeln (Grüner Plan)			
	Darlehen	—	—	(1002.580 a)
	Zuschüsse	14 500	12 500	1002.580 b 2
	Förderung des Weinbaues (einschl. Grüner Plan)	3 900	3 900	1002.607
	Förderung von Qualität und Absatz landwirtschaftl. Erzeugnisse (Grüner Plan)	43 500	19 000	1002.629
	Förderung der Milchwirtschaft (Grüner Plan)			
	a) Förderung von Qualität und Absatz	33 000	18 000	1002.630 a
	b) Schulmilchspeisungen	10 000	10 000	1002.630 b
	Kosten der Stilllegung von Mühlen	11 000	10 500	1002.668
	Bekämpfung der pflanzlichen und tierischen Schädlinge			
	Einmalige Sondermaßnahme zur Verbesserung der Lage bäuerlicher Familienbetriebe			
	a) Darlehen	—	100 000	1002.980 a
	b) Zuschüsse	—	200 000	1002.980 b
	Förderung der bäuerlichen Hauswirtschaft (Grüner Plan)	50 000	(30 000)	1002.610

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: N 11	Beihilfen für Verluste bei tuberkulösem Schlachtvieh ..	2 000	—	1002.952
	Förderung des Absatzes von Zigarrengut	3 200	—	1002.953
	Förderung des Einsatzes von Maschinen und tech- nischen Anlagen (Grüner Plan)			
	Darlehen	—	—	(1002.578 a)
	Zuschüsse	20 000	20 000	1002.578 b 1
	Erprobung und Beschaffung von Maschinen und Ge- räten (Grüner Plan)	300	300	1002.578 b 2 b
	Erstattung der für bestimmte Niederungsgebiete zu erlassenden Lastenausgleichsabgaben an den LAF (Grüner Plan)	14 000	14 000	1002.963
	Maßnahmen zur Milderung der Ernte-, Frost- und Hochwasserschäden	460	1 817	1002.970
	Summe N 11	215 005	416 959	
	Hinweis:			
	Ausbau der Wirtschaftswege (siehe Q 26)	(80 000)	(70 000)	1002.574
	Förderung agrarsoziologischer und agrarsozialer Maß- nahmen (siehe J 3)	(271)	(251)	1002.601
12	Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft			
	Sortenschutz, Bundesamt für —	2 549	2 116	1004
	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft	5 014	4 972	1003
14	Vorratshaltung	386 242	514 742	1002.620
16	Förderungsmaßnahmen für westliche Grenzgebiete			
	Maßnahmen auf Grund der Verträge mit Belgien, Luxemburg und den Niederlanden	3 775	5 000	6004.950
17	Gutsbezirke und Domänen (Zuschüsse)	824	402	2403.502, 602—605
18	Subventionen			
	Preisausgleich für eingeführtes Getreide und Zucker ..	30 000	500	1002.951
	Aufrechterhaltung eines angemessenen Preisstandes für angelieferte Milch (gedeckt aus Abgaben)	4 000	4 000	1002.665
	Erhöhung des Auszahlungspreises für Qualitätsmilch (Grüner Plan)	470 000	425 000	1002.961
	Durchführung eines übergebietlichen Ausgleichs in der Milchwirtschaft (gedeckt aus den Abgaben des Milch- und Fettgesetzes)	30 000	15 000	1002.631
	Ausgleichsbeträge zur Förderung der deutschen Eier- wirtschaft	152 800	90 000	1002.958
	Verbilligung der Handelsdüngieranwendung (Grüner Plan)	185 000	185 000	1002.962
	Stützung der inländischen Flachs- und Hanfpreise	—	—	(1002.954)
	Zinsverbilligungszuschüsse für Konsolidierung um- schuldungsbedürftiger, kurzfristiger Verbindlichkeiten (Grüner Plan)	1 500	2 200	1002.673 c
	Zinsverbilligung zur Förderung agrar- und ernährungs- wirtschaftlicher Maßnahmen (Grüner Plan)	225 000	134 100	1002.673 a, b, d, e (1)
	Betriebsbeihilfen zur Verbilligung von Dieselmotoren			
	a) nach dem Verkehrsfinanzgesetz vom 6. April 1955	180 180	156 247	1002.679 a 1
	b) nach dem Grünen Plan	114 000	67 350	1002.679 a 2
	Förderung des Saatgutwesens (Vermehrungsanbau von Saatgut)	2 772	2 772	1002.609

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: N 18	Einkaufsbeihilfen für landwirtschaftliche Maschinen an gewerblich-landwirtschaftliche Lohnunternehmen (Grüner Plan)	14 700	9 700	1002.578 b 2 a
	Summe N 18	1 410 452	1 091 869	
19	Maschinenprüfung, Fachausbildung, Organi- sationen u. a.			
	Ausbildungswesen			
	Ausbildung von Fachkräften auf dem Gebiete der tropischen und subtropischen Landwirtschaft (Zuschuß)	200	200	1002.601 (B 2)
	Berufs- und Fachausbildung auf dem Lande (Zuschüsse)	26 500	25 600	1002.603
	Verbrauchsberatung, Absatzförderung			
	Unterrichtung der Verbraucher über Marktvorgänge und Marktverhalten	450	450	0902.615
	Hauswirtschaftliche Aufklärung und Beratung (Zuschuß)		90	(0902.608)
	Verbraucherberatung, Ernährungsaufklärung, Absatzförderung	3 250	2 700	1002.650
	Ausstellungen, Lehrschauen, Kongresse	2 960	2 714	1002.652 (1)
	Ausfuhrwerbung	2 040	2 286	1002.652 (2)
	Land- und Hauswirtschaftlicher Informationsdienst	1 800	1 627	1002.601 (A I- 1)
	Beiträge an internationale Organisationen (Weizenrat, Zuckerrat, Kommission der Ernährungs- industrie, Weinamt, Milchwirtschaftsverband, Ver- einigung für Samenkontrolle, Europ. Pflanzenschutz- organisation, Ernährungs- und Landwirtschafts- organisation der UN (FAO), Vereinigung für haus- wirtschaftlichen Unterricht)	4 638	3 168	1002.675 (1—3, 5, 8, 9, 11, 14, 18)
	Sonstiges			
	Kosten der deutschen Verbindungsstelle zur FAO ..	86	73	1001.305
	Nachrichten- und Pressedienst	23	23	1001.300
	Herausgabe von Veröffentlichungen	98	93	1001.301
	Marktberichterstattung	213	213	1002.601 (B 7)
	Erhebungen auf dem Gebiet der Land- und Er- nährungswirtschaft (Feststellungen zur Ertragslage, Berichterstattungsdienst)	3 188	2 945	1002.670
	Summe N 19	45 446	42 182	
	Summe N 1	2 069 307	2 078 242	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
N 2	Tierzucht			
21	Allgemeine Förderung der Tierzucht und Tiergesundheit (ohne Pferdezucht)			
	Förderung der Bienenzucht		450	(1002.611)
	Tierseuchenbekämpfung			
	Bekämpfung der Rindertuberkulose (Zuschüsse)	6 000	10 400	1002.615 a
	Bekämpfung der Brucellose bei Rindern und Schafen	5 000	5 000	1002.615 c
	Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft der Virusgewinnungsanlagen	900	400	1002.615 b 1
	Schutzimpfung gegen Maul- und Klauenseuche	2 100	2 100	1002.615 d
	Tierseuchenberichterstattung	19	18	1001.302
	Summe N 21	14 019	18 368	
22	Pferdezucht			
	Förderung der Zucht des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung (Zuschüsse)	98	18	1002.601 (B 6, 613)
29	Beiträge und Zuschüsse			
	an den Deutschen Tierschutzbund	40	18	1002.601 (B 5)
	zum Internationalen Tierseuchenamt	22	17	1002.675 (4)
	zur Europäischen Vereinigung für Tierzucht, Rom, und zur Internationalen tierärztlichen Föderation für Tier- zucht, Paris	5	5	1002.675 (10, 15)
	Summe N 2	14 184	18 431	
N 3	Forsten			
31	Förderung der Forst- und Holzwirtschaft	472	302	1002.601 (A III, B 11, 12)
37	Staatsforsten			
	Verwaltung und Betrieb	8 837	7 894	2403.420, 421, 865/ 0804.737 (8), 741 (9), 742 (12)
	Summe N 3	9 309	8 196	
N 4	Jagd und Fischerei			
41	Allgemeine Förderung der Fischerei			
	Förderung der Fischerei			
	Darlehen	17 500	780	1002.585 a
	Zuschüsse	12 154	2 000	1002.585 b 1 (b u. c) u. 2
47	Fischereischutzboote			
	Betrieb der Fischereischutzboote	1 868	1 857	1001.400
48	Subventionen			
	Betriebsbeihilfen für die Fischerei zur Verbilligung von Dieselkraftstoff	3 700	3 500	1002.585 b (3)
	Zur Verbilligung von Kapitalmarktmitteln für die Hochseefischerei	1 680	270	1002.673 e (2)
	Marktstützung und Förderung des Fischabsatzes (ge- deckt aus Abgaben gemäß Fischgesetz vom 31. August 1955)	700	5 000	1002.677
49	Jagd- und Fischereikosten u. a.			
	Beiträge zum Internationalen Jagdrat, zur Internatio- nalen Überfischungskonvention und zur Nordwest- atlantischen Fischereikonvention	22	24	1002.675 (7, 12, 16)
	Summe N 4	37 624	13 431	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
N 5	Ländliches Siedlungswesen			
51	Förderung der ländlichen Siedlung			
	Darlehen	267 600	177 700	1002.571 a/A 1002.571 a
	Zuschüsse	99 800	115 000	1002.571 b
	Selbsthaftmachung von verheirateten Landarbeitern (Grüner Plan)	65 000	23 000	1002.965
	Summe N 5	392 400	315 700	
	Hinweis:			
	Ablösung von Flüchtlingssiedlungskrediten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1949/50 (Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau) (siehe P 7)	(150)	(150)	6002.550
N 6	Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung			
61	Umlegung, Erschließungsprogramme			
	Förderung der Umlegung			
	Darlehen	—	—	(1002.572 a)
	Zuschüsse	—	—	(1002.572 b)
	Grüner Plan	195 000	165 000	1002.572 b
	Durchführung eines landwirtschaftlichen Erschließungs- programms im Landesteil Schleswig (Nordprogramm)			
	Darlehen	—	—	(1002.579 a)
	Zuschüsse	28 000	25 000	1002.579 b
	Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Be- triebe, agrarstrukturelle Maßnahmen (Grüner Plan)			
	Darlehen	200 000	150 000	A 1002.573
	Zuschüsse	205 000	110 000	1002.573 b
	Summe N 6	628 000	450 000	
	Summe N	3 150 824	2 884 000	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (siehe A 3)	(15 445)	(13 500)	1001.100—299, 850
O	Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung			
O 1	Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen			
	Wasserwirtschaftliche und landeskulturelle Maßnahmen			
	Darlehen	35 000	—	(1002.575 a)
	Zuschüsse	118 600	40 000	1002.575 b 1
	Grüner Plan	—	55 000	(1002.575 b 2)
	Finanzhilfe für wasserwirtschaftliche Großbauten in Rheinland-Pfalz	3 000	1 988	6002.574
	Summe O 1	156 600	96 988	
O 2	Erschließung des Emslandes			
	Darlehen	1 000	1 000	1002.570 a
	Zuschüsse	39 000	35 000	1002.570 b
	Summe O 2	40 000	36 000	
O 6	Talsperren	—	—	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
O 7	Wasserversorgung			
71	Ländliche Wasserversorgung, Kanalisation, Abwässerbeseitigung und -verwertung (Grüner Plan)			
	Darlehen	—	—	(1002.576 a)
	Zuschüsse	50 000	30 000	1002.576 b
	Summe O 7	50 000	30 000	
O 8	Küstenschutz, Dünenwesen			
	Grundinstandsetzung der Dünen Schutzwerke auf Borkum	—	414	(A 1203.763)
	Instandsetzung der Inselschutzwerke auf Wangerooge	1000	585	1203.762
	Förderung besonderer Vorhaben auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und Landeskultur im Küstengebiet (Zuschüsse)	35 000	30 000	1002.619
	Summe O 8	36 000	30 999	
O 9	Sonstige Aufgaben			
	Ausbau von Deichanlagen bei Eckwarderhörne	475	—	2403.734
	Beitrag zur internationalen Kommission für Be- und Entwässerung	2	2	1002.675 (13)
	Aufklärungsschriften zur Bekämpfung der Ölverschmutzung der deutschen Küste	2	2	1202.300 e
	Förderung von Untersuchungen zur Reinerhaltung der Gewässer und zur Sicherung der Trinkwasserversorgung	900	650	3103.650
	Zuschüsse für Berichtswesen und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft	75	50	3103.655
	Kosten des Informationswesens	200	300	3103.301
	Förderung der Ausbildung von Fachkräften	30	30	3103.651
	Beiträge an Vereine und Gesellschaften	35	35	3103.675
	Zuschuß zum Internationalen Wasserkongreß in Berlin	—	100	(3103.960)
	Summe O 9	1 719	1 169	
	Summe O	284 319	195 156	
P	Wirtschaft			
P 1	Allgemeine Förderung			
12	Notstands- und Grenzgebiete, wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Inland			
	Regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft			
	Darlehen	87 000	87 000	6002.571 a
	Zuschüsse	55 000	45 000	6002.571 b
	Erstattung von Zöllen und Steuern auf Warenvorräte saarländischer Unternehmer am Ende der Übergangszeit	2 600	18 000	6002.600
	Zuschuß für die Übergangshilfe zur Förderung des Absatzes saarländischer Erzeugnisse	25 000	18 000	6002.601
16	Wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Ausland			
	Entwicklungshilfe aus Anleihe bei der Deutschen Wirtschaft	—	1 500 000	(A 6007.570)
	Förderung von Entwicklungsländern	430 000	85 000	2302.300 A 2302.570
	Beitrag zum Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder	308 000	189 000	6006.622
	Beteiligung am Grundkapital der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)	40 779	42 818	A 6004.893
	Summe P 16	778 779	1 816 818	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
19	Europäische Zusammenarbeit, Wirtschaftsrat u. a.			
	Maßnahmen im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftshilfe und der europäischen Zusammenarbeit (Veröffentlichungen, Erfahrungsaustausch, Einfuhrkontrolle)	623	625	0901.306—308
	Erhaltung des deutschen Auslandsvermögens	100	270	0501.964
	Für Informationen über ausländische Wirtschaftsgesetze	90	90	0901.301
	Beitrag zum Verwaltungshaushalt der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	32 498	24 573	6006.620
	Beitrag zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD)	4 078	5 540	6006.625
	Beitrag an die Europäische Wirtschaftskommission (ECE)	560	560	0502.611
	Veröffentlichungsverpflichtungen im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftshilfe und Aufklärung über die Privatisierung des Bundesvermögens	400	200	2402.300
	Kosten des deutschen Mitgliedes des Direktoriums des Europäischen Währungs-Abkommens	47	47	0901.309
	Beobachtung der Wirkung der deutschen Entwicklungshilfe	2 000	—	2302.331
	Betreuung von Delegationen und Besuchergruppen ...	80	—	2302.330
	Auslagen des Präsidenten des Komitees für Maß und Gewicht in der Pariser Meterkonvention	14	—	0902.307
	Summe P 19	40 490	31 905	
	Summe P 1	988 869	2 016 723	
P 2	Bergbau			
21	Aufschlußarbeiten, Uranabbau u. a.			
	Untersuchungs- und Aufschlußarbeiten im Eisenerzbergbau (Zuschuß)	600	800	0902.611
	Förderung des Abbaues und der Aufbereitung von Uranvorkommen (siehe auch J 34)	1 500	1 800	3102.611
27	Unternehmen			
	Finanzierung der Saarbergwerke Aktiengesellschaft in Saarbrücken	18 500	25 900	A 2402.891
	Erhöhung des Grundkapitals der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (Veba)	35 000	—	2402.602
	Jahresleistung und Ausbaurkosten an die Versuchsgrube Tremonia	1 210	640	0902.600, 956
28	Subventionen			
	Frachthilfe für die Beförderung von Steinkohlen	104 000	104 000	6002.957
29	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Zeitschrift für Bergrecht und Bergwesen (Kostenzuschuß)	15	14	0901.302
	Summe P 2	160 825	133 154	
P 3	Elektrizitätsversorgung			
	Verstärkung der elektrischen Stromversorgung und Durchführung der Restelektrifizierung (Grüner Plan)	—	—	(1002.577 a)
	Darlehen	5 000	5 000	1002.577 b
	Zuschüsse	5 000	5 000	
	Summe P 3	5 000	5 000	
P 4	Gasversorgung	—	—	
P 5	Atomkraft			
	Zuschüsse für Patentanmeldungen im öffentlichen Interesse	10	—	3102.608
	Förderung der Entwicklung der Atomtechnik	14 438	8 000	3102.610
	Berufliche Fortbildung auf dem Gebiete des Strahlenschutzes	150	15	3102.631

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: P 5	Kernforschungszentrum Karlsruhe			
	Betriebszuschuß	36 919	22 338	3102.640
	Investitionszuschuß	56 797	23 360	3102.960
	Zuschuß an das Institut für Plasmaphysik in Garsching Zuschuß an die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt, Hamburg	18 015	—	3102.643, 961
	6 954	1 521	3102.644, 963	
	Beiträge an deutsche Vereine und die internationale Atomenergieorganisation	1 555	1 576	3102.675, 677
	Förderung der Projektierung und Errichtung von Ver- suchsreaktoren	37 000	21 150	3102.970
	Förderung von Versuchsanlagen für die Atom- und Isotopentechnik	1 955	900	3102.975
	Beteiligung an der Atomausstellung in Genf	100	—	3102.980
	Beitrag zum Verwaltungshaushalt der Europäischen Atomgemeinschaft	11 247	8 892	6006.623
	Einzahlung aus dem Kapitalanteil bei der EURO- CHEMIC	2 940	3 150	A 6006.892
	Summe P 5	188 080	90 902	
P 6	Gewerbe und Handel			
62	Einrichtungen zur Gewerbeförderung			
	Patentwesen (Deutsches Patentamt)	32 782	29 956	0705
	Physikalisch-technische Prüfungen (Bundesanstalt)	21 419	18 330	0903
	Durchführung von Rechtsvorschriften für die gewerb- liche Wirtschaft (Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft)	10 654	8 661	0905
	Außenhandelsinformation (Bundesstelle für —)	3 586	2 995	0906
	Materialprüfung (Bundesanstalt für —)	12 294	11 088	0907
	Kartellwesen (Kartellamt)	3 318	3 112	0908
	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	1 824	672	0911
	Summe P 62	85 877	74 814	
63	Handwerk und Kleingewerbe			
	Getränkeschankanlagen (Prüfstelle für —)	25	25	0902.306
	Förderung des Handwerks	5 400	5 200	0902.601
64	Handel, Export und einzelne Gewerbe- zweige			
	Förderung des Handels, Hotel- und Gaststättengewerbes	1 800	1 800	0902.610
	Förderung des Exports	—	1 850	0902.606
	Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland	1 710	—	0902.606
	Finanzierungshilfen für deutsche Bewerber um Ber- atungsaufträge in Entwicklungsländern	500	—	0902.607
	Prüfung der Kostenlage im Speditions- und Lagerei- gewerbe	10	10	1202.600 B
	Berufliches Förderungsprogramm (Zuschüsse und Dar- lehen) für die unselbständige Mittelschicht	10 000	5 000	1102.570
67	Unternehmen			
	Bundesdruckerei (Zuweisung zur Kapitalausstattung aus dem Gewinn)	2 778	1 026	1303.901
	Kapitalausstattung des Heizwerkes Mürwik	—	97	(2403.901)
	Staatswerft Rendsburg-Saatsee (Instandsetzungs- arbeiten)	565	—	1204.901
68	Subventionen			
	Betriebsbeihilfen für versteuertes Gasöl an gewerbliche und sonstige Betriebe der Wirtschaft	23 400	21 252	0902.679
	Zinsverbilligung bei der Umschuldung von Krediten von Kriegssachgeschädigten-Betrieben	250	200	0902.957
	Zinsverbilligung bei der Umschuldung von Krediten von Flüchtlingsbetrieben	600	1 100	0902.954

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
69	Rationalisierung, Messen, Beiträge u. a. Zuwendung für die Errichtung von Windkanälen und Triebwerkprüfständen für Zwecke der Luftfahrtindustrie Teilnahmekosten an der Internationalen Zollkonferenz Messen Förderung des deutschen Messewesens Beteiligung an ausländischen Messen (Kosten- beitrag) Einrichtung von Informationsständen bei in- und ausländischen Messen und Ausstellungen Beiträge an West-Ost-Handelssekretariat Internationale Organisationen Beschaffung wirtschaftlichen Materials zu Außen- handelszwecken Betriebsprüfungen im Auftrage Dritter (Ausgaben für —) Berufungskammer in Börsengerichtssachen Zuschuß zum X. Internationalen Berufs- und Leistungs- wettbewerb Internationaler Ingenieurkongreß 1963 in München (Zuschuß) An Frauenverbände für hauswirtschaftliche Beratung .. Beteiligung an den Kosten der Internationalen Arbeits- ausstellung	8 100 162 26 000 330 5 733 330 25 2 — 70 90 —	8 100 162 11 000 140 5 548 270 25 2 200 — — 3 000	1217.617 b 0901.952 0902.603 0902.602 3102.301 (2) 0502.679 0902.675 0502.300 0901.300 0901.303 (0902.960) 0902.961 0902.608 (1102.951)
	Summe P 69 ...	35 847	23 705	
	Summe P 6	168 762	136 079	
P 7	Bank- und Kreditwesen			
72	Einrichtungen für das Bank- und Kreditwesen Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	1 716	1 082	0910
75	Wertpapierbereinigung Wertpapierbereinigung (Bundesamt für —) Bereinigungsverfahren, Börseneinführungskosten und Kommissionssteuern für Auslandsbonds, Kosten für Maßnahmen zur Einsparung von Wertpapierbereini- gung, Entschädigungen für Auskünfte und Beschaffung von Beweisunterlagen bei der Aufklärung verdächtiger Anmeldungen	1 175 140	1 414 140	0807.100—299, 300—303, 306 3203.302
77	Unternehmen Quotenerhöhung des Internationalen Währungsfonds.. Zahlungen an die Weltbank Bezüge des stellvertretenden Direktors der Weltbank Kapitalanteil der Bundesrepublik bei der Europäischen Investitionsbank (Einzahlung auf den —) Aufstockung des Grundkapitals der Deutschen Landes- rentenbank	— 31 200 66 — —	— 32 760 66 — 4 000	(A 6004.894) A 6004.892 0901.305 (A 6006.890) (A 6002.890)
79	Sonstige Maßnahmen Umstellung der Reichsmark-Uraltkonten in Berlin Abwicklung von Ansprüchen aus Hinterlegungen bei Berliner Hinterlegungsstellen Deutsch-Schweizerische Vertrauensstelle für Goldhypo- theken (Kostenanteil des Bundes) Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Ablösung von Flüchtlingsiedlungskrediten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1949/50 Bearbeitungsgebühr an die Kreditanstalt für Wiederauf- bau für die Mitwirkung beim Ankauf usw. der Anteile der Hugo Stinnes Corporation	100 20 10 150 51	— 14 150 51	0901.991 0902.955 0901.304 6002.550 6002.304

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: P 79	Tilgung der durch die Aufwertung der Deutschen Mark entstandenen Verluste bei der Bundesbank	50 000		6002.635
	Deckung der Verbindlichkeiten der Kreditinstitute aus Gutschriften von RM-Guthaben im Saarland		1 810	(6002.952)
	Summe P 7	84 628	41 487	
P 8	Münzwesen			
87	Prägekosten, Materialbeschaffungskosten, Unterhal- tung des Münzumschlags, Bekämpfung der Falsch- münzerei	20 000	15 000	6002.396
	Summe P	1 616 165	2 438 345	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Wirtschaft (siehe A 3)	(32 963)	(30 429)	0901.100—299, 712, 850, 870, 880
	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (s. A 3)	(2 610)	—	2301
Q	Verkehr			
Q 1	Allgemeine Verkehrsmaßnahmen			
11	Sicherung des Güterverkehrs mit Berlin	11 000	40 000	2702.604
19	Verkehrsrat, Selbstkostenausschuß			
	Leistungs- und Kostenermittlung sowie verkehrs- und tarifpolitische Untersuchungen	290	290	1202.600 A
	Förderung allgemein wirtschaftlicher Zwecke auf allen Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	306	416	1202.600 (teilw.)
	Summe Q 1	11 596	40 706	
Q 2	Straßenwesen			
22	Besondere Einrichtungen			
	Kraftfahrt-Bundesamt	14 524	14 036	1212 (ohne 303)
	Bundesanstalt für Straßenbau	4 069	1 758	1211, 1210.310 (1900)
23	Bundesautobahnen, Bundesstraßen			
	Bundesautobahnen			
	Unterhaltung, einfacher Um- und Ausbau der Bundesautobahnen	65 781	51 273	1210.310 (1200—1219)
	Um-, Aus- und Neubau von Bundesautobahnen	909 972	827 240	1210.310 (1220—1264)
	Um-, Aus- und Neubau von Hochbauten an Bundes- autobahnen	4 233	1 175	1210.310 (1271)
	Gründerwerb, Ersatzbetriebsraumbeschaffung und Abwicklung	6 850	2 600	1210.310 (1280—1287) (ohne 1284)
	Bundesstraßen			
	Unterhaltung, einfacher Um- und Ausbau der Bundesstraßen	238 605	180 118	1210.310 (1000—1019)
	Um-, Aus- und Neubau von Bundesstraßen	505 776	498 438	1210.310 (1020—1029, 1060—1069)
	Um-, Aus- und Neubau von Hochbauten an Bundes- straßen	3 959	1 250	1210.310 (1070—1079)
	Ausbau von Ortsdurchfahrten in Gemeinden bis 50 000 Einwohnern	79 076	9 857	1210.310 (1030—1039)
	Gründerwerb und Ersatzbetriebsraumbeschaffung ..	21 294	10 350	1210.310 (1080—1089) (ohne 1084)
	Höhengleiche Bahnübergänge (Beseitigung, Ände- rung)	35 663	26 000	1210.310 (1040—1049)
	Bau von Umgehungsstraßen	142 378	154 573	1210.310 (1060)
	Kosten durch Aufstufung von Landstraßen I. Ordnung	185 000	140 000	1210.310 (1091)

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: Q 23	Zuschüsse an fremde Baulastträger (Autobahnzubringer, Ortsdurchfahrten, Brücken)	169 500	168 300	1210.310 (1500—1529)
	Kosten für neue Kredite	—	9 310	(1210.310 (1800—1809))
	Beteiligung an den Kosten für Planung und Bauaufsicht	43 000	37 066	1210.310 (1600—1609)
	Kürzung des Straßenbauplanes	— 90 000	—	1210.310
	Summe Q 23	2 321 087	2 117 550	
24/25	Landstraßen I. und II. Ordnung	—	—	
26	Sonstige Straßen, Brücken			
	Wiederaufbau oder Ersatz von Brücken	2 636	4 450	1203.780 (1)
	Aufwendungen für Folgemaßnahmen Dritter im Zusammen- hang mit dem Bundesfernstraßenbau	18 000	—	1210.310 (1910—1919)
	Unterhaltung, Um- und Ausbau der Roßfeldstraße bei Berchtesgaden	200	560	1210.310 (1100—1109)
	Beteiligung am Ausbau der Ederseerandstraße zwischen Niederwerbe und Café Seeblick	232	180	1203.779
	Umbau der Brücke Nr. 308 im Zuge der Bundesstraße B 65 über das Oberhaupt der Schleuse Anderten	400	30	1203.776
	Beiträge zu den Kosten der Wiederherstellung kriegs- zerstörter Brücken fremder Baulastträger mit Bundes- verkehrsinteressen	671	880	1203.964
	Ausbau der Wirtschaftswege (Grüner Plan)			
	Darlehen	—	—	(1002.574 a)
	Zuschüsse	80 000	70 000	1002.574 b
	Entschädigungen oder Darlehen an die Gemeinden aus Anlaß der Übernahme der Baulast für ehemalige Privat- straßen des Bundes	2 000	2 000	2403.601
	Instandsetzung bundeseigener Straßen und Wege in Wildflecken	500	—	2403.710
	Summe Q 26	104 639	78 100	
28	Subventionen			
	Betriebsbeihilfe für den Werkfernverkehr	1 200	1 000	1202/679 c
29	Einzelne Maßnahmen			
	Internationaler Verband der Straßenkongresse	5	5	1202.675 (5)
	Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen	4 000	4 000	1210.310 (1700—1709)
	Veröffentlichungen, Beschaffung technischen und wissen- schaftlichen Materials auf dem Gebiet des Straßen- wesens	120	80	1210.310 (1410)
	Summe Q 29	4 125	4 085	
	Summe Q 2	2 449 644	2 216 529	
Q 3	Schieneverkehr			
37	Bundesbahn, nicht bundeseigene Eisenbahnen			
	Darlehen nach Maßgabe des Abschn. V des Verkehrs- finanzgesetzes	145 000	145 000	1202.510 (1)
	Ausgleich zur Deckung von Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bundesbank	34 000	34 000	1202.510 (2 aa)
	Ausgleich von betriebsfremden Versorgungslasten ...	310 000	302 400	1202.510 (2 bb)
	Beitrag zu den weiteren Versorgungslasten der Bundes- bahn	555 000	175 000	1202.510 (2 b)
	Zuschuß und Darlehen an die Deutsche Bundesbahn für den Wiederaufbau			
	a) der Eisenbahnbrücke Kehl—Straßburg und für die Höherlegung des Bahnhofs Kehl	3 000	4 000	1202.510 (2 c)
	b) der Eisenbahnbrücke Neuburg—Chalampè	—	430	1202.510 (2 d)
	Anpassungshilfe an die Deutsche Bundesbahn für die Rationalisierung im Personenzugverkehr	170 000	150 000	1202.510 (2 e)

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: Q 37	Übernahme des Kapitaldienstes für Anleihen zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Bundesbahn	10 000	—	1202.510 (2 f)
	Darlehen zur Erhaltung der Liquidität	100 000	—	1202.510 (2 h)
	Verbesserung der Eisenbahnsicherungsanlage an der Grüenthaler Hochbrücke	—	136	(1203.726)
	Beitrag an die Bundesbahn und andere Eisenbahnen für die Kosten der Unterhaltung höhengleicher Kreuzungen	10 650	—	1210.310 (1920—1929)
	Vorortbahn Wilhelmshaven (Zuschuß)	505	950	2403.501
	Darlehen an nicht bundeseigene Eisenbahnen nach Maßgabe des Abschn. VI des Verkehrsfinanzgesetzes	10 000	10 000	1202.533
	Summe Q 37	1 348 155	821 916	
38	Subventionen			
	Betriebsbeihilfen für Verkehrsbetriebe zur Verbilligung von Gasöl zum Betrieb schienengebundener Fahrzeuge	57 150	35 400	1202.679 b
39	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Beitrag an das Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr	90	90	1202.675 (3, 4)
	Summe Q 3	1 405 395	857 406	
Q 4	Schifffahrt			
41	Wasserstraßenverwaltung	78 581	73 220	1203.100—299, 850, 960
42	Besondere Einrichtungen			
	Schiffsvermessung (Bundesamt für —)	608	527	1208
	Sicherung der Schifffahrtswege (Deutsches Hydrographisches Institut)	11 052	10 326	1209/1202.675 (10)
	Wasserbau			
	Bundesanstalt für —	1 404	1 297	1206
	Gewässerkunde			
	Bundesanstalt für —	1 318	892	1207
	Summe Q 42	14 382	13 042	
43	Wasser- und Schiffbau			
	Versuchsanstalt für Wasser- und Schiffbau (Zuschuß)	125	125	1202.600 E
	Darlehen zum Bau von Handelsschiffen	47 000	—	A 1202.599
44	Unterhaltung, Betrieb, Ausbau der Bundeswasserstraßen			
	Unterhaltung und Betrieb			
	Binnenwasserstraßen	68 500	58 970	1203.300
	Seewasserstraßen	67 700	60 700	1203.301
	Westberliner Wasserstraßen (Zuschuß an das Land Berlin)	2 100	2 100	1203.600
	Stromregulierung, Instandhaltung und Ausbau der Strombau- und Uferschutzwerke, Beseitigung von Stauschäden u. ä.	45 084	41 309	1203.721-723, 727-731, 734, 744-746, 751-761, 764-771, 774, 778, 782, 783, 791-793, 802, 810-812, 815-819, 823-825, 951-957, A 1203.726
	Betrieb und Unterhaltung der Lotseneinrichtungen	5 200	5 200	1203.306 a
	Unterhaltung und Betrieb des Saarschiffschleppdienstes	200	175	1203.309
	Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten für Neckar und Mosel	2 670	1 100	1203.856, 857
	Nordostseekanal			
	Anpassung an den gestiegenen Schiffsverkehr, Verbreiterung, Wiederherstellung von Dalben	9 719	7 954	1203.711—714

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: Q 44	Sonstige Kanäle			
	Ausbau und Sicherungsarbeiten, Bau eines Pump- werkes, Schleusenbeleuchtung, Beseitigung von Bergschäden	34 555	34 892	1203.719, 750, 773, 775, 790, 794-797, 800, 801, 804
	Maßnahmen und Aufwendungen zur Erfüllung des Ver- trages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Ober- rheins zwischen Basel und Straßburg	7 500	3 430	1203.813
	Bau eines Schutzhafens in Regensburg, Teilbetrag	—	500	(A 1203.955)
	Bau- und Finanzierungskosten einer Staustufe bei Geesthacht	5 500	4 550	1203.733
	Außergewöhnliche Fahrwasserbaggerungen in der Unter- elbe	11 300	8 305	1203.735
	Ablösung von Unterhaltungslasten im Bereich der Staufufe Petershagen einschließlich restlicher Vell- endungsarbeiten	241	180	1203.777
	Umlegungsverfahren an Kanälen	50	100	1203.798
	Beseitigung von Hochwasserschäden	1 700	3 250	1203.781
	Räumung der Wasserläufe	1 570	1 570	1203.963
	Betriebsanlagen der Wasserstraßen	2 789	2 250	1203.871, 1203.780 (2)
	Schiffahrtssicherung (UKW-Fernsprengeräte, Radar- anlagen u. a., Richtfeuerpaare)	3 460	2 554	1203.873, 965
	Eisbrechdienst, Abwendung von Eis- und Hochwasser- gefahr	350	350	1203.304
	Beschaffung und Ersatz schwimmender Geräte	3 300	3 200	1203.305, 859
	Ersatz für den abgängigen Leuchtturm »Rotersand« ..	1 600	2 650	1203.748
	Neubau von zwei Leuchttürmen	2 000	50	1203.725
	Verlegung des Bauhofes Lauenburg	70	350	1203.732
	Schiffsbauten			
	(Eisbrecher, Motorschlepper, Tonnenleger u. a.)	1 260	3 938	1203.853—855
	Summe Q 44	278 418	249 627	
47	Unternehmen			
	Lübecker Hafengesellschaft mbH. (Betriebszuschuß) ...	500	500	1202.603
	Beteiligung an Bauvorhaben			
	Mittelweser-AG	8 305	8 320	1203.772
	Rhein-Main-Donau-AG	9 000	8 600	1203.820
	Neckar-AG	9 000	9 000	1203.950
	Erhöhung des Eigenkapitals der Rhein-Main- Donau-AG.	2 400	2 400	1203.891
	Verstärkung der Eigenmittel der Rhein-Main-Donau-AG		2 500	(A 1203.890)
	Anteil am Stammkapital der Internationalen Mosel- GmbH.	28 165	13 000	1203.814
	Summe Q 47	57 370	44 320	
48	Subventionen			
	Betriebsbeihilfen für die Hochsee-, Küsten- und Binnenschifffahrt zur Verbilligung von Dieselmotoren	38 900	38 900	1202.679 a
	Zinszuschüsse für private Darlehen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte	39 500	8 000	1202.950, 951
49	Einzelne Maßnahmen			
	Freie Lotsen (Persönliche Ausgaben)	14 400	14 400	1203.306 b
	Erprobung technischer Einrichtungen	430	250	1202.600 D
	Betrieb eines internationalen Eiswachdienstes im Nord- atlantik (Beitrag)	150	150	1202.675 (8)
	Kosten für Ausführung des Seeunfall- und Unter- suchungsgesetzes	58	50	1202.304

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: Q 49	Zuschuß zu den Kosten eines Versuchs der Stationierung eines Fahrzeuges für den Wetter- und Rettungsdienst in der mittleren Nordsee	28	24	1202.605
	Seemannskartei, Durchführung der Schiffssicherheitsvorschriften (Beiträge an Berufsgenossenschaften)	715	556	1202.606
	Maßnahmen zur Berufsausbildung der Seeleute	596	625	1202.604
	Zuschuß an den Schiffsbau-technischen Ausschuß beim Zentralverein für die deutsche Binnenschifffahrt	0	6	1202.600 C
	Verkehrswerbung Nordostseekanal	25	25	1202.300 d
	Beiträge an			
	Zentralverein für die deutsche Binnenschifffahrt (200 DM)	0	0	1202.676 (1)
	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt	72	71	1202.675 (1, 2)
	Internationalen ständigen Verband der Schifffahrtskongresse	10	10	1202.675 (6)
	Internationalen Verband für das Seezeichenwesen ..	3	3	1202.675 (7)
	Veröffentlichungen und Entscheidungen des Bundesoberseeamtes und der Seeämter	3	3	1202.300 c
	Beihilfen für die Errichtung und Unterhaltung deutscher Seemannsheime im Ausland	375	270	0502.313
	Zwischenstaatliche beratende Seeschifffahrtsorganisation (IMCO)	60	50	1202.675 (12)
	Kosten des Frachtprüfungsausschusses für das Rhein- stromgebiet	150	120	1203.321
	Kosten des funkärztlichen Beratungsdienstes für die Seeschifffahrt	5	5	1202.306
	Ausbildungsstätten für Nachwuchsschulung, Lehrkurse Erstattung von Befahrungsabgaben an Dritte	27	27	1203.302
	Aufstellung eines Entwurfs für den Bau einer Staustufe im Mainbecken 76,0 (Kleinostheim)	200	200	1203.320
	Aufstellung eines Entwurfs für den Bau einer Staustufe im Mainbecken 76,0 (Kleinostheim)	346	300	1203.821
	Abwicklung der Planfeststellungsverfahren für die durchgeführten Ausbauten der Unterweser	400	620	1203.740, 741
	Überarbeitung von Wasserstraßenplänen		18	1203.961
	Vermessungsarbeiten, Anfertigung von Bestandszeich- nungen, Brückenbüchern und Bauunterlagen	180	180	1203.962
	Ersatzleistungen infolge von Schiffsunfällen	200	200	1203.303
	Kosten der Besichtigungen und Beschickung von Aus- stellungen	18	18	1203.307
	Summe Q 49	18 451	18 181	
	Summe Q 4	572 727	445 415	
Q 5	Luftfahrt			
52	Besondere Einrichtungen			
	Flugsicherung (Bundesanstalt für —)	52 290	44 016	1215
	Zulassungs- und Prüfungswesen (Luftfahrtbundesamt)	1 135	1 002	1216
57	Lufthansa, Flughäfen			
	Deutsche Lufthansa AG			
	Beteiligung am Grundkapital	41 035	20 779	A 1217.892, 893
	Betriebszuschüsse	45 000	47 000	1217.571 a (1202.627)
	Darlehen	—	—	
	Flughafengesellschaften			
	Betriebszuschüsse	220	370	1217.570 c
	Investitionszuschüsse	10 422	10 950	1217.570 b
	Darlehen	3 851	3 678	1217.570 a
	Summe 57	100 528	82 777	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		Regierungs- entwurf 1962	1961	
— 1 000 DM —				
59	Flugsicherung, Ausbildung, Beiträge			
	Institut du Transport Aérien, Paris (Beitrag)	3	2	1202.675 (13)
	Gesellschaft für Ortung und Navigation (Zuschuß)	43	43	1217.628
	Atlantischer Flugsicherungsdienst (Beitrag)	1 960	1 840	1217.619 (2)
	Verkehrsfliegerschule (Zuschuß)	1 300	1 100	1217.571 b
	Arbeitsgemeinschaft deutscher Flughäfen (Zuschuß) ..	32	32	1217.607 a
	Internationale Civil Aviation-Organisation (Beitrag) ..	968	1 031	1217.619 (1)
	Summe Q 59	4 306	4 048	
	Summe Q 5	158 259	131 843	
Q6	Post- und Fernmeldewesen			
	Übernahme der Kosten sowie der Zinsen und der Tilgung für eine 200-Millionen-DM-Anleihe zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Deutschen Bundespost.	14 000	14 000	3205.689
Q7	Fremdenverkehr			
	Förderung des Reiseverkehrs	6 000	5 270	1202.601
	Förderung des Flugverkehrs nach Berlin	21 000		1217.600
Q8	Wetterdienst			
	Deutscher Wetterdienst	35 295	32 602	1214/1202.675 (11)
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (14 02. 222)	882	582	
	Summe Q 8	34 413	32 020	
Q9	Sonstige Aufgaben			
	Arbeitsgemeinschaft Leichtbau der Verkehrsflugzeuge	2	2	1202.676 (14)
	Fachwissenschaftliche Beiträge zur internationalen technischen Organisation und für sonstige technische Veranstaltungen	5	5	1202.300 b, 675 (9)
	Veröffentlichungen auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung	10	10	1202.300 a
	Summe Q 9	17	17	
	Summe Q	4 673 051	3 743 206	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Verkehr (siehe A 3)	(21 607)	(21 503)	1201/1202.955
	Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen, Bezüge des Ministers (siehe A 3)	(83)	(78)	1301
R	Bau- und Wohnungswesen			
R 1	Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens			
12	Versuchsbauten			
	Förderung der Bauausführung von Versuchs- und Vergleichsbauten; Entwicklung neuer Baustoffe, Baugeräte und Bauarten			
	Darlehen	12 000	5 000	2502.570 a
	Zuschüsse	1 150	2 490	2502.570 b u. c
	Durchführung von Freilandversuchen in Holzkirchen	50	41	2502.604
19	Einzelne Förderungsmaßnahmen, Zuschüsse und Beiträge			
	Förderung der Schinkel-Wettbewerbe	3		2402.600
	Zuschüsse und andere Zuweisungen zur Durchführung und Auswertung besonderer Erhebungen über die Einhaltung der Gütevorschriften im sozialen Wohnungsbau	95	40	2502.601 f

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		Regierungs- entwurf 1962	1961	
		— 1 000 DM —		
	Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens im zentralen Aufgabenbereich (Zuschüsse)	310	356	2502.612
	Zuschüsse an das deutsche Volksheimstättenwerk e.V., den deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau- und Raumplanung und die deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung	176	176	2502.614
	Durchführung von Studienreisen (Zuschüsse)	11	11	2502.615
	Zuschuß zu den Kosten der Dokumentationsarbeit auf dem Gebiet des Wohnungs-, Bau- und Siedlungswesens sowie des Städtebaues	333	180	2502.613
	Beiträge an			
	Vereine, Verbände, Ausschüsse und Gesellschaften internationalen Verband für Wohnungswesen und Städtebau	8	8	1202.676 (teilw.)
		6	6	2502.675 (2)
	Summe R 19 ...	942	777	
	Summe R 1	14 142	8 308	
R 2	Bauverwaltung			
	Bundesbaudirektion	12 704	8 602	2404
R 3	Vermessung und Landesplanung			
R 6	Wohnungsbau			
61	Sozialer Wohnungsbau			
	Darlehen			
	für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau zugunsten der Umsiedlung von Land zu Land	8 000		A 2503.535
	an die Deutsche Bau- und Bodenbank zur Finanzierung von Familienheimen	6 000	6 000	2502.540
	für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau	313 195	456 140	2502.580 a, 581 a
	an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaues zugunsten der Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone und Berlin sowie der ihnen gleichgestellten Personen	682 282	724 713	2502.582 a / A 2502.582 a
	zur sonstigen Förderung von Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues	23 400	13 111	2502.588
	Verbilligung der Finanzierung des Baues von Familienheimen und Eigentumswohnungen im sozialen Wohnungsbau (Zuschüsse)	750	750	2502.616
	Zuschüsse zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues	91 256	54 070	2502.580 b bis 588 b, 582 c
	Summe R 61	1 124 883	1 125 784	
62	Besondere Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues			
	Lehrerwohnungen im gemeindefreien Bezirk Faßberg	250	—	2403.750 b
	Freimachung von Bundeswohnungen	10		2502.315
	Prämien nach dem Wohnungsbauprämien-gesetz	330 000	173 000	2502.620
	Darlehen zur Schaffung von Wohnraum für Verwaltungsangehörige des Bundes (ausgenommen für die Bundesbahn, Bundespost, die Bundeswehr und Bundeswehrverwaltung)	52 000	44 400	2502.830 a
	Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden			
	Darlehen	12 000	5 000	A 2502.531
	Zuschüsse	3 100		2503.608
	Zuschüsse zur Förderung von Instandsetzungs- u. Modernisierungsarbeiten an Wohngebäuden	6 300		2503.609

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: 62	Bundeseigener Wohnungsbau für Angehörige der Bundesverwaltung		353	(2502.830 d)
	Zuschüsse und Beihilfen im Rahmen der Wohnungsfürsorge für Angehörige der Bundesverwaltung	500	600	2502.830 b
	Zuschüsse zur Förderung des Baues von Familienheimen und Eigentumswohnungen	25 000	9 000	2502.606
	Zuschuß zur Baulandbeschaffung und -erschließung		3 375	(2502.611)
	Wohnungsbau zugunsten der Bewohner von Wohnbaracken und Wohnlagern	50 000	49 250	2502.536
	Darlehen an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaus zugunsten der Evakuierten	1 000	—	A 2503.534
	Ersatzwohnraumbeschaffung (aus dem Straßenbauplan)	15 000	8 300	1210.300 [1084, 1284]
	Darlehen zur Wohnungsbeschaffung für junge Ehepaare	20 000	—	2502.545
	Schaffung von Wohnraum für Abgeordnete des Deutschen Bundestages (Darlehen und Zuschüsse)	1 000		2502.833
	Schaffung von Wohnraum für Angehörige ausländischer Missionen (Darlehen)	800		2502.834
	Summe R 62	516 960	293 278	
67	Wohnungswirtschaftliche Unternehmen			
	Erwerb von Beteiligungen	19 500	12 000	2502.890, 895
	Darlehen an die Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Dahlem		—	(2502.962)
69	Sonstige Maßnahmen			
	Miet- und Lastenbeihilfen nach dem Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und dem Zweiten Wohnungsbaugesetz	5 000	20 000	2502.619
	Summe R 6	1 666 343	1 580 062	
	Hinweis:			
	Unterbringung von nichtkasernierten Angehörigen der Bundeswehr und von Angehörigen der Bundeswehrverwaltung (siehe C 16)	(263 623)	(262 002)	1412.830 A 1412.830, 831
R 8	Wiederaufbau, Kriegsschädenbeseitigung			
81	Wiederaufbau der Insel Helgoland			
	Wiederaufbau der Anlagen	2 400	2 450	1203.724
	Weitere Aufbauvorhaben (Versorgungsanlagen, Wohnungsbau u. a.)			
	Darlehen		1 800	(6002.573 a)
	Zuschüsse			(6002.573 b)
87	Unternehmen			
	Helgoland-Aufbau G. m. b. H. (Verwaltungskostenbeitrag an —)	12	13	6002.622
	Summe R 8	2 412	4 263	
R 9	Sonstige Baumaßnahmen			
	Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes in Berlin	5 000	5 000	2403.712
	Instandsetzung des Rundfunkhauses Berlin	232	595	2403.714
	Einrichtung von Bundesorganen in Berlin	1 500	2 078	2403.718
	Um- und Erweiterungsbauten von Dienstgebäuden einschließlich vorsorglicher Grunderwerb	5 000	10 000	6002.710
	Summe R 9	11 732	17 673	
	Summe R	1 707 333	1 618 908	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Wohnungsbau (siehe A 3)	(6 715)	(5 739)	2501

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
S	Allgemeines Finanzwesen			
S 1	Steuern, Zölle, Monopole, Finanzzuweisungen			
11	Steuern			
	Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten	6 000	9 000	2502.600
	Abführung der Ausgleichsabgaben an den LA-Fonds ..	1 870 000	1 940 000	6004.602
12	Zölle und Monopole			
	Gewinnanteile der Svenska - Tändsticks - Aktiebolaget, Schweden, aus dem Zündwarenmonopol	3 300	4 200	6002.301
13	Finanzzuweisungen, Allgemeine —			
	Zuschuß an den Landeshaushalt Berlin, Zuschuß zum Aufbauplan, Bundesdarlehen	1 553 190	1 107 150	6005.570 / A 6005.571
	Finanzhilfe an das Saarland			
	Darlehen			(A 6002.574 a)
	Zuschuß		25 000	(6002.601 a)
19	Sonstige Leistungen			
	Zahlungen nach dem Sparprämien-gesetz	2 000	1 000	6004.620
	Erstattung von Zöllen und Steuern auf saarländische Warenvorräte	—	—	(6002.600 b)
	Summe S 1	3 434 490	3 086 350	
S 2	Versorgung			
	Versorgung der Bundesbeamten	138 331	75 900	3303
	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Über- leitungsgesetz vom 24. August 1951 (BGBl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	96 330	76 260	3306
	Summe S 2	234 661	152 160	
	Hinweis:			
	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr (siehe C 1)	(125 255)	(38 765)	3304
S 3	Schuldendienst			
31/32	Verzinsung und Tilgung			
	Inlandsschulden			
	Verzinsung der Anleihen des Bundes (einschl. der laufenden jährlichen Tilgung)	749 551	552 852	3205.680 (ohne l)
	Bedienung der verbrieften Reichsschuldentitel	146 800	127 000	3205.683
	Gewährung von Entschädigungen für Gewinne auf verspätet vorgelegte Prämienschatzanweisungen ..	119	119	3205.682
	Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse auf- genommenen Mittel	70 000	50 000	3205.681
	Erstattung der Zinsen und Tilgungsleistungen für Ausgleichsforderungen aus der Umstellung über- örtlicher Berliner Uraltguthaben	4 092	3 960	3209.685
	Einlösung von Bundesanleihen und Schatzanwei- sungen	107 250		3205.687
	Bedienung der Altsparerentschädigung auf die An- leihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen	42 000	97 260	3205.690
	Tilgung des Sonderkredits Saarland	82 500	85 000	3205.691
	Erstattung der Aufwendungen für den Schuldendienst für die Ausgleichsforderungen, deren Schuldner die Länder sind	287 000	255 000	3209.686

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: 31 32	Erstattung der Aufwendungen für die Ausgleichs- forderungen der verlagerten Deutschen Pfandbrief- anstalt an die Länder	1 272	1 272	3209.683
	Auslandsschulden			
	Zahlungen nach dem Auslandsbonds-Entschädigungs- gesetz	26 070	26 780	3205.692
	Verzinsung der Anleihen des Bundes (einschl. der laufenden jährlichen Tilgung)	203 398	225 248	3205.680 (I)
	Tilgung der durch das Londoner Schuldenabkommen und im Zusammenhang damit entstandenen Ver- bindlichkeiten	18 150	110 676	3205.685
	Leistungen des Bundes nach dem Gesetz zur Aus- führung des Abkommens vom 27. Januar 1953 über deutsche Auslandsschulden	934	—	3209.682
	Verzinsung und Tilgung der durch das Abkommen mit der Schweiz vom 26. August 1952 geregelten Verbindlichkeiten (ohne Verbindlichkeiten für In- vestitionszwecke)	20 600	21 900	3209.680
	Zahlungen an die USA auf Grund der Verbindlich- keiten aus der Lieferung von Überschußgütern	—	73 303	(3205.686)
	Erstattung von Zahlungen an die Konversionskasse	—	—	(3209.684)
	Summe S 31/32	1 759 736	1 630 370	
33	Rückkauf			
	Rückkauf von Schuldkunden des Bundes	20	50	3207.300
	Ankauf von Schuldkunden des Bundes und vom Bund verbürgter Schuldkunden	50 000	50 000	3207.301
34	Inanspruchnahme von Bürgschaften			
	Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewähr- oder an- deren ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen (einschl. der anfallenden Kosten)	250 000	175 000	3208.525
	Summe S 3	2 059 756	1 855 420	
	Hinweis:			
	Bundesschuldenverwaltung (siehe G 2)	(111 653)	(86 624)	3203 (ohne 302)
S 4	Vermögen			
42	Allgemeines Grund- und Sachvermögen			
	Ausgaben aus Anlaß der Übergabe von Liegenschaften an den Bund	200	200	2403.468
	Unterhaltung der Gebäude des allgemeinen Sachver- mögens	33 500	31 000	2403.400
	Mietrückzahlungen an die Länder für ehemalige reichs- eigene Liegenschaften	7 000	—	2403.470
	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Erwerb von Haus- und Baugrundstücken des allge- meinen Sachvermögens	6 900	5 600	2403.401
	Bewirtschaftung von Grundstücken des allgemeinen Sachvermögens	29 000	28 000	2403.402
	Vermischte Ausgaben für das allgemeine Sachvermögen (ohne Forsten)	290	290	2403.469
	Vorsorglicher Grunderwerb in Berlin für Zwecke der Bundesregierung	1 300	700	2403.707
	Erstattung von Investitionen Dritter, Ablösung von Hypotheken	4 000	3 000	2403.951

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
noch: 42	Erwerb von Grundstücken für das allgemeine Sachvermögen	12 000	9 000	2403.706
	Unterhaltung überregionaler Einrichtungen des ehem. Reichs	—	—	(0804.600)
	Instandsetzung, Beseitigung von Kriegsschäden und Umbauten von Grundstücken	23 044	7 858	2403.713, 716, 717, 719—732, 739—743, 820
	Beseitigung militärischer Anlagen des Westwalls	4 000	4 000	2403.960
	Kosten bei der Bergung von Schrott und Altmaterial	65	65	2403.405
	Vermögensabgabe nach dem Gesetz über den Kostenausgleich für das ehemalige Reichsvermögen	8 000	7 500	2403.223
	Abwicklung von Siedlungsvorhaben	100	300	2403.952
43	Sondervermögen			
	Summe S 4	129 399	97 513	
S 5	Besondere Kriegsfolgelasten			
53	Wiedergutmachung			
	Innere Restitutionen (Verwaltungsamt für —)	225	300	0810
	Bundesentschädigungsgesetz (BEG), Leistungen des Bundes zur Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung	1 500 000	1 500 000	6004.311
	Allgemeines Kriegsfolgengesetz, Leistungen des Bundes	56 000	63 500	6004.315/A 6004.315
	Sonstige Entschädigungsleistungen			
	Leistungen auf Grund der Rückerstattungsgesetze ..	470 000	485 000	6004.350
	Entschädigung von ehemaligen Bediensteten jüdischer Gemeinden	16 880	15 880	0615.609
	Zahlungen gemäß §§ 21 (4), 21 a, 22 b, 31 h und 35 (2) BWGöD	7 560	2 900	6004.140
	Summe S 53	2 050 665	2 067 580	
54	Leistungen auf Grund von Staatsverträgen			
	Wiedergutmachung an Israel	250 000	250 000	3209.681
	Leistungen nach Art. 3 des deutsch-niederländischen Finanzvertrages vom 8. April 1960		2 000	(6004.953)
	Leistungen auf Grund des Finanz- und Ausgleichsvertrages mit Österreich	84 750		6004.954
	Summe S 54	334 750	252 000	
59	Sonstige besondere Kriegsfolgelasten			
	Aufwendungen für Kriegsgräber	9 570	10 262	0615.302
	Kosten der Erhaltung deutscher Kriegsgräber im Ausland sowie von Personen, die infolge nationalsozialistischer Verfolgung ausgewandert und verstorben sind	10 500	11 770	0502.630
	Beteiligung an der Wiederherstellung jüdischer Friedhöfe	769	764	0602.608
	Zuschuß für die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht	10 047	8 940	0602.600
	Zuwendungen für die Erfüllung von Suchdienstaufgaben und die dokumentarische Erfassung der deutschen Kriegsgefangenen, der Wehrmachtsvermißten, der Zivilverschleppten und der vermißten Heimatvertriebenen	10 656	10 290	2602.302, 306, 602
	Finanzierung des Internationalen Suchdienstes Arolsen	2 078	2 000	2602.675
	Summe S 59	43 620	44 026	
	Summe S 5	2 429 035	2 363 606	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
S 6	Allgemeine Rücklagen			
	Betriebsmittelrücklage			(6002.520)
S 7	Nicht aufteilbare Posten			
71	Verstärkungsmittel			
	Verstärkung der Mittel für Personalausgaben des Bundes		500 000	(6002.107, 199)
72	Globalabstriche			
	Minderausgabe im Bundeshaushalt	- 1 182 000	- 525 048	6002.300
79	Sonstiges			
	Rückzahlung der Deutschen Bundesbank aus dem Garantiekonto für Rüstungskäufe im Ausland			(3208.990)
S 8	Abwicklung der Vorjahre			
	Zur Deckung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren ...	206 891	154 250	6002.999
S 9	Beitrag an den außerordentlichen Haushalt			
	Summe S	7 312 231	7 684 251	
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	53 540 134	48 149 257	

Kenn- Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan		Fundstelle im Haushaltsplan 1962
		1962 Regierungs- entwurf	1961	
		— 1 000 DM —		
	Nachrichtlich: Bundesregierung			
	(Aufgliederung der Kennziffer A 31)			
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	4 772	3 747	0401.100—299, 301, 711—870
	Auswärtiges Amt	39 574	35 461	0501.100—299, 850, 951
	Bundesministerium des Innern	18 545	16 259	0601.100—299, 850, 880
	Bundesministerium der Justiz	8 796	7 031	0701.100—299, 710, 850
	Bundesministerium der Finanzen	37 955	33 328	0801
	Bundesministerium für Wirtschaft	32 963	30 429	0901.100—299, 712 bis 870
	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15 445	13 500	1001.100—299, 850
	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	12 842	11 547	1101.100—299 (ohne 223), 300, 710—850
	Bundesministerium für Verkehr	21 607	21 503	1201/1202.955
	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	83	78	1301
	Bundesministerium für Verteidigung	82 961	68 470	1401
	Bundesministerium für das Gesundheitswesen	2 000		1501
	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2 610		2301
	Bundesministerium für wirtschaftl. Besitz des Bundes ..	8 323	7 627	2401
	Bundesministerium für Wohnungsbau	6 715	5 739	2501
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	5 046	4 760	2601.100—299, 2602.300
	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	5 960	5 249	2701
	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundes- rates	836	765	2801
	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen ..	2 140	1 925	2901.100—299, 300, 850
	Bundesministerium für besondere Aufgaben	599		3001
	Bundesministerium für Atomfragen	6 566	4 885	3101, 3102.218, 225 (2), 301 (1), 3103.218, 225
	Summe A 31	316 338	272 300	

Haushaltsquerschnitt

(Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Rechnungsjahr 1962)

Aufgabenbereiche des Funktionenplans	Einnahmen					
	Fortdauernde Einnahmen					
	Verwaltungs- einnahmen	Betriebs- einnahmen	Gewinne aus Unternehmen, Einnahmen aus Sonder- vermögen	Zinsen und Tilgung	Zuweisungen von Gebiets- körperschaften, LAF/SV (Z)	Steuern (St)
					Zuschüsse	Sonstige Einnahmen
Titel	1 — 14	15 — 24	25 — 44	45 — 60	61 — 65	St, 66 — 69
	1	2	3	4	5	6
Ordentlicher Haushalt						
A. Bundespräsident, Gesetzgebung, Oberste Staatsorgane	2,7	—	0,3	6,4	—	0,8
B. Auswärtige Angelegenheiten.....	3,9	—	—	—	—	0,2
C. Verteidigung (einschl. zivile Verteidigung)	35,1	0,0	—	55,1	12,0	70,0
D. Öffentliche Sicherheit	0,7	—	—	0,4	—	0,3
E. Rechtsschutz	2,5	—	—	0,0	—	0,0
F. Inn. Verwaltung u. allgem. Staatsaufgaben	0,3	2,5	—	0,0	—	0,1
G. Finanzverwaltung	34,7	—	—	1,9	—	4,8
H. Schulen	—	—	—	—	—	—
J. Wissenschaft und Forschung	2,3	0,9	—	0,4	0,9	1,5
K. Kunst, Volksbildung usw.	0,0	—	—	—	—	—
L. Soziale Sicherung	29,9	0,0	—	93,2	{ (Z) 1,0 0,5	10,9
M. Gesundheit, Sport, Jugendpflege	0,3	0,3	—	—	—	0,0
N. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ..	5,6	11,1	0,1	40,9	{ (Z) 34,0 0,7	412,1
O. Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung	—	—	—	1,3	—	—
P. Wirtschaft	57,3	—	158,0	95,3	—	0,1
Q. Verkehr (einschl. Straßenwesen)	130,9	0,2	425,7	27,0	1,7	2,8
R. Bau- und Wohnungswesen ⁹⁾	0,0	—	2,2	160,7	—	0,2
S. Allgemeines Finanzwesen	—	119,6	—	76,6	—	{(St) 47 520,2 81,4
Ordentlicher Haushalt zusammen.....	306,4	134,6	586,4	⁹⁾ 559,4	{ (Z) 35,0 15,9	{(St) 47 520,2 585,2
Außerordentlicher Haushalt						
C. Verteidigung (einschl. zivile Verteidigung)	—	—	—	—	—	—
L. Soziale Sicherung	—	—	—	—	—	—
M. Gesundheit, Sport, Jugendpflege	—	—	—	—	—	—
N. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	—	—	—	—
O. Wasser- und Kulturbau	—	—	—	—	—	—
P. Wirtschaft	—	—	—	—	—	—
Q. Verkehr	—	—	—	—	—	—
R. Bau- und Wohnungswesen	—	—	—	—	—	—
S. Allgemeines Finanzwesen	—	—	—	—	—	—
Außerordentlicher Haushalt zusammen....	—	—	—	—	—	—
Gesamtsumme	306,4	134,6	586,4	⁹⁾ 559,4	50,9	48 105,4
darunter: <i>Durchlaufende Mittel</i>	—	—	—	—	—	(St) 1 870,0

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ¹⁾ Einschl. 161,0 Mill. DM Erstattungen (14 02 222). — ²⁾ Darunter 4,6 Mill. DM an Sozialversicherungsträger. —
³⁾ Abweichend von der Veranschlagung im Haushaltsplan sind hier Bauten und Grunderwerb für Bundesfernstraßen nicht in Spalte 12 sondern in den Spalten 21 und 22

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Rechnungsjahr 1962 (Regierungsentwurf)

Haushalts-Soll in Millionen DM *)

Einnahmen		Ausgaben																		Aufgabenbereiche		
		Personal- ausgaben	Sachausgaben	Allgemeine Ausgaben										Einmalige Ausgaben					Insgesamt			
				Zuweisungen an Gebiets- körpersch./ LAF/SV (Z)	Renten, Unter- stützungen (R)	Betriebs- ausgaben	Zuschüsse an Unternehmen, Ausgaben an Sonder- vermögen, Rücklagen	Darlehen an Gebiets- körpersch./LAF/ Sozial- versicherung	Sonstige Darlehen	Zuweisungen an Gebiets- körpersch./LAF/ Sozial- versicherung	Zuschüsse und Beihilfen	Schulden- dienst (Sch)	Zusammen	Erwerb von Grundstücken	Neu-, Um- und Er- weiterungs- bauten	Anschaffung von Fahr- zeugen, Ein- richtungs- gegenständen u. dgl.	Erwerb von Beteiligungen	Subventionen (S)			Insgesamt	
																		Zuschüsse, Beihilfen				Sonstige Ausgaben
70—99	1—99	100—199	200—299	300—399		400—499	500—529	530—569, 570 a—599 a		570 b—599 b, 600—679	680—699	300—699	700—709	710—849	850—889	890—900	901—999	700—999	100—999			
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27		
0,2	10,5	268,3	60,3	—	35,0	—	—	—	—	—	0,7	—	35,7	—	5,3	4,2	—	1,5	11,0	375,2	A.	
0,2	4,2	123,3	28,6	—	139,1	—	—	—	—	—	12,6	—	151,7	2,6	21,4	4,1	—	5,0	33,1	336,7	B.	
6,1	178,4	{ 3 027,9 (V) 125,3	1) 520,6	{(Z) 46,6 {(R) 4,0 3 494,4	0,4	—	—	10,0	1,0	109,4	217,0	—	3 899,6	102,5	{(D) 1 407,7 16,4	1 723,6	—	5 204,7	8 454,9	16 028,4	C.	
0,5	1,9	140,6	17,7	0,3	53,9	—	—	—	—	2,8	0,1	—	57,1	—	57,5	30,4	—	10,1	97,9	313,3	D.	
0,0	2,5	28,6	2,7	—	1,6	—	—	—	—	—	0,2	—	1,7	—	1,2	0,1	—	0,8	2,1	35,1	E.	
0,0	2,9	{ 40,8 (V) 0,6	— 0,8	{(Z) 0,1 {(R) 0,5	149,4	—	—	—	—	0,4	23,8	—	174,3	—	1,4	0,9	—	71,0	73,3	288,1	F.	
5,5	47,0	440,7	166,4	—	167,4	—	—	0,0	—	—	0,3	—	167,7	1,3	{(D) 15,4 2,2	6,0	—	—	24,8	799,7	G.	
—	—	—	—	51,0	—	—	—	—	—	20,5	0,6	—	72,1	—	0,2	—	—	3,7	3,9	75,9	H.	
3,7	9,7	30,3	— 16,8	(Z) 0,0	15,6	2,2	—	—	—	9,0	765,8	—	792,7	—	12,3	1,6	—	80,3	94,1	900,3	J.	
—	0,0	0,5	0,1	—	0,1	—	—	—	—	21,4	38,4	—	59,8	—	—	0,0	—	11,0	11,0	71,4	K.	
1,0	136,5	{ 17,1 (V) 2 107,7	2,4	{(Z) 2) 674,1 {(R) 4 116,4 15,0	3,8	—	—	10,0	26,2	4) 7 193,9	799,3	—	12 838,7	—	0,1	0,1	—	75,4	75,6	15 041,5	L.	
—	0,7	7,0	1,4	—	1,4	—	—	—	—	—	102,7	—	104,2	—	2,6	1,1	—	30,2	34,0	146,6	M.	
0,0	504,5	4,6	1,8	—	1,3	10,4	0,1	—	17,5	937,5	823,3	—	1 790,2	—	0,3	0,0	—	{(S) 837,8 48,4	886,6	2 683,2	N.	
—	1,3	—	—	—	0,2	—	—	—	1,0	206,6	40,0	—	247,8	—	1,5	—	—	—	1,5	249,3	O.	
88,6	399,4	53,7	10,0	—	264,9	—	—	—	91,7	80,6	583,6	—	1 020,8	—	6,7	3,7	—	{(S) 104,9 123,0	238,3	1 322,7	P.	
86,0	674,3	138,7	16,3	(Z) 169,7	3) 570,8	0,0	1 327,5	10,0	3,9	84,2	204,4	14,0	2 384,5	18,8	1 941,4	17,7	2,4	{(S) 39,5 20,2	2 040,1	4 579,7	Q.	
0,0	163,3	6,2	6,4	—	0,1	—	—	879,9	6,0	427,9	35,7	—	1 349,5	—	14,9	0,0	19,5	—	103,2	1 465,3	R.	
1 805,2	49 603,0	{ 7,7 (V) 234,7	8,0	(Z) 1 509,6	5) — 611,4	77,0	(B) 250,0	—	—	3 165,5	40,9	{(Sch) 7) 1 759,7 250,0	6 441,2	13,3	{(D) 68,8 23,0	—	—	299,7	336,1	7 027,7	S.	
1 997,0	51 740,1	{ 4 336,0 (V) 2 468,3	8) 825,2	{(Z) 2 400,2 72,3	{(R) 4 120,4 3) 4 298,8	90,0	{ 1 327,6 (B) 250,0	909,9	147,2	4) 12 259,6	3 689,5	{(Sch) 7) 1 759,7 264,0	31 589,2	138,5	{ 3) 3 512,8 (D) 87,4	1 793,5	22,0	{(S) 982,2 5 985,1	12 521,5	51 740,1		
—	—	—	—	—	—	—	—	15,0	—	—	—	—	15,0	84,0	250,2	—	—	—	334,2	349,2	C.	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,0	—	—	—	10,0	—	—	—	—	—	—	10,0	10,0	L.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,0	—	—	—	25,0	—	—	—	—	—	—	25,0	25,0	M.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	467,6	—	—	—	467,6	—	—	—	—	—	—	467,6	467,6	N.
—	—	—	—	—	—	—	—	35,0	—	—	—	—	35,0	—	—	—	—	—	—	35,0	35,0	O.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,0	—	—	—	200,0	—	—	—	93,4	—	93,4	293,4	293,4	P.
5,0	5,0	—	—	—	—	—	—	—	47,0	—	—	—	47,0	—	5,3	—	41,0	—	46,3	93,3	93,3	Q.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	242,0	—	—	—	242,0	—	—	—	—	—	—	242,0	242,0	R.
1 795,0	1 795,0	—	—	—	10,0	—	—	—	274,5	—	—	—	284,5	—	—	—	—	—	—	284,5	284,5	S.
1 795,0	1 800,0	—	—	—	10,0	—	—	50,0	1 266,1	—	—	—	1 326,1	84,0	255,5	—	134,5	—	473,9	1 800,0	1 800,0	
3 797,0	53 540,1	6 804,3	8) 825,2	2 472,4	8 429,2	90,0	1 577,6	959,9	1 413,3	4) 12 259,6	3 689,5	2 023,7	32 915,3	222,5	3 855,7	1 793,5	156,4	6 967,2	12 995,4	53 540,1	53 540,1	
—	1 870,0	—	—	1 870,0	—	—	—	—	—	—	—	—	1 870,0	—	—	—	—	—	—	1 870,0	1 870,0	

angewiesen. — 4) Darunter 2 420,4 Mill. DM an Lastenausgleichsfonds. — 5) Darunter 152,2 Mill. DM Erstattung von Verwaltungskosten an Gebietskörperschaften. Davon: 179,5 Mill. DM Zinsen und 379,4 Mill. DM Tilgung. — 7) Einschließlich 287,0 Mill. DM Erstattung des Schuldendienstes für die Ausgleichsforderungen

deren Schuldner die Länder sind. — 8) Einschließlich Minderausgabe im Bundeshaushalt 1962 = 1 182,0 Mill. DM — 9) Ohne Straßenwesen.

Titelübersicht zum Haushaltsquerschnitt

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes nach Titelgruppen

Titel bzw. Titelgruppe	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
		1962 Regierungsentwurf	1961	
		— in Millionen DM —		
I. Einnahmen				
Ordentlicher Haushalt				
Fortdauernde Einnahmen				
Steuern				
St 1—42				
St 1—3	Besitz- und Verkehrsteuern	20 250,0	18 420,0	60 01/St 1—3
St 9	Einkommen- und Körperschaftsteuer	11 959,0	10 465,0	60 01/St 9
St 10—24	Zölle und Verbrauchsteuern	13 423,0	12 202,0	60 01/St 10—25
St 35	Abgabe »Notopfer Berlin«	15,0	20,0	60 01/St 35, 36
St 39	Ausgleichszahlungen aus dem Spielbankauf- kommen	3,2	3,0	60 01/St 39
St 40—42	Lastenausgleichsabgaben (durchlaufende Mittel)	1 870,0	1 940,0	60 01/St 40—42
		47 520,2	43 050,0	
Verwaltungseinnahmen				
1—14				
1	Mieten und Pachten	34,9	25,1	Sämtl. Einzelpläne
2	Verkauf von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen	23,0	20,3	Sämtl. Einzelpläne
3 u. 12 02/4	Gebühren	179,5	166,3	Sämtl. Einzelpläne
4	Ausgleichsbeträge nach dem Gesetz zu Art. 131 Grundgesetz	1,0	1,0	33 07/4
4	Aus Untersuchungen, Vorträgen usw.	1,4	1,6	Sämtl. Einzelpläne
5	Geldstrafen und Geldbußen	2,1	2,0	Sämtl. Einzelpläne
6	zugunsten der Bundeskasse eingezogene Ver- mögenswerte	0,7	0,7	Sämtl. Einzelpläne
7	Veröffentlichungen	7,3	7,2	Sämtl. Einzelpläne
8	Erstattung von Prozeßkosten	0,1	0,1	Sämtl. Einzelpläne
9	Erstattung von Verwaltungskosten	20,8	19,2	Sämtl. Einzelpläne
10—13	Erstattungen (hier auch Verwaltungskosten)	35,2	35,6	Sämtl. Einzelpläne
14	Verkauf von Altstoffen	0,4	0,4	Sämtl. Einzelpläne
		306,4	279,3	
15—24	Betriebseinnahmen	134,6	128,4	Sämtl. Einzelpläne
25—44	Gewinne aus Unternehmen, Einnah- men aus Sondervermögen	586,4	534,2	Sämtl. Einzelpläne
45 a—60 a	Tilgung			
	von Gebietskörperschaften	186,9	199,7	Sämtl. Einzelpläne
	von Dritten	193,0	123,5	Sämtl. Einzelpläne
		379,9	323,3	
45 b—60 b	Zinsen			
	von Gebietskörperschaften	93,7	73,1	Sämtl. Einzelpläne
	von Dritten	85,8	81,9	Sämtl. Einzelpläne
		179,5	155,0	

Titel bzw. Titelgruppe	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll				Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
		1962		1961		
		Regierungsentwurf				
— in Millionen DM —						
61—65	Zuweisungen und Zuschüsse					
	von Gebietskörperschaften	34,0		23,5		10 02/61, 64 a, 65
	von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	1,0		0,8		11 13/61
	von Dritten	5,2		3,6		Sämtl. Einzelpläne
	Abgaben	0,7		0,5		10 02/64 b
	Unfallversicherungsbeiträge	10,0	50,9	10,0	38,4	35 11 a/63
66—69	Übrige Einnahmen					
67	Abschöpfung	400,0		400,0		10 02/67
68	Aus der Prägung von Münzen	80,0		60,0		60 02/68
66—68	Einnahmen im Zusammenhang mit Besatzungs- kosten	9,0		7,0		35 02/35 11 a, b
Rest 66—68	Sonstige Einnahmen	67,4		29,4		Sämtl. Einzelpläne
69	Vermischte Einnahmen	28,8	585,2	19,7	516,1	Sämtl. Einzelpläne
	Fortdauernde Einnahmen insgesamt		49 743,1		45 024,7	
	Einmalige Einnahmen					
70—79	Verkaufserlöse		65,5		51,6	Sämtl. Einzelpläne
80—89	Kapitalrückzahlungen					
80	Kapitalrückzahlungen der Unternehmen	3,6		0,0		24 03, 13 03
81—84	Veräußerung von Kapitalvermögen	89,0		24,0		Sämtl. Einzelpläne
85—89	Rücklagenentnahme	—	92,6	—	24,0	
90—99	Sonstige Einnahmen					
90	Überschüsse aus Vorjahren	—		—		Sämtl. Einzelpläne
91—95	Darlehen, Anleihen, Kostenbeteiligungen	1,5		—		10 16/95
96	Beiträge der Länder zum Bundeshaushalt 1962	1 740,0		—		60 02
98	Entnahme aus Rückstellungen	—		—		(60 02/98)
Rest 96—99	Sonstige Einnahmen	97,4	1 839,0	15,8	15,8	Sämtl. Einzelpläne
	Einmalige Einnahmen insgesamt		1 997,0		91,5	
	Ordentliche Einnahmen insgesamt		51 740,1		45 116,2	
	Außerordentlicher Haushalt					
91	Darlehen der Stadt Lübeck zwecks Vorfinan- zierung der Kosten der Vertiefung der Trave		5,0		2,0	A 1203
91	Bundesanleihe		1 795,0		1 531,1	A 32 01
93	Anleihe der deutschen Wirtschaft für Zwecke der Entwicklungshilfe		—		1 500,0	(A 3201)
	Außerordentliche Einnahmen insgesamt		1 800,0		3 033,1	
	Gesamteinnahmen		53 540,1		48 149,3	

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962	1961	
			Regierungsentwurf		
— in Millionen DM —					
II. Ausgaben					
Ordentlicher Haushalt					
Personalausgaben					
Aktivitätsbezüge					
100—199					
101	.	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten	902,6	788,5	Sämtl. Einzelpläne
102	.	Dienstbezüge der Soldaten	1 589,1	1 244,3	14, 11 08
103	.	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	39,2	26,7	Sämtl. Einzelpläne
104 a	.	Vergütungen der Angestellten ..	799,0	675,1	Sämtl. Einzelpläne
104 b	.	Löhne der Arbeiter	576,3	421,9	Sämtl. Einzelpläne
105	.	Unterhaltszuschüsse für Beamte im Vorbereitungsdienst	23,1	16,5	Sämtl. Einzelpläne
			3 929,4	3 173,0	
Versorgungsbezüge (ohne gemäß Art. 131 Grundgesetz)					
150—156	S 2	Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder und sonstige Versorgungsleistungen	352,4	184,0	33 03, 33 04 u. 33 06
	C 17	darunter: Bundeswehr	(124,1)	(37,6)	33 04
157	S 2	Soziallasten	0,4	0,4	33 06/157
163	S 2	Zusätzliche Renten und Unterstützungen an ausgeschiedene Angestellte und Arbeiter	0,2	0,2	33 03/163
			352,9	184,6	
150—198	L 63 L 64	Leistungen gem. Art. 131 Grundgesetz	2 107,7	1 573,7	33 07, 33 08
Sonstige Personalausgaben					
106	.	Unterstützungen	2,8	2,7	Sämtl. Einzelpläne
107	.	Beihilfen	35,6	34,6	Sämtl. Einzelpläne
108	.	Beschäftigungsvergütungen, Trennungsschädigungen	98,0	88,0	Sämtl. Einzelpläne
109—149, 197	.	Sonstige Personalausgaben	270,9	158,5	Sämtl. Einzelpläne
160, 161, 164—198	S 2	Sonstige Personalausgaben für Versorgungsempfänger	7,0	6,5	33 03, 33 04, 33 06
	C 17	darunter: Bundeswehr	(1,2)	(1,2)	33 04
199	S 71	Verstärkung der Personalmittel für Beamte, Angestellte, Arbeiter und Versorgungsempfänger	—	500 0	(60 02/199)
			414,3	790,3	
Personalausgaben insgesamt					
	C 1	darunter: im Rahmen der Verteidigungsausgaben ..	6 804,3	5 721,5	
		siehe ferner unter: Fachausgaben (300-399)	(3 080,6)	(2 322,4)	(14)

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
200—299		Sachausgaben			
		Allgemeine Sachausgaben			
200		Geschäftsbedürfnisse	29,2	27,4	Sämtl. Einzelpläne
201, 207		Geräte in Diensträumen und -wohnungen	18,5	21,7	Sämtl. Einzelpläne
202		Bücherei	8,2	7,4	Sämtl. Einzelpläne
203		Post- und Fernmeldegebühren ..	44,9	39,1	Sämtl. Einzelpläne
218		Kosten für Sachverständige	7,6	3,8	Sämtl. Einzelpläne
219		Gerichts- und ähnliche Kosten ..	1,2	1,1	Sämtl. Einzelpläne
276	G 1	Herstellung von Tabaksteuer- zeichen	3,6	5,1	08 04/276
240/241		Für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung	5,0	4,9	Sämtl. Einzelpläne
299 u. Rest		Vermischte Ausgaben	36,1	28,1	138,6 Sämtl. Einzelpläne
		Sachausgaben im Zusam- menhang mit dem Per- sonal			
215		Reisekostenvergütungen			Sämtl. Einzelpläne
		a) Inlandsreisen	37,4	31,8	
		b) Auslandsreisen	10,1	9,1	
		c) in Personalvertretungs- angelegenheiten	0,8	0,7	
217		Umzugskostenvergütungen	40,0	40,4	Sämtl. Einzelpläne
250	G 1	Dienstbekleidung	3,9	4,0	Sämtl. Einzelpläne
260		Kosten der Ausbildung	7,0	5,4	Sämtl. Einzelpläne
298		Zuschuß zur Gemeinschaftsver- pflegung	11,8	11,9	103,3 Sämtl. Einzelpläne
		Betrieb von Fahrzeugen			
208/209		Betrieb von Dienstfahrzeugen und beamteneigenen Fahr- zeugen	21,3	21,1	Sämtl. Einzelpläne
212	G 1	Betrieb von Wasserfahrzeugen ..	3,2	2,8	23,9 08 04/212
		Bewirtschaftung von Grundstücken			
206		Bewirtschaftung von Dienstgrund- stücken und -räumen	257,6	212,5	Sämtl. Einzelpläne
223	S 42	Vermögensabgabe (Lastenaus- gleich für das ehem. Reichsver- mögen usw.)	8,0	7,5	220,0 24 03/223
		Unterhaltung der Gebäude			
204		Unterhaltung der Gebäude	52,5	37,6	Sämtl. Einzelpläne
205		Kleinere Neu-, Um- und Erweite- rungsbauten	17,7	10,6	48,2 Sämtl. Einzelpläne
		Verwaltungskostenerstat- tungen			
220		an die Länder	152,2	49,6	24 03 [1 u. 2], 14 12, 08 07, 12 03 [2]
		an Dritte	3,2	3,1	52,7 24 03 [3], 60 02 08 04, 12 03 [1, 3]

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962	1961	
			— in Millionen DM —		
221	G 1	Zuschußbedarf der Zoll- verwaltung in Berlin	44,2	39,4	08 04/221
		Sachausgaben zusammen	825,1	626,1	
222		Erstattung aus dem Verteidi- gungshaushalt	± 161,0	± 62,4	Sämtl. Einzelpläne
		Sachausgaben insgesamt	825,1	626,1	
		darunter: im Rahmen der Ver- teidigungsausgaben (einschl. Erstattungen)	(652,4)	(380,2)	(14)
300—399		Allgemeine Ausgaben			
		Fachausgaben der Verwal- tung			
		Zuweisungen			
		a) an Gebietskörper- schaften			
	C 3	Zivile Notstandsmaßnahmen	27,8	22,2	36 04
	C 25	Verteidigungs- bzw. Besatzungs- lastenverwaltung	18,8	19,8	35 11 a u. b/300
	F 2	Bundestagswahlen	0,1	6,3	06 02/300
	L 32 L 65	Kriegsfolgenhilfe (Pauschale an Länder usw.)	614,7	654,7	06 36 (ohne 308)
	L 32	Kosten der individuellen Für- sorge für Flüchtlinge aus Ungarn	0,5	0,5	06 36/308
	L 65	Rückführung von Evakuierten ..	0,9	0,9	26 02/309, 310
	L 41	Verwaltungskostenerstattung für Durchführung des Lastenaus- gleichsgesetzes		163,0	(08 02/310 [1], 311 a)
	L 62	Kriegsgefangenenentschädigung	18,0	20,0	26 02/307
	L 62	Entschädigungen und Eingliede- rungshilfen an ehemalige poli- tische Häftlinge	20,0	37,0	26 02/308
	L 65	Umsiedlung und Auswanderung	11,0	14,2	2602/300
	L 69	Härteausgleich für Vergewalti- gungen	4,5	4,5	60 04/302
	Q 23	Zubringerstraßen, Ortsdurch- fahrten, Straßenbrücken usw.	169,5	168,3	12 10 aus 310 [15 00] (107)
	Q 49	Erstattung von Befahrungs- abgaben	0,2	0,2	12 03/320
	S 53	Bundesentschädigungsgesetz ...	1 500,0	1 500,0	60 04/311
	S 59	Aufwendungen für Kriegsgräber	9,6	10,3	06 15/302
		b) an Lastenausgleichs- fonds			
	S 11	Abführung der Lastenausgleichs- abgaben		1 940,0	(40 05/300)
		c) an Sozialversicherung			
	L 31	Pauschalabgeltung der Verwal- tungskosten	4,6	7,2	11 11/303
		Zuweisungen zusammen	2 400,2	4 569,3	

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll				Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962		1961		
			Regierungsentwurf				
— in Millionen DM —							
noch: 300—399		Zuschüsse und Beihilfen					
	C 12 u. C 13	Verpflegungs- und Bekleidungs- zuschüsse im Rahmen der Ver- teidigungsausgaben	16,7		16,2		14 10/303 b 14 11/304
	D 21 u. D 32	Dienstbekleidungszuschüsse im Rahmen des Grenzschutzes und Kriminalamtes	0,3		0,3		06 10/303 06 25/304
	F 39	Maßnahmen zum Ausgleich über- höhter Fahrkosten im Verkehr mit Berlin	0,5		0,4		06 15/304
	H 9	Förderung des Schulwesens im Ausland	51,0		47,5		05 02/303
	L 31	Zuschüsse zur Förderung der Ar- beitsaufnahme und Berufs- förderung	3,8		5,9		11 11/301, 305
	L 41	Verwaltungskostenerstattung für die Durchführung des Lasten- ausgleichsgesetzes		72,3		3,5	73,8 (08 02/311 b, c, d)
		Renten und Unterstützungen (einschl. sozialer Sachaus- gaben)					
	L 31	Arbeitslosenhilfe	69,5		111,7		11 11/300, 302
	L 52, L 61, L 69 u. C 17	Kriegsopferversorgung	3 770,8		3 985,5		11 10/300 bis 302, 305 bis 309
	L 52	Kriegsopferversorgung/Heil- behandlung	271,0		271,2		11 10/303, 304
	L 69	Unterstützung von Kriegs- gefangenen usw.	9,0	4 120,4	9,0	4 377,5	26 02/303, 304, 305
		Unterhaltung und Betrieb					
	Q 23	Bundesautobahnen	44,5		40,7		12 10/aus 310 [12 00—12 09]
	Q 23	Bundesstraßen	109,7		99,0		12 10/aus 310 [10 00—10 09]
	Q 37	Kreuzungen Schiene/Straße	10,7				12 10/310 [19 20]
	Q 44, 49, J 33	Binnenwasserstraßen A- und B-Kosten	70,4		57,7		12 03/300 A u. B 302—305, 307, 308
		C-Kosten	1,9		1,9		12 03/300 C
	Q 44	Seewasserstraßen A- und B-Kosten	72,0		65,1		12 03/301 A u. B, 306 a
		C-Kosten	0,9	310,1	0,8	265,2	12 03/301 C
		Einfacher Um- und Ausbau					
	Q 23	Bundesautobahnen	21,3		10,5		12 10/aus 310 [12 10—12 19]
	Q 23	Bundesstraßen	128,9	150,2	81,1	91,6	12 10/aus 310 [10 10—10 19]

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktions- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll				Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962		1961		
			Regierungsentwurf				
— in Millionen DM —							
noch: 300—399		Ersatzleistungen, Ent- schädigungen					
	C 25	Verteidigungs- bzw. Besatzungs- schäden	69,7		92,9		35 11 a u. b/311 313, 322, 325, 340
	S 53	Allgemeines Kriegsfolgengesetz	46,0	115,7	53,5	146,4	60 04/315
		Zahlungen an das Ausland (soweit aufteilbar)					
	C 19	Ausbildungshilfe usw. durch aus- ländische Stellen im Rahmen der Verteidigungsausgaben ..	50,5		111,9		14 02/303, 311, 314, 315
	C 21	Restfinanzierung von Verpflich- tungen der ausländischen Streit- kräfte aus der Zeit vor dem 5. Mai 1955	54,0		—		35 06/300
	C 25	Laut Abkommen mit Frankreich und Belgien (aus Anlaß der Deportation)	0,3		0,2		35 11 a/314
	L 32	Rückführung von Deutschen	6,0		7,5		26 02/311
	L 32	Unterstützungen für Deutsche im Ausland	0,4		0,5		05 02/305
	L 39 u. Q 49	Seemannsheime und Hilfsvereine im Ausland	0,6		0,5		05 02/313, 314
	L 65	Beiträge an internationale Orga- nisationen/Auswanderung			4,0		(40 04/302-- 304)
	L 69	Internationales Komitee vom Roten Kreuz			1,1		(05 02/310)
	L 69	Beihilfen an Vertriebene im Ausland	6,5				60 04/320
	S 12	Gewinnanteil und Ausgleichzah- lung an die Svenska Tänds- ticks Aktiebolaget	3,3		4,2		60 02/301
	S 53	Rückerstattung feststellbarer Ver- mögenswerte	470,0		485,0		60 04/350
	S 53	Äußere Restitution	—	591,6	—	614,9	(60 04/351)
		Ausgaben personeller Art					
	A 21 } A 22 }	Deutscher Bundestag und Bundes- rat (Aufwandsentschädigungen, Fahrkosten, Tagegelder)	22,0		21,2		02 01/300—305, 307, 03 01/300, 301
	B 19	Kosten besonderer Aufgaben bei Auslandsvertretungen	1,8		1,4		05 03/325
	B 29	Vergütungen/Auswärtiger Dienst	0,1		0,3		05 02/306
	C 25	Für Arbeitskräfte im Dienst der ausländischen Streitkräfte	8,0		8,1		35 11 a, 35 11 b/310
	E 52	Oberstes Rückerstattungsgericht	0,6		0,7		07 07/300
	Q 8	Vergütungen/Wetterdienst	0,9		0,8		12 14/301
	Q 49	Freie Lotsen	14,4	47,8	14,4	46,9	12 03/306 b

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
noch: 300—399		Sonstige Ausgaben			
	B 29	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland	127,0	81,0	05 02/302
	C 15	Miete für posteigene Stromwege	31,0	18,0	14 14/304
	C 1	Verteidigungsausgaben	2 277,6	2 017,8	14 02 bis 14 23
	C 19	Desgl. zur Neudeckung von Aus- gaberesten aus Vorjahren	656,5	1 500,0	14 02/300
	C 21	Besatzungskosten und Auftrags- ausgaben in Berlin			
		a) Besatzungskosten	201,5	175,8	35 02/300—305
		b) Auftragsausgaben	83,1	30,1	35 03 u. 35 04/ 300—309
		darunter:			
		Besatzungsschäden	(1,3)	(1,2)	35 03/304
		Kapitalausgaben	(80,1)	(26,9)	35 04/302
	C 25	Im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streit- kräfte in der Bundesrepublik und in Berlin	41,2	38,7	35 11 a u. 35 11 b/ 308, 312, 323, 324, 360
	C 31 u. J 39	Ziviler Bevölkerungsschutz	18,4	13,1	06 19/300—399
	C 36, 39	Notstandsmaßnahmen	6,1	1,3	36 04, 36 06, 36 07
	D 1	Verfassungsschutz	6,2	5,5	06 09/300—312
	D 21	Bundesgrenzschutz	29,6	27,5	06 25/301—320 (ohne 304)
	D 21	Kraftfahrzeuge für die Bereit- schaftspolizei der Länder	14,0	1,2	06 24/311
	D 32	Bundeskriminalamt	2,6	2,5	06 10/300—312
	F 41 F 49 }	Presse- und Informationsamt ...	79,8	67,4	04 03/300, 303 bis 312, 315
	F 7	Ziviler Ersatzdienst	1,8	0,5	11 08
	F 42	Bundesnachrichtendienst	52,5	44,3	04 04/300
	F 51	Bundeszentrale für Heimatdienst	8,6	8,6	06 35/300, 303
	G 1	Vergütungen nach dem Zollgesetz	4,0	—	08 04/310
	G 22	Herstellung von Schuldurkunden u. ä.	101,3	76,7	32 03/300—304
	G 9	Erstattung von Verwaltungsauf- wand	58,0	45,0	60 02/302
	Q 8	Deutscher Wetterdienst	5,5	4,9	12 14/300, 302—310
	J 33	Verkehrswirtschaftl. Forschungs- und Entwicklungsarbeiten	1,2	0,8	12 10/310 [14 00]
	J 33	Aufträge an wirtschaftswissen- schaftliche Forschungsinstitute	1,8	1,5	09 02/305
	J 6	Beitrag an die Stiftung »Preußi- scher Kulturbesitz«	7,0	(06 02/311)
	L 41	Verwaltungskosten für den Lastenausgleichsfonds	11,8	(08 02/310 [2—5])
	M 11	Bundesgesundheitsamt	1,4	1,2	06 11/300, 301, 304—310
	P 16	Förderung von Entwicklun- gsländern	230,0	.	23 02/300
	P 87	Prägekosten für Münzwesen	20,0	15,0	60 02/396
	Q 52	Flugsicherung	9,6	7,7	12 15/300—308

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
noch: 300—399	Q 23	Ersatzbetriebsraumbeschaffung, Abwicklung	9,3	5,6	12 10/310 [10 85 bis 10 87, 12 85 bis 12 87]
	Q 23	Kosten für neue Kredite	—	9,3	(12 10/310 [18 00])
	Q 23	Bundesanstalt für Straßenbau (Zuschuß)	1,7	0,7	12 10/310 [19 00]
	Q 23	Verkehrsplanung, Entwürfe und Bauaufsicht	43,0	37,1	12 10/310 [16 00]
	Q 23	Verkehrswirtschaftliche Unter- suchungen	4,0	4,0	12 10/310 [17 00]
	Q 29	Folgemaßnahmen Dritter beim Straßenbau	18,0	—	12 10/310 [19 10]
	S 33	Ankauf von Schuldurkunden ...	50,0	50,1	32 07/300, 301, 302
		Veröffentlichungen	22,8	20,5	Sämtl. Einzelpläne
		Übriges	46,2	4 265,3	31,8 3 882,0
		Zusammen			
		Fachausgaben der Verwal- tung zusammen	12 073,6	14 549,6	
	S 72	Minderausgabe im Bundes- haushalt 1962	-1 182,0	- 525,0	60 02/300
400—499		Betriebsausgaben			
	C 16	Liegenschaften für Verteidigungs- zwecke	0,4	0,4	14 12/403
	J 32 N 47	Betrieb der Fischereiforschungs- und -schutzboote	2,6	2,6	10 01/400, 401
	N 37 R 46 S 42				
		Unterhaltung und Bewirtschaf- tung des allgemeinen Sachver- mögens einschl. des Forst- splitterbesitzes	85,5	73,0	24 03/400—499
		Sonstige	1,5	90,0	1,0 77,0
500—509	N 17 u. Q 37	Zuschüsse an Wirtschafts- unternehmen im Sinne des § 15 RHO	0,6	1,0	24 03/501, 502
510—519		Ausgaben an Sonderver- mögen			
	Q 37	Zuwendungen an die Deutsche Bundesbahn	1 327,0	810,8	12 02/510
520—524	S 6	Zuführung an Rücklagen..			(60 02/520)
525—529	S 34	Inanspruchnahme aus Bürgschaften	250,0	175,0	32 08/525

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
530—569 u. 570 a—599 a		Darlehen			
		a) an Gebietskörper- schaften			
	C 16	Ausbau öffentlicher Verkehrs- einrichtungen	10,0		14 12/571 b
	D 21	Bauvorhaben usw. für Bundes- grenzschutz			(06 25/570 a, 571 a)
	L 12	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	5,0	7,5	11 11/580, 581 tw.
	L 32	Kriegsbeschädigte und Kriegs- hinterbliebene	5,0	4,0	06 36/531
	Q 37	Nichtbundeseigene Eisenbahnen	10,0	10,0	12 02/533
	R 12	Versuchsbauten	12,0	5,0	25 02/570 a
	R 61	Förderung des Wohnungsbaues	867,9	1 243,2	25 02/536, 545, 580—588
		a) zusammen	909,9	1 269,8	
		b) an Beteiligungsunter- nehmen			
	P 79	Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Ablösung von Krediten ..	0,2	0,2	60 02/550
	Q 57	Flughafengesellschaften	3,9	3,7	12 17/570 a
	R 61	Deutsche Bau- und Bodenbank für Finanzierung von Familien- heimen	6,0	6,0	25 02/540
		b) zusammen	10,0	9,8	
		c) an sonstige Empfänger im Inland			
	C 39	Luftschutz-Hilfsdienst	1,0	0,4	36 04/572
	L 12	Für Arbeitsbeschaffung	1,7	2,5	11 11/535, 536, 580, 581 tw.
	L 62	An ehemalige Kriegsgefangene und politische Häftlinge zum Existenzaufbau	24,5		26 02/530
	N 41	Förderung der Fischerei	17,5	0,8	10 02/585 a
	N 51	Förderung der ländlichen Sied- lung		15,5	(10 02/571 a)
	O 2	Erschließung des Emslandes	1,0	1,0	(10 02/570 a)
	P 64	Berufliches Förderungsprogramm für die unselbständige Mittel- schicht	4,5	2,5	11 02/570 a u. c
	P 12	Notstandsgebiete	87,0	87,0	60 02/571 a
		c) zusammen	137,2	109,7	
		Darlehen zusammen	1 057,1	1 389,3	

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962	1961	
			— in Millionen DM —		
570 b— 599 b u. 600—679		Zuweisungen, Zuschüsse und Beihilfen			
		Zuweisungen an			
		a) Gebietskörperschaften			
	C 16	Finanzhilfe für militärische Vorhaben	89,5	38,0	14 12/570, 571
	C 32, C 36 u. C 39 }	Zivile Notstandsplanung (Fernmeldenetz, Straßenbau usw.)	19,9	14,3	36 04/605, 607 36 07/570, 572,
	H 9	Kulturelle Maßnahmen in Grenzgebieten (Schulen)	12,1	13,3	27 02/602 a
	H 9	Kommunale Baumaßnahmen in Bonn	8,4	2,4	60 02/625
	J 1	Förderung der Hochschulen	9,0	7,0	06 02/656 (1)
	K 4	Kulturpolitische Maßnahmen in Berlin	21,1	16,0	27 02/607
	L 12	Arbeitsbeschaffung, Grundförderung	10,0	15,0	11 11/580, 581 tw.
	L 39	Förderung des Interzonenreiseverkehrs	1,0	20,0	27 02/603
	L 62	Für Kriegsgefangene zur Beschaffung von Hausrat	4,5	7,0	26 02/605
	L 69	Einrichtungshilfe für Deutsche aus der Sowjetzone	75,0	18,0	26 02/607
	N 11	Förderung der Milchwirtschaft (»Grüner Plan«)	43,0	28,0	10 02/630 a und b
	N 11 N 18 }	Förderung des Gemüse-, Obst-, Gartenbaues sowie des Einsatzes von Maschinen (einschl. »Grüner Plan«)	53,5	44,8	10 02/578b und 580b
	N 11 N 21 }	Förderung des Absatzes von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (»Grüner Plan«)	43,5	19,0	10 02/629
	N 18	Übergebiertlicher Ausgleich gemäß Milch- und Fettgesetz	30,0	15,0	10 02/631
	N 19	Berufs- und Fachausbildung auf dem Lande (einschl. »Grüner Plan«)	25,6	24,7	10 02/603 a (2), 603 b (2)
	N 21	Tierseuchenbekämpfung (einschl. »Grüner Plan«)	14,0	17,9	10 02/615
	N 61	Flurbereinigung (einschl. »Grüner Plan«)	195,0	165,0	10 02/572 b
	N 18	Treibstoffverbilligung für die Landwirtschaft	294,2	223,6	10 02/679 a
	N 61	Aufstockung und Ansiedlung landwirtschaftlicher Betriebe (»Grüner Plan«)	205,0	110,0	10 02/573 b
	N 61	Erschließungsmaßnahmen in Schleswig (Nordprogramm) ..	28,0	25,0	10 02/579 b
	O 1	Wasserwirtschaft (einschl. »Grüner Plan«)	156,6	127,0	10 02/575 b und 619, 60 02/574
	O 71	Ländliche Wasserversorgung (»Grüner Plan«)	50,0	30,0	10 02/576 b
	P 12	Regionale Hilfsmaßnahmen	55,0	45,0	60 02/571 b
	P 12, S 13	Finanzhilfe an das Saarland	25,0	43,0	60 02/601

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
noch: 570 b—599 b u. 600—679	Q 26	Entschädigung an Gemeinden aus Anlaß der Übernahme der Bau- last für Privatstraßen des Bun- des	2,0	2,0	24 03/601
	Q 26	Ausbau der Wirtschaftswege (»Grüner Plan«)	80,0	70,0	10 02/574 b
	R 61	Förderung des Wohnungsbaus	89,8	54,1	25 02/570 b bis 588 b
	R 62	Prämien nach dem Wohnungs- bauprämiengesetz,	330,0	173,0	25 02/620
	R 69	Mietbeihilfen nach dem Woh- nungsbaugesetz	5,0	20,0	25 02/619
	S 11	Grundsteuerbeihilfen	6,0	9,0	25 02/600
	S 13	Bundeshilfe für Berlin	1 278,7	832,2	60 05/570
	S 59	Wehrmachtauskunftsstelle Berlin	10,0	8,9	06 02/600
		Übriges	15,4	19,7	
		a) zusammen	3 285,8	2 257,7	
		b) Lastenausgleich			
	L 42	Zuschuß an Ausgleichsfonds	265,2	179,4	60 04
	L 42	Verstärkung des Härtefonds ...	100,0	100,0	60 04
	S 11	Abführung der Ausgleichsabgaben	1 870,0	(1 940,0)	60 04/602
	L 41	Verwaltungskosten	185,2	(163,0)	60 04/603 (1), 604 (a)
		b) zusammen	2 420,4	279,4	
		c) Sozialversicherung			
	F 69	Krankenversicherungsträger für Statistiken	0,2	0,2	11 02/603
	L 22	Zuschüsse zur Sozialversicherung	6 553,0	6 503,7	11 13
		c) zusammen	6 553,2	6 503,9	
		Zuweisungen			
		zusammen	12 259,6	9 040,9	
		Zuschüsse und Beihilfen			
		a) an Beteiligungsunter- nehmen			
	N 17	Gutsbezirke	0,7	0,4	24 03/602—605
	P 5	Kernreaktor Bau- und Betriebs- G.m.b.H. und Gesellschaften für Kernforschung und Kernener- gieverwertung	41,6	24,1	31 02/640, 642, 644
	P 27	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (Veba)	35,0		24 02/602
P 27	Versuchsgrube »Tremonia«	0,8	0,6	09 02/600	
Q 57	Deutsche Lufthansa	45,0	47,0	12 17/571 a	
Q 57	Flughafengesellschaften	10,6	11,3	12 17/570 b und c	
R 61	Deutsche Bau- und Bodenbank ..	2,3	2,3	25 02/582 c, 616	
	a) zusammen	136,0	85,7		

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			Regierungsentwurf 1962	1961	
			— in Millionen DM —		
noch: 570 b—599 b u. 600—679		b) an sonstige Empfänger im Inland			
	C 19	Wohnungskostenzuschüsse für Angehörige der Bundeswehr ..	5,0	8,0	14 02/605
	C 39	Zivile Notstandsplanung	19,3	7,2	36 04/600—606, 609
	C 35	Für Notstandsvorräte	102,1	89,5	36 06/620, 621
	C 34/36	Bau und Unterhaltung von Schutzanlagen für Einrichtungen der öffentlichen Versorgung ..	22,1	2,4	36 05/570—601 36 07/571, 573
	C 39, J 35	Erprobungsbauten und Forschung für den baulichen Luftschutz ..	4,0	6,7	36 09/575 b, 640, 642
	C 39	An Bundesluftschutzverband ...	20,3	16,0	06 19/602
	F 59	Politische Bildungsarbeit	20,0	5,0	06 02/612
	J, H, K	Förderung der Wissenschaft	479,1	318,0	06 02/616—657 (ohne 618, 654, 656 [1])
	J 31/32 N 19/29/31	Forschungsanstalt für Landwirt- schaft usw.	16,7	16,8	10 02/601, 602, 605
	J 33, P 69	Luftfahrtforschung	35,0	25,8	12 17/617
	J 33/39	Industrie-, Bodenforschung usw.	15,8	10,4	09 02/605, 614
	J 34, P 5	Atomfragen	36,1	26,1	31 02/600—610, 630, 631
	J 39, M 39	Kulturelle Forschungsinstitute usw.	44,0	47,1	27 02/600
	J 4	Abführung an »Stiftung Volks- wagenwerk«	10,8	7,5	24 02/600
	J 5/6, K 1/4	Förderung der Kultur	23,1	11,1	06 02/611, 660—667 26 02/601
	K 5	Kirchliche Angelegenheiten	10,8	8,7	06 02/605, 606
	L 22	Kindergeld	528,0	(387,6)	11 12
	L 22/33/36/ 39	Für Fürsorgezwecke	55,7	72,6	06 02/677 a [1] und b, 603; 29 01/661
	L 22	Landwirtschaftliche Altershilfe ..	100,0	70,0	10 02/608
	L 39	Hilfsmaßnahmen gesamtdeut- schen Charakters	36,3	—	27 02/606
	L 41	Verwaltungskostenerstattung (LAG)	15,1	(15,3)	60 04/603 (2—5), 604 (b—d)
	L 69	Pensionskasse Deutscher Eisen- und Straßenbahnen	24,0	29,0	60 04/641
	M 39	Bundesjugendplan	92,1	80,4	27 02/605; 29 01/571
	N 11	Stilllegung von Mühlen	11,0	10,5	10 02/668
	N 11	Förderung der bäuerlichen Haus- wirtschaft	50,0	—	10 02/610
	N 18	Zinsverbilligungszuschüsse für agrар- und ernährungswirt- schaftliche Maßnahmen	228,7	136,6	10 02/673
	N 14	Vorratshaltung	386,2	514,7	10 02/620
	N 41, J 32	Förderung der Fischerei	12,4	2,2	10 02/585 b
	N 51	Ländliche Siedlung	99,8	115,0	10 02/571 b
	O 2	Emsland	39,0	35,0	10 02/570 b
	P 1, 2 u. 6	Handwerk, Messen, Handel, Wirt- schaft	36,1	20,5	09 02/601—604, 606—610, 615
	P 12	Erstattung von Zöllen und Steuern auf Warenvorräten im Saarland	2,6	18,0	60 02/600

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
noch: 570 b—599 b u. 600—679					
	P 39	Verstärkung der Elektrifizierung (»Grüner Plan«)	5,0	5,0	10 02/577 b
	P 64	Berufliches Förderungsprogramm für die unselbständige Mittel- schicht	5,5	2,5	11 02/570 b
	P 79	Verlust der Bundesbank durch DM-Aufwertung	50,0	—	60 02/635
	Q 11	Zur Sicherung des Güterverkehrs mit Berlin	11,0	40,0	27 02/604
		Treibstoffverbilligung für:			
	Q 48	Schifffahrt	38,9	38,9	12 02/679 a
	Q 38	Verkehrsbetriebe	57,2	35,4	12 02/679 b
		Werkfernverkehr	1,2	1,0	12 02/679 c
	N 48	Fischerei	3,7	3,5	10 02/585 b (3)
	P 68	Gewerbliche Wirtschaft	23,4	21,3	09 02/679
	Q 2—9	Verkehrswirtschaft	7,9	7,0	12 02/601—607
	Q 7	Förderung des Flugverkehrs nach Berlin	21,0	—	12 17/600
	R 62	Bau von Familienheimen und Eigentumswohnungen	25,0	9,0	25 02/606
	S 53	Entschädigung an Bedienstete ehe- maliger jüdischer Gemeinden	16,9	15,9	06 15/609
	S 59	Kosten der Kriegsgräberunter- haltung	10,5	11,8	05 02/630
	S 59	Suchdienstaufgaben	9,4	9,2	26 02/602
		Übriges	133,3	71,9	
		b) zusammen	3 001,1	1 983,5	
		c) an das Ausland			
	B 29	Beitrag zum zivilen Teil der NATO	7,0	6,9	05 02/673
	C 19	Beitrag zur NATO	20,2	30,4	14 02/600
	C 19	Anteil an den Kosten gemein- samer NATO-Einrichtungen ..	18,3	58,8	14 02/601, 610—615
	L 15, P, K 4	Beiträge an europäische wirt- schaftliche Zusammenschlüsse..	129,2	66,0	60 06/620—621, 623—626
	P 16	Förderung von entwicklungs-fähigen Ländern	—	85,0	(05 02/669)
	P 16	Beitrag zum Entwicklungsfonds für überseeische Länder	308,0	189,0	60 06/622
		Beiträge an internationale Orga- nisationen	63,5	44,8	Sämtl. Einzelpläne
		Übriges	6,2	6,0	14 02/611; 06 02/677 a (2); 2602/675
		c) zusammen	552,4	486,9	
		Zuschüsse und Beihilfen zusammen	3 689,5	2 556,1	

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
680—698		Zinsen			
		a) an Gebietskörper- schaften			
	S 31/32	Erstattung von Ausgleichsfor- derungen aus der Umstellung überörtlicher Berliner Uraltgut- haben	2,8	3,0	32 09 aus 685
	S 31/32	Erstattung der Aufwendungen für die Ausgleichsforderungen der Deutschen Pfandbriefanstalt	0,9	0,9	32 09 aus 683
	S 31/32	Erstattung der Zinsen für die Ausgleichsforderungen, deren Schuldner die Länder sind	165,0	135,0	32 09/686 tw.
		a) zusammen	168,7	138,9	
		b) an sonstige Empfänger im Inland			
	S 31/32	für Ausgleichsforderungen	281,3	282,4	32 05/680 a, b aus c, d, e
	S 31/32	für Bundesanleihen	233,5	153,7	32 05/680 n—u
	S 31/32	für Schuldbuchforderungen der Sozialversicherungsträger	175,5	61,1	32 05/680 aus f, g, h, k
	S 31/32	für Kredit von der Export-Import- Bank und aus ERP-Mitteln ...			(32 05/680 l)
	S 31/32	für die verbrieften Reichs- schuldentitel	110,0	96,0	32 05/683 b
	S 31/32	für Betriebsmittelverstärkungen	70,0	50,0	32 05/681
	S 31/32	Altsparerentschädigung	28,0	58,9	32 05/690 a
		b) zusammen	898,2	702,1	
		c) an das Ausland			
	S 31/32	Auslandsschulden gemäß Lon- doner Schuldenabkommen u.dgl.	171,0	191,5	32 05/680 aus l
	S 31/32	Abkommen mit der Schweiz	2,5	2,6	32 09/aus 680
	S 31/32	Verbindlichkeiten aus der Liefe- rung von Überschußgütern ...		1,7	(32 05/aus 686)
	S 31/32	Zahlungen auf Grund des Aus- landsbonds-Entschädigungs- gesetzes	20,0	20,7	32 05/692 tw.
		c) zusammen	193,5	216,5	
		Zinsen zusammen	1 260,4	1 075,3	
		Tilgung			
		a) an Gebietskörper- schaften			
	S 31/32	Erstattung der Tilgungsleistun- gen für die Ausgleichsforde- rungen, deren Schuldner die Länder sind	122,0	120,0	32 09/686 tw.

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktions- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
noch: 680—698	S 31/32	Erstattung von Ausgleichsfor- derungen aus der Umstellung überörtlicher Berliner Uraltgut- haben	1,3	1,0	32 09 aus 685
	S 31/32	Erstattung der Aufwendungen für die Ausgleichsforderungen der Deutschen Pfandbriefanstalt ..	0,4	0,4	32 09 aus 683
		a) zusammen	123,7	121,4	
		b) an sonstige Empfänger im Inland			
	S 31/32	Bundesanleihe, Schatzanweisung u. dgl.	108,5	—	32 05/680 aus s, 687
	S 31/32	Ausgleichsforderungen	35,3	33,8	32 05/680 aus c, d, e
	S 31/32	Schuldbuchforderungen der So- zialversicherungsträger	23,3	22,2	32 05/680 aus f, g, h, k
	S 31/32	Bedienung der verbrieften Reichs- schuldentitel	36,8	31,0	32 05/683 a
	S 31/32	für verspätet vorgelegte Prämien- schatzanweisungen	0,1	0,1	32 05/682
	S 31/32	Altsparerentschädigung	14,0	38,4	32 05/690 b
	S 31/32	Sonderkredit Saarland	82,5	85,0	32 05/691
		b) zusammen	300,4	210,5	
		c) an das Ausland			
	S 31/32	Auslandsschulden gem. Londoner Schuldenabkommen u. dgl.			
		Vorkriegsschulden	31,9	33,3	32 05/680 aus l
		Nachkriegsschulden	18,2	110,7	32 05/685
	S 31/32	Leistung des Bundes nach dem Gesetz zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslands- schulden	0,9	—	32 09/682
	S 31/32	Abkommen mit der Schweiz	18,1	19,3	32 09 aus 680
	S 31/32	Verbindlichkeiten aus der Liefe- rung von Überschußgütern ...	—	71,6	(32 05/aus 686)
	S 31/32	Zahlungen auf Grund des Aus- landsbonds-Entschädigungs- gesetzes	6,1	6,1	32 05/692 tw.
		c) zusammen	75,2	241,0	
		Tilgung zusammen	499,3	572,9	
		Sonstige Leistungen			
	Q 6	Zur Verbesserung der Kapital- struktur der Deutschen Bun- despost (Kapitaldienst einer 200 Mill. DM Anleihe der Deutschen Bundespost)	14,0	14,0	32 05/689
	S 31/32	Erstattung von Zahlungen an die Konversionskasse	—	—	(32 09/684)

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962		
			1962				
			Regierungsentwurf	1961			
— in Millionen DM —							
noch: 680—698	S 54	Wiedergutmachung an Israel ... dazu unter Einmalige Ausgaben nachgewiesen	250,0	264,0	250,0	264,0	32 09/681
			1 810,1		1 674,7		12 10/aus 310
		Allgemeine Ausgaben insgesamt	33 399,3		31 643,7		
		Einmalige Ausgaben					
700—709		Erwerb von unbeweg- lichem Vermögen		138,5		100,1	Sämtl. Einzelpläne
		darunter:					
	C 1	für Verteidigungszwecke	(100,0)		(80,0)		14 12/700
	Q 23	für Bundesfernstraßen und -Auto- bahnen (Allgemeine Ausgaben)	(18,8)		(16,1)		12 10/aus 310 [10 80, 10 81, 12 80, 12 81]
	S 42	Bundesvermögens- und Bauver- waltung	(13,3)		(9,7)		24 03/706, 707
710—849		Neu-, Um- und Erweite- rungsbauten		3 512,8		1 876,9	Sämtl. Einzelpläne
		darunter:					
	C 1	für Verteidigungszwecke	(1 214,7)		(—)		14 (ohne 14 12/830)
	C 25	für Verteidigungszwecke	(179,6)		(45,4)		35 11 a u. b
	Q 23	für Bundesfernstraßen und -Auto- bahnen (Allgemeine Ausgaben)	(1 866,3)		(1 659,1)		12 10/aus 310 [10 20—10 71, 10 91, 11 00—11 09, 12 20—12 71]
		Darlehen					
	C 16	Wohnungsbau für nichtkaser- nierte Angehörige der Bundes- wehr	16,4		13,0		14 12/829, 830
	G 1	an die Bundesbahn für Neubau von Dienstgebäuden	2,2		1,0		08 04/aus 711—742
	G 1	an Gebietskörperschaften für Schaffung von Diensträumen ..	—		0,4		(08 04/717 [1])
	R 62	zur Schaffung von Wohnraum für Verwaltungsangehörige ..	52,0		44,4		25 02/830 a
	R 62	Ersatzwohnraumbeschaffung (aus dem Straßenbauplan)	15,0		8,3		12 10/310 [10 84, 12 84]
	R 62	Wohnraumbeschaffung für Abge- ordnete des Bundestages und Angehörige ausländischer Mis- sionen	1,8	87,4	—	67,1	25 02/833 a, 834
850—869		Anschaffung von Dienst- und beamteneigenen Fahrzeugen		1 252,4		886,2	Sämtl. Einzelpläne
		darunter:					
	C 1	für Verteidigungszwecke	(1 218,8)		(841,7)		14

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
870—889		Anschaffung von Einrich- tungsgegenständen, Ma- schinen u. dgl.	541,4	433,5	Sämtl. Einzelpläne
	C 1	darunter: für Verteidigungszwecke	(422,8)	(344,4)	14
890—900		Erwerb von Beteiligungen			
	Q 47	Rhein-Main-Donau-AG	2,4	.	12 03/891
	R 6	an wohnungswirtschaftlichen Unternehmen	19,5	22,0	25 02/890, 895
			<u>19,5</u>	<u>12,0</u>	
901—998		Subventionen und sonstige Einmalige Ausgaben			
		Subventionen			
	N 18	Preisausgleich für eingeführtes Getreide	30,0	0,5	10 02/951
	N 18	Zuschuß zum Milchauszah- lungspreis an Länder (»Grüner Plan«)	470,0	425,0	10 02/961
	N 18	Ausgleichsbeträge zur Förderung der deutschen Eier- und Ge- flügelwirtschaft	152,8	90,0	10 02/958
	N 18	Verbilligung von Handelsdünger (»Grüner Plan«)	185,0	185,0	10 02/962
	P 29	Frachthilfe für Beförderung von Steinkohlen	104,0	104,0	60 02/957
	P 68	Zinsverbilligung bei der Um- schuldung von Krediten an kriegsgeschädigte und Flücht- lings-Betriebe	0,9	1,3	09 02/954, 957
	Q 48	Zinszuschüsse für private Dar- lehen zum Handelsschiffbau ..	39,5	8,0	12 02/950, 951
			<u>39,5</u>	<u>8,0</u>	
		Sonstige Einmalige Aus- gaben			
	C 1	Ausstattung mit Material für die Truppen	4 666,5	3 114,4	14 03 bis 14 22
	C 19	Ablösung von Ansprüchen der USA	100,0	—	14 02/960
	C 19	Beschaffungsnebenkosten für Ma- terialkäufe im Ausland für Verteidigungszwecke	58,5	19,9	14 02/995
	C 25	Ausgleich von Besatzungs- und Vermögensschäden	22,0	31,0	35 11 a/950, 951
	C 31, C 32	Bundesamt für zivilen Bevölke- rungsschutz	41,0	33,3	06 19/950—960
	C 32, C 39	Einrichtungen für den Luftschutz- wardienst usw.	152,0	103,7	36 04/950—971

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— in Millionen DM —		
noch: 901—998	C 34, C 36	Zivile Notstandsplanung auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgung, der Ernährung, des Verkehrs und der Nachrichtenverbindungen	156,1	153,6	36 05—36 08
	D 21	Bevorratung für den Bundesgrenzschutz und die Bereitschaftspolizei der Länder	10,0	8,0	06 25/950
	F 61	Vorbereitung und Durchführung von Statistiken	6,7	3,5	06 08/950—963
	F 69	An die Länder für Großzählungen in den Jahren 1960 bis 1962 ..	25,2	25,2	60 02/951
	F 83	Vorsorgemaßnahmen in Berlin..	37,0	—	60 02/953
	J 34, H 9	Förderung der Kernforschung ..	192,3	95,4	31 02/950—980
	K 4	Kulturelle Ausgaben im Ausland	10,0	—	05 02/951, 952
	J 32	Anschaffung eines Fischereiforschungsschiffes	4,0	2,0	10 01/951
	L 19	Hilfsmaßnahmen für Arbeiter der Kohle- und Stahlindustrie	56,0	78,5	60 02/955
	L 19	Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin	5,0	—	11 02/970
	L 22	Leistungen nach dem Kindergeldkassengesetz	—	375,0	(11 02/960)
	L 22	Rehabilitationszentren für Spezialbehandlung bestimmter Verletzten- und Krankheitsgruppen	10,0	5,0	11 02/952
	M 1/2	Gesundheit, Sport usw.	30,1	20,1	06 02/973 und 06 11/950
	N 11	Verbesserung der Lage bäuerlicher Familienbetriebe	—	300,0	(10 02/980)
	N 11	Erstattung von Lastenausgleichs- abgaben für Niederungsgebiete (»Grüner Plan«)	14,0	14,0	10 02/963
	N 16	Wirtschaftsförderung in den westlichen Grenzgebieten	3,8	5,0	60 04/950
	N 51	Seßhaftmachung von Landarbeitern (»Grüner Plan«)	25,0	23,0	10 02/965
	Q 44	Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung	19,9	5,7	12 03/950—983
	S 54	Finanz- und Ausgleichsvertrag mit Österreich	84,8	—	60 04/954
		Sonstiges	48,0	32,5	4 455,8
			5 777,9	4 455,8	
999	S 8	Zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	206,9	154,3	60 02/999
		Zusammen	12 521,5	8 799,6	
		davon ab: im Haushaltsplan als Allgemeine Ausgaben veranschlagt	1 810,1	1 674,7	12 10/ aus 310
		Einmalige Ausgaben insgesamt	10 711,4	7 124,9	
		Ordentliche Ausgaben insgesamt	51 740,1	45 116,2	

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll		Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962 Regierungsentwurf	1961	
			— Millionen DM —		
		Außerordentlicher Haushalt			
300—325	S 53	Leistungen laut Kriegs- folgengesetz	10,0	10,0	A 60 04/315
530—599		Darlehen			
	M 19	an gemeinnützige Kranken- anstalten	25,0	25,0	A 06 02/571
	C 16	an Gebietskörperschaften für Aufschließungskosten bei mili- tärlichen Bauten	15,0	12,0	A 14 12/570 b
	L 39	an Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege	10,0	9,0	A 06 02/570 b
	L 62	an ehemalige Kriegsgefangene und politische Häftlinge zum Existenzaufbau		28,0	(A 26 02/530)
	N 51	Ländliche Siedlung (an Dritte) ..	267,6	162,2	A 10 02/571 a
	N 51	Agrarstrukturelle Maßnahmen ..	200,0	150,0	A 10 02/573 a
	O 1	Förderung der Wasserwirtschaft	35,0	—	A 10 02/575 a
	P 16	Entwicklungshilfe	200,0	(1 500,0)	A 23 02/570
	Q 48	Neubau von Handelsschiffen	47,0	—	A 12 02/599
	R 61 u. 62	an die Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues	230,0	—	A 25 03/534, 535, 582
	R 62	zur Förderung von Instand- setzungsarbeiten an Wohn- gebäuden	12,0	5,0	A 25 03/531
	S 13	an Berlin	<u>274,5</u>	<u>275,0</u>	A 60 05/571
			1 316,1	2 166,1	
570b—679		Zuschüsse			
	C 34	Zivile Notstandsplanung	—	37,9	(A 36 04/600, A 36 05/570, 573)
	J 34	Europäische Atomgemeinschaft ..	—	<u>50,7</u>	88,6 (A 60 06/624)
700—709	C 25	Erwerb von unbeweg- lichem Vermögen	84,0	66,0	A 35 11 a und b
710—849		Bauten			
	C 25	Freimachung von ehemals be- schlagnahmen Gebäuden, Ersatzbauten	—	42,5	(A 35 11 a und b)
	C 36, 39	Zivile Notstandsplanung	—	61,8	(A 36 04, 36 07, 36 08)
	D 21	Bundesgrenzschutz	—	50,0	(A 06 02/710, 711)
	R 54,08	Bundeswasser- und Schiffs- verwaltung	<u>5,3</u>	<u>115,1</u>	269,4 A 12 03/710—821

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktions- plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll				Fundstelle im Bundes- haushaltsplan 1962
			1962		1961		
			Regierungsentwurf				
— Millionen DM —							
noch: 710—849		Darlehen					
	Q 47	Bundeswasser- und Schifffahrts- verwaltung	—		8,6		(A 12 03/820)
	C 16	Unterbringung von nichtkaser- nierten Angehörigen der Bun- deswehr usw.	250,2	250,2	250,0	258,6	A 14 12/830, 831
890—990		Sonstiges					
	C 36	Ausbau von Brücken	—		4,8		(A 36 07/967)
	P 5	Errichtung von Versuchsreak- toren	—		21,5		(A 31 02/891)
	P 16	Beteiligung am Grundkapital der Internationalen Entwicklungs- organisation	40,8		42,8		A 60 04/893
	P 27	Finanzierung der Saarberg- werke AG	18,5		25,9		A 24 02/891
	P 59	Europäische Gesellschaft für Kern- brennstoffe (EUROCHEMIC) ..	2,9		3,2		A 60 06/892
	P 77	Zahlungen an die Weltbank	31,2		32,8		A 60 04/892
	P 77	an Internationalen Währungs- fonds	—		—		(A 60 04/894)
	P 77	Aufstockung des Grundkapitals der Landesrentenbank	—		4,0		(A 60 02/890)
	Q 57	Deutsche Lufthansa AG. und Flughafen AG.	41,0		20,8		A 12 17 892, 893
	R 46, 54	Bundeswasser- und Schifffahrts- verwaltung	—		4,9		(A 12 03/951—964)
	R 57	Rhein-Main-Donau AG	—		4,9		(A 12 03/890, 891)
	R 57	Neckar-AG (Darlehen)	—	134,4	9,0	174,4	(A 12 03/950)
		Außerordentliche Ausgaben insgesamt		1 800,0		3 033,1	
		Gesamtausgaben		53 540,1		48 149,3	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Anderungsvorschläge und Bemerkungen des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung zu den Änderungsvorschlägen und Bemerkungen des Bundesrates

A. Haushaltsgesetz 1962

1. Die in § 1 aufgeführten Beträge sind den Änderungsvorschlägen unter B (Bemerkungen zu den Einzelplänen) entsprechend zu ändern.

Zu 1.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten, soweit die Bundesregierung den Änderungsvorschlägen des Bundesrates nicht folgt.

2. In § 7 Abs. 2 sind die Worte

„ , insbesondere bei den Einnahmen aus den Beiträgen der Länder zum Ausgleich des Fehlbedarfs im Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962,“

zu streichen.

Die Streichung ist eine Folge der Neufassung des Tit. 96 in Einzelplan 60 Kap. 60 02.

Zu 2.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Im übrigen vergleiche die Stellungnahme der Bundesregierung zu Kap. 60 02 Tit. 96.

3. In § 9 Abs. 5 ist vor „Kapitel 10 02 Titel 570 a und 570 b,“ einzufügen

„Kapitel 05 02 Titel 302 und 303“.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der angegebenen Titel erscheint notwendig, um unter allen Umständen die Unterhaltung des Auslandsschulwesens auf der gegenwärtigen Höhe zu gewährleisten.

Zu 3.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Eine Notwendigkeit, die Mittel der beiden Titel als gegenseitig deckungsfähig zu bezeichnen, hat sich bisher nicht ergeben. Auch ohne Anordnung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ist die Förderung des Auslandsschulwesens mindestens im bisherigen Umfange gewährleistet.

4. In § 9 Abs. 6 Nr. 8 sind die Worte „und zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 619 veranschlagten Mittel“ anzufügen.

Durch die Sturmflutkatastrophe am 17. Februar 1962 ist den Deichen im gesamten niedersächsischen Küstengebiet schwerster Schaden zugefügt worden. Für die vordringlichsten Maßnahmen zur Beseitigung dieser Gefahrenstellen und zur beschleunigten Erhöhung und Verstärkung der Deiche müssen alle verfügbaren Haushaltsmittel eingesetzt werden.

Es ist daher notwendig, die für Maßnahmen hinter den Deichen bei Kapitel 10 02 Titel 575 b) Erläuterungen zu II „Sondermaßnahmen im Tidegebiet der Nordseeküste (Küstenplan)“ veranschlagten Bundesmittel weitestgehend für den unmittelbaren Deich- und Hochwasserschutz (Küstenschutz) verfügbar zu machen.

Zu 4.

Entsprechend der Stellungnahme der Bundesregierung zum Vorschlag des Bundesrates zu Kap. 10 02 Tit. 575 erhält § 9 Abs. 6 Nr. 8 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1962 folgende Fassung:

„8. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 575 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 575 a oder zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 619 veranschlagten Mittel;“.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

B. Bemerkungen zu den Einzelplänen**Einzelplan 03 — Bundesrat —**

Kap. 03 01 — Bundesrat —

Tit. 101 — Dienstbezüge, Zulagen und Zuwendungen für planmäßige Beamte (einschließlich der in Planstellen angestellten Beamten auf Probe) —

In Tit. 101 ist die Planstellenübersicht wie folgt zu ändern: Die Bundesregierung nimmt Kenntnis.

„Bes.-Gr. A 14 2 (1) Oberregierungsräte,
davon 1 ku in Bes.-Gr. A 13

Bes.-Gr. A 13 1 (2) Regierungsrat“

In den Erläuterungen ist anzufügen
unter „Z u g a n g :“

„Bes.-Gr. A 14 1 für Oberregierungsräte durch Hebung
von 1 Stelle für Regierungsräte der
Bes.-Gr. A 13, und zwar für den Mit-
arbeiter und ständigen Vertreter des
Sekretärs des Finanzausschusses.“

unter „A b g a n g :“

„Bes.-Gr. A 13 1 für Regierungsräte durch Hebung in 1
Stelle der Bes.-Gr. A 14 für Ober-
regierungsräte.“

Der Finanzausschuß ist praktisch auch der Haushaltsausschuß und der Lastenausgleichsausschuß des Bundesrates und im übrigen an der Beratung aller Vorlagen mit finanzieller Auswirkung beteiligt. Mit Rücksicht auf den großen Umfang des sich daraus ergebenden Arbeitsanfalls ist das Büro des Finanzausschusses — im Gegensatz zu den anderen Ausschüssen des Bundesrates — bereits ab 1953 mit 2 Beamten des höheren Dienstes (1 A 16- und 1 A 13-Stelle) besetzt worden.

Da der Mitarbeiter des Finanzausschusses — abweichend von allen übrigen Bundesratsausschüssen — gleichzeitig der ständige Vertreter des Ausschusssekretärs ist, hält der Bundesrat die vorgeschlagene Stellenhebung nicht nur für vertretbar, sondern auch von der Sache her für erforderlich.

Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern —

Kap. 06 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 611 — Für Auszeichnung bester Jahresleistungen in der deutschen Filmproduktion und für sonstige fördernde Maßnahmen auf dem Gebiete des Filmwesens und Filmschaffens —

Der bisherige Ansatz von 8 000 000 DM wird um 2 344 000 DM auf den Vorjahresansatz von 5 656 000 DM vermindert.

Die Förderung des Kulturfilms und des Spielfilms erscheint an sich notwendig. Der hier eingeschlagene Weg dürfte aber nicht das geeignete Mittel darstellen. Eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahresansatz ist nicht gerechtfertigt.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die vom Bundesrat geforderte Verminderung des Ansatzes würde eine wirksame Förderung der deutschen Filmproduktion unmöglich machen. Die Bundesregierung hält insbesondere eine Förderung der Spielfilmproduktion angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des deutschen Films mit Rücksicht auf seine innen- und außenpolitischen Bedeu-

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

tung in der vorgeschlagenen Höhe für unbedingt erforderlich. Sie hält eine Förderung unter dem Gesichtspunkt einer auf dieser Weise zu erreichenden Leistungssteigerung für das geeignetste und wirksamste Mittel.

Tit. 616 — Allgemeine und langfristige Förderung der Wissenschaft —

Der ausgebrachte Ansatz von 374 878 200 DM ist zu streichen.

Unbeschadet der zwischen Bund und Ländern getroffenen Vereinbarungen für die Finanzierung der Wissenschaft und Forschung übernehmen die Länder für das Rechnungsjahr 1962 den Betrag von 374 878 200 DM.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Bundesregierung teilt nicht die verfassungsrechtlichen Bedenken der Länder gegen die Berechtigung des Bundes, sich an der Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung zu beteiligen.

Die Aufgaben wurden bisher im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Bund und Ländern so verteilt, wie sie in einem nach Artikel 74 Nr. 13 GG ergehenden Gesetz über die Förderung der wissenschaftlichen Forschung verteilt sein könnten.

Bei der Beurteilung der Zulässigkeit des Einsatzes von Bundesmitteln muß zwischen Zuschüssen für regionale Aufgaben und der Beteiligung des Bundes an überregionalen Aufgaben von gesamtstaatlicher Bedeutung unterschieden werden. Im letzteren Fall ist der Einsatz von Bundesmitteln aus der gesamtstaatlichen Verantwortung des Bundes gerechtfertigt. Die finanzielle Beteiligung des Bundes an der überregionalen Wissenschaftsförderung ermöglicht es, Aufgaben von gesamtstaatlicher Bedeutung ohne Beeinträchtigung durch die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder von den am besten geeigneten Einrichtungen erfüllen zu lassen. Sie hat sich auch als ein geeignetes Mittel zu einem wirksamen Lastenausgleich auf dem Gebiet wissenschaftlicher Forschung von erheblichem finanziellen Gewicht bewährt. Durch die Haltung der Länder wird jetzt eine seit Jahren organisch gewachsene Entwicklung gestört. Im übrigen liegt eine Einigung der Länder über den Aufbringungsschlüssel der bisher im Bundeshaushalt veranschlagten Mittel nicht vor. Solange dieser nicht feststeht, muß mit Schwierigkeiten und entsprechenden Verzögerungen in der Finanzierung gerechnet werden.

Nach Auffassung der Bundesregierung stellt die Übernahme der im Bundeshaushalt ausgebrachten Mittel für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen, für die Zuschüsse an die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft sowie zur Studentenförderung nach dem Honnefer Modell auf die Länderhaushalte, selbst wenn sie durchführbar wäre, keinen geeigneten Ersatz für eine gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder dar.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 657 — Zuschüsse auf dem Gebiet des Bildungswesens —

a) Studentenförderung

Der Ansatz von 96 215 000 DM wird um 83 200 000 DM auf 13 015 000 DM vermindert.

Außerdem ist in den Erläuterungen zu Tit. 657 a) die gesamte Erläuterung unter Nr. 1 cc) mit dem dort ausgebrachten Ansatz von 83 200 000 DM zu streichen.

Begründung zu Tit. 616 gilt entsprechend.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Erst durch die Beteiligung des Bundes an der Studentenförderung und die Schaffung des Honnefer Modells ist eine Einheitlichkeit in der Förderung begabter und bedürftiger Studenten erreicht worden. Beteiligt sich der Bund nicht mehr an der Finanzierung, so besteht die Gefahr, daß die gemeinsamen Richtlinien nicht mehr erhalten bleiben und damit die Freizügigkeit der Studenten nicht mehr gewährleistet ist.

Kap. 06 36 — Kriegsfolgenhilfe und gleichartige Leistungen —

— Einmalige Einnahmen —

Es ist ein neuer Titel auszubringen mit der Zweckbestimmung „Rückzahlungen der Kosten der individuellen Fürsorge u. a.“ mit einem Ansatz von 19 400 000 DM.

Die Bundesregierung hat im Grundsatz keine Bedenken, daß die Berichtigungen der Grundbeträge, die in einer in Vorbereitung befindlichen Dritten Durchführungsverordnung zum Ersten Überleitungsgesetz vorgesehen sind, schon im Bundeshaushaltsplan 1962 berücksichtigt werden. Sie hält allerdings die vorgeschlagene gesonderte Veranschlagung der Rückzahlungen und Nachzahlungen in zwei neuen Titeln für unzweckmäßig und sieht statt dessen vor, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens die schon bestehenden Ausgabenansätze für Pauschbeträge in den Kap. 06 36 und 26 02 entsprechend herabzusetzen.

— Einmalige Ausgaben —

Es ist ein neuer Titel zu schaffen mit dem Ansatz von 7 700 000 DM mit der Zweckbestimmung „Nachzahlungen der Kosten der individuellen Fürsorge u. a.“.

Die in den Erläuterungen zu Kap. 06 36 Tit. 300 bis 303 zitierte Zweite Durchführungsverordnung zum Ersten Überleitungsgesetz vom 3. Juli 1956 (BGBl. I S. 642) enthält in den §§ 1 und 2 den Vorbehalt, daß die festgesetzten Grundbeträge noch berichtigt werden können. Die Berichtigung soll in einer Dritten Durchführungsverordnung demnächst erfolgen. Die Auswirkungen dieser Dritten Durchführungsverordnung, die rückwirkend vom 1. April 1955 an Geltung erhalten soll, bringt für eine Reihe von Ländern Rückzahlungen an den Bund in Höhe von insgesamt rd. 19 400 000 DM, zum anderen haben einige Länder Nachzahlungen von dem Bund zu erwarten, die sich auf rd. 7 700 000 DM belaufen.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 531 — Darlehen im Rahmen der Kriegsopferversorgung und entsprechende Darlehen für Angehörige von Kriegsgefangenen, Beschädigte der Bundeswehr und deren Hinterbliebene, Beschädigte des zivilen Ersatzdienstes und deren Hinterbliebene sowie für ehemalige politische Häftlinge —

Absatz 2 der Erläuterungen ist zu streichen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

In Absatz 2 der Erläuterungen zu Tit. 531 ist vorgesehen, bei der Verrechnung der Darlehnsmittel mit dem Bund von den Ländern eine angemessene Selbstbeteiligung zu fordern. Der Bundesrat hat bereits in seiner Stellungnahme zum Bundeshaushalt 1961 gefordert, diese Dotationsauflage zu streichen, weil es sich hier ausschließlich um eine Aufgabe des Bundes handelt.

Kap. A 06 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 571 — Darlehen zur Deckung des Nachholbedarfs freier gemeinnütziger Krankenanstalten und privater Krankenanstalten, die die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeitsverordnung erfüllen (§ 10 Abs. 2 und 3 GemVO) —

Im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens sollte die Einbeziehung der kommunalen Krankenhäuser in die vorgesehene Förderungsmaßnahme geprüft werden.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Sicherstellung einer ausreichenden Krankenhausversorgung liegt in der Verantwortung der öffentlichen Hand. Die allgemeine Krankenhausversorgung erfolgt insbesondere durch kommunale und freie gemeinnützige Träger. Die von vielen Bundesländern für die Deckung des Nachholbedarfs, insbesondere zur Modernisierung und Rationalisierung von Einrichtungen im medizinischen und im Wirtschafts- und Versorgungsbereich, bereitgestellten Mittel werden ohne Unterscheidung zwischen kommunalen und freien gemeinnützigen Trägern nach dem Bedarf verteilt. Damit diese Landesmittel und die Darlehen aus dem obigen Titel sich sinnvoll ergänzen, müssen auch diese Bundesdarlehen nach dem Bedarf und ohne Unterscheidung nach der Trägerschaft vergeben werden.

Für den Bund besteht weder nach dem Grundgesetz noch auf Grund anderer Regelungen eine Verpflichtung, sich an der Krankenhausfinanzierung zu beteiligen. Das Grundgesetz weist diese Aufgabe den Ländern zu, die ihrerseits die von den Gemeinden wahrzunehmenden Aufgaben finanziell auszugleichen haben. Dieser Grundsatz wird dadurch nicht berührt, daß sich der Bund aus übergeordneten Gesichtspunkten veranlaßt gesehen hat, zur Deckung des Nachholbedarfs der freien gemeinnützigen Krankenhäuser und privaten Krankenhäuser Mittel zur Gewährung von Darlehen bereitzustellen.

Die vom Bundesrat gewünschte Ausweitung der finanziellen Beteiligung des Bundes an reinen Landesaufgaben wäre überdies mit dem Bestreben der Länder, die Bundeskompetenz im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben einzuschränken, nicht vereinbar.

Einzelplan 08 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen —

Kap. 08 04 — Bundesfinanzverwaltung —

Tit. 3 — Gebühren —

Der Ansatz ist von 18 500 000 DM um 3 500 000 DM auf 22 000 000 DM zu erhöhen.

Die Istergebnisse der Rechnungsjahre 1960 und 1961 sowie die Erläuterungen zu Tit. 3 rechtfertigen die vorgeschlagene Erhöhung.

Die Bundesregierung ist mit einer Erhöhung des Einnahmeansatzes auf 20 000 000 DM einverstanden. Eine weitere Erhöhung ist nicht vertretbar.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

— Einmalige Ausgaben —

Die gesamten Einmaligen Ausgaben des Kap. 08 04 sind um 5 000 000 DM zu kürzen.

Der Ansatz für die Einmaligen Ausgaben kann auf die Höhe des Ansatzes vom Vorjahre zurückgeführt werden, da noch Reste in der Höhe eines vollen Jahresansatzes (20 000 000 DM) vorhanden sind.

Die vorgeschlagene Kürzung kann nicht anerkannt werden. Unter Berücksichtigung der neuesten Entwicklung ist eine Kürzung der Einmaligen Ausgaben um 2 352 400 DM vertretbar.

Einzelplan 09 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft —

Kap. 09 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 602 — Kosten der Beteiligung des Bundes an Auslands-Messen und -Ausstellungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft —

Der Ansatz ist von 26 000 000 DM auf 16 000 000 DM herabzusetzen.

Die veranschlagten Mehrausgaben werden im Rechnungsjahr 1962 nicht in vollem Umfange anfallen.

Von dem Ansatz von 26 000 000 DM sind 15 000 000 DM für die im Rechnungsjahr 1962 geplante Deutsche Industrieausstellung in Moskau bestimmt. Es ist damit zu rechnen, daß die Ausstellung im Rechnungsjahr 1962 nicht veranstaltet wird. Sollte die Ausstellung im Rechnungsjahr 1963 stattfinden, womit bei Besserung der politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland durchaus zu rechnen ist, so dürfte ein Betrag von 5 000 000 DM für Vorbereitungsarbeiten im Rechnungsjahr 1962 ausreichend sein.

Der Ansatz bei Kap. 09 02 Tit. 602 kann demgemäß von 26 000 000 DM um 10 000 000 DM auf 16 000 000 DM ermäßigt werden. Von dem Ansatz sind 5 000 000 DM kw.

Kap. 09 10 — Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen —

Kap. 09 10 ist zu streichen.

Beim Bundesverfassungsgericht schwebt z. Z. eine Normenkontrollklage mit dem Ziel, festzustellen, daß das Bundesgesetz über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und daher nichtig ist. Solange dieses Verfahren nicht zum Abschluß gebracht ist, sollte davon abgesehen werden, im Haushaltsplan Mittel für das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen einzusetzen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Das Bundesaufsichtsamt übt die Aufsicht über die Kreditinstitute nach den Vorschriften des Bundesgesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 bereits seit dem 1. Januar 1962 aus. Es müssen daher von diesem Zeitpunkt ab Haushaltsmittel für dieses Institut, das als selbständige Bundesoberbehörde im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums tätig ist, zur Verfügung gestellt werden. Eine Streichung des Kap. 09 10 bis zum Abschluß des Normenkontrollverfahrens würde zur Folge haben, daß die Kreditinstitute im gegenwärtigen Zeitpunkt ohne Aufsicht sein würden, da die Aufsichtspflicht der Länder seit dem 1. Januar 1962 erloschen ist und die entsprechenden Stellen der Bankenaufsichtsbehörden bei den Ländern nicht mehr zur Verfügung stehen.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,**Landwirtschaft und Forsten —****Kap. 10 02 — Allgemeine Bewilligungen —**

- a) Die generelle Dotationsauflage bei Kap. 10 02 — II. Ausgabe ist zu streichen. An der Regierungsvorlage wird festgehalten.
- b) Soweit im Einzelplan 10 Dotationsauflagen gegenüber dem Vorjahre verschärft worden oder neu enthalten sind, ist der Stand des Rechnungsjahres 1961 wiederherzustellen; dies gilt insbesondere für die Tit. 570, 571, 575 und 619 in Kap. 10 02.

Zu a)

Es besteht keine Notwendigkeit, eine generelle Möglichkeit zu schaffen, die Länder im Rahmen des Grünen Planes zur Mitleistung verpflichtet zu können.

Zu b)

Es ist kein Grund ersichtlich, die bisherigen Dotationsauflagen zu verschärfen und neue Beteiligungsverpflichtungen vorzusehen.

Tit. 571 — Förderung der ländlichen Siedlung —

Die Bundeshaushaltsmittel sind für den eintretenden Fall so zu erhöhen, daß die Durchführung des Siedlungsprogramms 1962 auch dann gewährleistet ist, wenn einige Länder nicht in der Lage sind, zusätzlich zu den bisher im Siedlungsprogramm angegebenen Beträgen weitere Leistungen zur Deckung des Fehlbetrages aufzubringen, der bei Beibehaltung der jetzt vorgesehenen Haushaltsansätze des Bundes entstehen würde.

Aus den Erläuterungen zu den obigen Titeln ergibt sich, daß zur Durchführung des Siedlungsprogramms 200 000 000 DM von den Ländern aufgebracht werden sollen. Einigen Ländern, insbesondere auch Niedersachsen, dem Land mit den größten Siedlungsergebnissen, ist es nicht möglich, über die im Siedlungsprogramm 1962 angegebenen Beträge hinaus weitere Leistungen aufzubringen. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat auf Veranlassung des Bundesministers der Finanzen von den Ländern gefordert, daß die benötigten Siedlungsmittel von Bund und Land im Verhältnis 2 : 1 aufgebracht werden.

Im übrigen widerspricht die Einführung eines starren Anteilverhältnisses dem § 46 Abs. 1 des Bundesvertriebenengesetzes und den grundsätzlichen Erklärungen des Bundeskanzlers über den Fünfjahresplan für die Vertriebenen und Flüchtlinge. Es ist daher erforderlich, die Kürzung der Bundessiedlungsmittel, die gegenüber dem Vorjahr 65 300 000 DM beträgt, — mindestens teilweise — rückgängig

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Nach § 46 Abs. 1 Satz 2 des Bundesvertriebenengesetzes stellt der Bund Mittel zur Durchführung des Siedlungsprogrammes „zusätzlich zu den von den Ländern aufzubringenden finanziellen Leistungen“ bereit. Nach Fassung und Inhalt dieser Vorschrift ist der Gesetzgeber eindeutig davon ausgegangen, daß entsprechend der grundgesetzlichen Aufgabenverteilung die Länder sich an der Aufbringung der zur Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen erforderlichen Mittel maßgeblich beteiligen und der Bund zu einer verstärkten Förderung dieser Aufgabe „zusätzlich“ ergänzende Mittel bereitstellt.

Die Bundesregierung hält unter Würdigung dieser Sach- und Rechtslage für das Siedlungsprogramm 1962 die in den Erläuterungen vorgesehene Beteiligung der Länder in Höhe von 200 000 000 DM für angemessen.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

zu machen. Andernfalls werden einige Länder gezwungen sein, das Siedlungsprogramm trotz vorhandenen Landangebots einzuschränken.

Dies gilt zugleich für Kap. A 10 02 Tit. 571.

Tit. 573 — Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe sowie besondere agrarstrukturelle Maßnahmen („Grüner Plan 1962“) —

Der letzte Satz der Erläuterungen zu Tit. 573 a) und b) 1. ist wie folgt zu fassen:

„Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen über den Haushaltsansatz hinaus weitere Verpflichtungen für künftige Rechnungsjahre bis zu 145 000 000 DM einzugehen.“

Die für Darlehen und Zuschüsse mit 315 000 000 DM veranschlagten Mittel sind bereits in Höhe von 95 000 000 DM durch Bindungsermächtigung aus dem Rechnungsjahr 1961 vorbelastet. Um die agrarstrukturellen Maßnahmen nicht abzuschwächen, ist es erforderlich, daß die vorgesehene Bindungsermächtigung von 50 000 000 DM auf 145 000 000 DM erhöht wird.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Tit. 574 — Ausbau der Wirtschaftswege („Grüner Plan 1962“) —

Der Ansatz unter „b) Zuschüsse“ ist von 80 000 000 DM auf 100 000 000 DM zu erhöhen.

D e c k u n g s v o r s c h l a g

Die Mehrausgabe ist durch eine entsprechende Kürzung des Tit. 958 — Ausgleichsbeträge auf Grund des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft — zu decken.

Die Mittel sind erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft innerhalb der EWG zu steigern.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Bei einem Vergleich der für den Ausbau der Wirtschaftswege in den Rechnungsjahren 1961 und 1962 zur Verfügung stehenden Mittel ist zu berücksichtigen, daß für 1962 nicht nur der Ansatz bei Tit. 574 um 10 000 000 DM erhöht worden ist, sondern auch ein gegenüber 1961 um 10 000 000 DM größerer Betrag an zentral zinsverbilligten Kapitalmarktmitteln zur Verfügung steht. Eine weitere Steigerung des Wegebauprogramms ergibt sich ferner dadurch, daß der Ansatz bei Tit. 575, aus dem ebenfalls der Wirtschaftswegebau gefördert wird, gegenüber dem Vorjahre um 58 600 000 DM erhöht worden ist.

Vgl. hierzu auch die Stellungnahme zu Tit. 958.

Tit. 575 — Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturtechnischer Maßnahmen —

Bei Tit. 575 ist unter „b) Zuschüsse“ der Haushaltsvermerk „Minderausgaben dürfen zur Verstärkung der bei Titel 619 veranschlagten Mittel verwendet werden.“ anzufügen.

Siehe Begründung für den Änderungsvorschlag zu § 9 Abs. 6 Nr. 8 des Haushaltsgesetzes.

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates grundsätzlich zu.

Da sich nach der Begründung des Vorschlages des Bundesrates die Möglichkeit, die Mittel bei Kap. 10 02 Tit. 619 aus den bei Kap. 10 02 Tit. 575 b) veranschlagten Mitteln zu verstärken, lediglich auf die für Sondermaßnahmen im Tidegebiet der Nordseeküste (Küstenplan) vorgesehenen Beträge erstrecken soll, ergeben sich im Entwurf des Haushaltsgesetzes

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

1962 und im Entwurf des Haushaltsplans 1962 folgende Ergänzungen:

1. § 9 Abs. 6 Nr. 8 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1962 erhält folgende Fassung:
 - „8. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 575 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 575 a oder zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 619 veranschlagten Mittel“;
2. Kap. 10 02 Tit. 619 erhält folgenden Haushaltsvermerk:

„Die Mittel dürfen bis zur Höhe der bei Tit. 575 b) für Sondermaßnahmen im Tidegebiet der Nordseeküste (Küstenplan) veranschlagten, jedoch nicht verwendeten Mittel überschritten werden, soweit diese nicht zur Deckung von Ausgaben bei Tit. 575 a) in Anspruch genommen werden.“
3. Bei Kap. 10 02 Tit. 575 b) ist folgender Haushaltsvermerk anzufügen:

„Minderausgaben dürfen nach Maßgabe der Haushaltsvermerke bei Tit. 575 a) und Tit. 619 zur Deckung von Ausgaben bei Tit. 575 a) oder zur Verstärkung der bei Tit. 619 veranschlagten Mittel verwendet werden.“

Tit. 585 — Förderung der Fischerei —

In den Erläuterungen ist der erste Satz des zweiten Absatzes wie folgt zu fassen:

„Neben den in Tit. 585 und 673 e) vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur der Seefischerei sind weitere zeitlich begrenzte Hilfen für die Zweige der Seefischerei, die sich in einer akuten Notlage befinden, beabsichtigt.“

Die Neufassung soll klarstellen, daß die zeitlich begrenzten Hilfen nicht mehr im Stadium der Erwägung sind.

Bei der Verabschiedung des Regierungsentwurfs befanden sich die zeitlich begrenzten Hilfen für die Zweige der Seefischerei, die sich in einer akuten Notlage befinden, noch im Stadium der Erwägung.

In der Zwischenzeit konnten die Beratungen über die beantragten Hilfsmaßnahmen abgeschlossen werden. Mit dem Bericht über Stellung und Lage der Seefischerei, der in Kürze dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden wird, wird die Bundesregierung vorschlagen, der Seefischerei neben den vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur eine zeitlich begrenzte Hilfe in Form einer Fangprämie in Höhe von 20 000 000 DM zu gewähren.

Tit. 601 — Zuschüsse an Anstalten außerhalb der Bundesverwaltung —

In Tit. 601 und in den Erläuterungen unter B Nr. 7 — Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle der Deutschen Landwirtschaft in Bonn — ist der Ansatz um 50 000 DM zu erhöhen.

Eine Erhöhung des Titels ist erforderlich, weil der Übergang zum Getreiderichtpreissystem eine Intensivierung der Berichterstattung erfordert.

Deckungsvorschlag

Tit. 958 — Ausgleichsbeträge auf Grund des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft —

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Auswirkungen der vom Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschlossenen Verordnungen für einen gemeinsamen Agrarmarkt lassen sich noch nicht überblicken. Mehrausgaben, die als Folge dieser Verordnungen erforderlich werden, sollen zu gegebener Zeit aus Mehreinnahmen und Minderausgaben, die sich aus gleichem Anlaß ergeben werden, gedeckt werden.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 610 — Zuschüsse zur Förderung der bäuerlichen Hauswirtschaft („Grüner Plan 1962“) —

Die Erläuterungen in Absatz 1 sind wie folgt zu fassen:

„Mit den Mitteln sollen in verstärktem Umfang die im Rechnungsjahr 1961 begonnenen Maßnahmen zur Arbeiterleichterung in bäuerlichen und Landarbeiterhaushalten gefördert werden.“

Auch Landarbeiterhaushaltungen sollten die Möglichkeit haben, Förderungszuschläge zu erhalten.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Höhe des Ansatzes läßt eine Ausdehnung der Maßnahme nicht zu.

Tit. 619 — Zuschüsse zur Förderung besonderer Vorhaben auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und der Landeskultur im Küstengebiet —

Bei Tit. 619 ist der Haushaltsvermerk

„Die Mittel dürfen in Höhe der Minderausgabe bei Kap. 10 02 Tit. 575 b) überschritten werden“ anzufügen.

Siehe Begründung für den Änderungsvorschlag zu § 9 Abs. 6 Nr. 8 des Haushaltsgesetzes.

Vergleiche hierzu die Stellungnahme zu Tit. 575.

Tit. 673 — Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur Förderung vordringlicher agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen —**b) Zinsverbilligungsaktion 1962 („Grüner Plan 1962“)**

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gang des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob eine Umschuldung bzw. Teilumschuldung hochverschuldeter entwicklungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe notwendig ist und gegebenenfalls die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden können.

Nach dem Inkrafttreten der zweiten Stufe zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes muß sich die westdeutsche Landwirtschaft mehr als bisher den wirtschaftlichen Verhältnissen des EWG-Raumes anpassen. Sie bedarf dazu der Unterstützung durch eine Agrarkreditpolitik, die diesen Erfordernissen Rechnung trägt.

Für die Landwirtschaft kann ein Agrarkredit nur dann nachhaltig wirksam sein, wenn er zu wirtschaftlich tragbaren Zins- und Tilgungssätzen zur Verfügung steht. Nur unter dieser Voraussetzung ist es entwicklungsfähigen Betrieben möglich, aus eigener Kraft die notwendigen Betriebsumstellungen zur Mobilisierung vorhandener Produktionsreserven vorzunehmen und damit die Rentabilität nachhaltig zu verbessern.

Notwendig ist für eine sicherlich nicht geringe Zahl von Bauernhöfen, daß wesentliche Teile ihrer Kredite aus verschiedenen Quellen mit sehr unterschiedlicher Kapitaldienstbelastung in tragbare Kredite umgeschuldet werden. Das gilt vordringlich für solche Gebiete, in denen seit 1954 Mißernten aufeinander gefolgt sind.

Das Zinsverbilligungsprogramm des Bundes soll vom Rechnungsjahr 1962 ab erweitert werden. Insbesondere ist vorgesehen, die im Rechnungsjahr 1961 im Rahmen der Sondermaßnahmen für bäuerliche Familienbetriebe begonnene Kreditaktion zur Betriebsverbesserung und Betriebsanpassung in das Zinsverbilligungsprogramm einzubeziehen. Darüber hinaus soll durch Bereitstellung höherer Zinsverbilligungsmittel der vom letzten Kreditnehmer zu zahlende Zins auf einen Satz von 3 v. H. gesenkt werden. Unter diese stärkere Zinsverbilligung sollen nicht nur die im Rechnungsjahr 1962 aufgenommenen Kredite, sondern auch diejenigen Darlehen fallen, für die bereits in den Rechnungsjahren 1954 bis 1961 Verbilligungszusagen gegeben worden sind.

Eine noch weitergehende allgemeine Umschuldung bzw. Teilumschuldung landwirtschaftlicher Betriebe im Sinne der Entschließung des Bundesrates war bisher nicht beabsichtigt. Die Bundesregierung wird die vom Bundesrat aufgeworfene Frage jedoch erneut prüfen.

Stellungnahme des Bundesrates

Die Umschuldung sollte so durchgeführt werden, daß von der in normalen Erntejahren erzielbaren Rendite neben dem zu leistenden Kapitaldienst hinreichende Mittel für die Aufrechterhaltung des Betriebes und die Lebenshaltung der Bauernfamilien verfügbar bleiben.

In diesem Rahmen notwendige Kredite sollten auf 3 v. H. Verzinsung und 3 v. H. Tilgung umgestellt werden.

Vorbedingung für eine Umschuldung sollte sein, daß bei den in Frage kommenden Betrieben die strukturellen Voraussetzungen und die Leistungsfähigkeit des Betriebsführers ausreichen, um eine rentable Wirtschaft zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten ausreichende Aufzeichnungen über die Ertragslage des Betriebes vorliegen, die dessen wirtschaftliche Entwicklung durchsichtig machen und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsberatung rationelles Arbeiten unter Berücksichtigung der Marktlage erleichtern.

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 958 — Ausgleichsbeträge auf Grund des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft —

Der Ansatz ist um 20 050 000 DM zu kürzen, damit die notwendigen Deckungsmittel für die Anhebung der Ansätze in Tit. 574 b) und in Tit. 601 gewonnen werden.

Die Verminderung des Ansatzes ist möglich, weil ab 1. Juli 1962 die bisherige Subventionierung bei Schlachtgeflügel durch eine Abschöpfung ersetzt wird.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Nach dem Beschluß der Bundesregierung sollen Mehreinnahmen und Minderausgaben, die sich aus den vom Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschlossenen Verordnungen für einen gemeinsamen Agrarmarkt ergeben, zur Deckung von Mehrausgaben verwendet werden, die als Folge dieser Verordnungen erforderlich werden können. Der Kürzungsvorschlag des Bundesrates ist daher als Deckung für die vorgeschlagenen Ansatzserhöhungen nicht geeignet.

Tit. 961 — Zuschüsse zur Erhöhung des Auszahlungspreises für Qualitätsmilch („Grüner Plan 1962“) —

Im Rechnungsjahr 1961 waren für Zuschüsse zur Erhöhung des Milchauszahlungspreises insgesamt 545 000 000 DM bereitgestellt, davon aus Tit. 961 425 000 000 DM und aus dem früheren Tit. 980 weitere 120 000 000 DM. Für das Rechnungsjahr 1962 sind nur 470 000 000 DM, also 75 000 000 DM weniger als im Vorjahr, vorgesehen. Diese Verminderung würde besonders die Futterbaubetriebe treffen, die nach den Grünen Berichten der vergangenen Jahre als bevorzugt stützungsbedürftig bezeichnet worden sind. War es mit den höheren Bewilligungen des Vorjahres möglich, den Milcherzeugern bis zu einem Höchstsatz von 1500 DM je Betrieb den 4. Milchpfennig zukommen zu lassen, so würde bei einem Ansatz von nur 470 000 000 DM der Milchpfennig für 1962 wieder nur in Höhe von drei Pfennig ausgezahlt werden können. Um aber auf einen Zuschuß von vier Pfennig zu kommen, ist eine Erhöhung des Ansatzes unvermeidlich.

Der Antrag auf Erhöhung der Milchförderungsbeiträge von 3 auf 4 Pf/kg wird mit der im Vorjahr getroffenen Regelung begründet. Es trifft zu, daß im Rechnungsjahr 1961 die Milcherzeuger außer dem Förderungsbetrag von 3 Pf/kg aus dem Tit. 10 02/980 im Rahmen der einmaligen Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Lage bäuerlicher Familienbetriebe noch einen weiteren Pf/kg erhalten haben. Dieser Pfennig stellte jedoch keine Aufstockung für die laufende Milchanlieferung im Jahre 1961 dar, sondern, wie aus den Erläuterungen zu Tit. 10 02/980 b) 1. eindeutig hervorgeht, einen nachträglichen Bonus für die im Jahre 1960 an die Molkereien gelieferte Milch. S. Z. wurde die Hergabe des 4. Pfennigs mit den schlechten Erlösen für Werkmilch im Jahre 1960 begründet. Diese einmalige Sonderregelung für 1960 ist nicht dazu angetan, die vom Bundesrat angestrebte Erhöhung für 1962 zu begründen. Im übrigen würde der im Antrag genannte Betrag von

Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung wird gebeten, diesen Mehrbedarf bei der Aufteilung der im Rahmen des „Grünen Plans 1962“ vorgesehenen Mittel gemäß den Absprachen in der Agrarministerkonferenz vom 15. Februar 1962 in Bonn zu berücksichtigen.

Stellungnahme der Bundesregierung

545 000 000 DM nicht ausreichen, um zu der angestrebten Erhöhung der Milchförderungsbeträge um 1 Pf/kg zu kommen.

Nachdem der Grüne Plan 1962 inzwischen dem Deutschen Bundestages zugestellt ist und die Fraktionen am 22. Februar 1962 zur Frage der Erhöhung der Qualitätsprämie für Milch Anträge gestellt haben, wird die Bundesregierung den Beschluß des Bundesrates mit zum Anlaß nehmen, ihre Auffassung noch einmal zu überprüfen und bei der Beratung der Anträge in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages endgültig Stellung nehmen.

Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung —**Kap. 11 02 — Allgemeine Bewilligungen —****Tit. 570 — Berufliches Förderungsprogramm für die unselbständige Mittelschicht —**

- a) Absatz 2 der Erläuterungen ist wie folgt zu ergänzen:

„Die Richtlinien sind im Benehmen mit den Ländern zu erlassen. Die Verplanung der Mittel erfolgt im Benehmen mit dem Land, in welchem die Einrichtung ihren Sitz hat.“

Förderungsmaßnahmen der Länder und Förderungsmaßnahmen aus Bundstiteln müssen aufeinander abgestimmt sein. Deshalb müssen die Richtlinien die Verplanung der Mittel auf die einzelnen Einrichtungen im Benehmen mit den Ländern regeln. — Die bisher vorliegenden, ohne Beteiligung der Länder erstellten Richtlinien sollten „für die bis jetzt zugelassenen Förderungsmaßnahmen“ gelten (Erklärung der Bundesregierung vom 23. September 1960 — BT-Drucksache 2050 der 3. Wahlperiode S. 123).

- b) In Absatz 3 der Erläuterungen sind am Schluß des Satzes 2 vor den Worten „aufzustellen sind“ die Worte „und im Benehmen mit den Ländern“ einzufügen.

Die Richtlinien für die individuellen Förderungsmaßnahmen nach diesem Titel müssen mit den Richtlinien für entsprechende Förderungsmaßnahmen der Länder abgestimmt werden.

- c) In Absatz 3 Satz 3 der Erläuterungen sind nach den Worten „Es ist beabsichtigt,“ die Worte „auf Grund einer mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassenden Verordnung“ einzufügen.

Mit dieser Einfügung, die den im Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik bekanntgegebenen Absichten der Bundesregierung entspricht, werden verfassungsrechtliche Bedenken ausgeräumt.

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu und begrüßt die Bereitschaft der Länder, ihre eigenen Förderungsmaßnahmen mit denen des Bundes abzustimmen. Seitdem das berufliche Förderungsprogramm nach Herausgabe der Richtlinien vom 19. Mai 1959 (Bundesanzeiger 1959 Nr. 231) durchgeführt wird, werden die Länder sowohl in das Bewilligungsverfahren eingeschaltet als auch darüber unterrichtet, welche Entscheidung über die eingegangenen Anträge getroffen worden ist. Die inzwischen gewonnenen Erfahrungen lassen es angezeigt erscheinen, die Richtlinien im Benehmen mit den Ländern zu überarbeiten.

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu.

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu. Die Ergänzung hat jedoch keine rechtliche Bedeutung, da nach § 1 Abs. 2 AVAVG der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung weitere Aufgaben nur durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates übertragen werden können.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 601 — Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse von Arbeitnehmern sowie zur Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten —

Der Ansatz ist von 160 000 DM auf 170 000 DM zu erhöhen.

Deckungsvorschlag

In Kap. 11 09 ist Tit. 218 — Kosten für Sachverständige — von 12 000 DM auf 4000 DM und Tit. 225 — Kosten des beratenden Beirats für die Neuordnung der sozialen Leistungen — von 5000 DM auf 3000 DM herabzusetzen.

Die Istaussgabe für 1961 betrug bereits 161 000 DM und übersteigt damit den Ansatz für 1962. Eine Erhöhung des Ansatzes zu Tit. 601 ist auch im Hinblick auf die von der Bundesregierung betonte verstärkte Förderung von Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen erforderlich.

Der Deckungsvorschlag wird damit begründet, daß der Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen seit Jahren nicht mehr einberufen worden ist.

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates mit der Maßgabe zu, daß zur Deckung des Mehrbedarfs die Ansätze bei Kap. 11 09

Tit. 218 von 12 000 DM auf 5000 DM

Tit. 225 von 5 000 DM auf 2000 DM

herabgesetzt werden.

Kap. 11 07 — Bundessozialgericht in Kassel —**Tit. 202 — Bücherei —**

Der Ansatz ist von 50 000 DM auf 75 000 DM zu erhöhen.

Deckungsvorschlag

In Kap. 11 01 ist Tit. 300 um 25 000 DM zu kürzen. Da die Istaussgabe 1961 545 000 DM betrug und für 1962 640 000 DM vorgesehen sind, ist ein ausreichender Spielraum für eine Kürzung um 25 000 DM vorhanden.

Alternativ wird auch auf eine Deckungsmöglichkeit aus dem reichlich bemessenen Kap. 11 11 Tit. 300 verwiesen.

Kap. 11 07 Tit. 202 ist so knapp bemessen, daß unter Berücksichtigung der 12%igen Kürzung dem Bundessozialgericht keine Möglichkeit bleibt, in ausreichendem Umfang Kommentare, Zeitschriften und Fachliteratur zu beschaffen. Die Istaussgabe 1961 betrug bereits rd. 55 000 DM.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Für eine Erhöhung des Ansatzes besteht nach Auffassung der Bundesregierung kein sachliches Bedürfnis, da der Ansatz bereits im Rechnungsjahr 1961 aus Anlaß der Errichtung des 12. Senats von 40 000 DM auf 50 000 DM erhöht wurde.

Kap. 11 10 — Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen —**Tit. 300 — Versorgungsbezüge —**

Der letzte Absatz der Erläuterungen ist durch folgenden Zusatz zu ergänzen:

„Mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen können aus Minderausgaben der Nummern 1 bis 5 weitere Mittel für Kapitalabfindungen (Nr. 6) verwendet werden.“

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates mit der Maßgabe zu, daß der letzte Absatz der Erläuterungen durch folgenden Zusatz ergänzt wird:

„Mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen dürfen für Kapitalabfindungen aus Minderaus-

Stellungnahme des Bundesrates

Die Haushaltsansätze für Kapitalabfindungen haben schon in den letzten Jahren niemals den echten Bedarf gedeckt.

Die Arbeitsminister der Länder haben auf der Konferenz am 16./17. November 1961 in Wiesbaden folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

„Der Herr Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird dringend gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß im Rechnungsjahr 1962 und in den folgenden Rechnungsjahren ausreichende Mittel für die Bewilligung von Kapitalabfindungen nach dem Bundesversorgungsgesetz bereitgestellt werden und zu diesem Zweck der Haushaltsansatz nach dem tatsächlichen Bedarf veranschlagt wird.“

Der tatsächliche Bedarf an Kapitalabfindungsmitteln ist nach den Meldungen der Länder an das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nach dem Stand vom 31. Januar 1962 auf rd. 220 000 000 DM zu veranschlagen.

Stellungnahme der Bundesregierung

gaben der Nummern 1 bis 5 weitere Mittel bis zum Betrage von 45 000 000 DM verwendet werden.“

Tit. 303 — Kosten der Heilbehandlung —

Nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Vierten Überleitungsgesetzes vom 27. April 1955 (BGBl. I S. 189) trägt der Bund die Kosten der Heilbehandlung. Er hat daher den Ländern die für die Heilbehandlung in versorgungseigenen Krankenanstalten und Heilstätten entstehenden Kosten nach näherer Bestimmung einer Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu ersetzen.

Der Bundesrat muß zu seinem Bedauern feststellen, daß die Rechtsverordnung trotz wiederholter Vorstellungen der Länder bisher noch nicht ergangen ist. Nachdem seit dem Auftrag durch den Gesetzgeber zum Erlaß der Rechtsverordnung nahezu 7 Jahre vergangen sind, ist die Ablösung des Schwebzustands durch eine rechtsverbindliche Regelung über die den Ländern zu erstattenden Pflegekosten für die Heilbehandlung in den Versorgungskrankenhäusern, -krankenanstalten und -heilstätten dringend geworden.

Die Bundesregierung bedauert es ebenfalls, daß die Rechtsverordnung noch nicht erlassen werden konnte. Die Verzögerung beruht darauf, daß die Materie sehr schwierig ist und daß sowohl in den Grundfragen der Pflegesatzverordnung als auch hinsichtlich der Festlegung der zu berücksichtigenden Selbstkostenfaktoren noch keine Übereinstimmung mit den Ländern erzielt werden konnte. Die Verhandlungen werden fortgeführt.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 12 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr —

Kap. 12 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 951 — Zinsbeihilfen für private Schiffbaudarlehen und Abwrackprämien für Handelsschiffe (Seeschifffahrt) —

Kap. A 12 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 599 — Darlehen zum Neubau von Handelsschiffen (Seeschifffahrt) —

1. In Absatz 3 der Erläuterungen zu Kap. 12 02 Tit. 951 sind

- a) in Zeile 5 der Prozentsatz „5 v. H.“ durch den Prozentsatz „4 v. H.“ zu ersetzen,
- b) in Zeilen 11 und 12
- aa) die Worte „bis zu 150 000 DM je Schiff“ zu streichen,
- bb) der Betrag „450 000 DM“ durch den Betrag „500 000 DM“ zu ersetzen.

2. Die Erläuterungen zu Tit. 951 sind am Ende wie folgt zu ergänzen:

„Freiwerdende Mittel sind für Neubaudarlehen zur Verstärkung der Mittel bei der Haushaltsstelle A 12 02 Tit. 599 zu verwenden.“

Aus schiffahrtspolitischen Gründen muß größter Wert auf eine Strukturverbesserung der deutschen Seeschifffahrt gelegt werden. Diese kann nur durch Neubauten erreicht werden. Deshalb ist sicherzustellen, daß hier freiwerdende Mittel zur Verstärkung der Mittel bei der Haushaltsstelle A 12 02 Tit. 599 verwendet werden können. Nach den Erläuterungen sind 23 000 000 DM für Zinsbeihilfen veranschlagt. Dieser Ansatz ist in Zusammenhang mit dem Verband deutscher Reeder auf der Basis einer Zinsverbilligung bis zu 2½ v. H. auf einen Zinssatz bis 4 v. H. und einer Höchstbegrenzung je Unternehmen von 500 000 DM jährlich errechnet worden. Die Erläuterungen enthalten aber davon abweichend folgende Einschränkungen: Verbilligung bis zu 2½ v. H. nur auf 5 v. H., bis zu 150 000 DM je Schiff, und 450 000 DM je Unternehmen.

Es darf nicht von vornherein durch einschränkende Konditionen verhindert werden, daß der für Zinsbeihilfen veranschlagte, bereits den Mindestbedarf darstellende Bedarf von 23 000 000 DM voll ausgeschöpft wird. Es sind daher die für die Errechnung dieses Betrages maßgebenden Konditionen einzusetzen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Zu 1. und 3.

Es hat sich gezeigt, daß die mittleren und kleineren Betriebe in der Vergangenheit im allgemeinen ungünstigere Kreditbedingungen — vor allem bei den Zinsen — hinnehmen mußten als die Konzern- und sonstigen Großunternehmen. Durch eine Verbilligung auf 5 v. H. soll insbesondere den mittleren und kleineren Betrieben geholfen werden. Die vom Bundesrat empfohlene Verbilligung auf 4 v. H. würde vornehmlich dazu führen, daß auch die finanzstärkeren Unternehmen den vollen Verbilligungssatz erhalten, und mindert die Möglichkeit, hier freiwerdende Mittel für Neubaudarlehen zu verwenden.

Dem gleichen Ziel dient auch die Begrenzung der Zinsbeihilfen auf einen Höchstbetrag von 150 000 DM je Schiff und auf 450 000 DM je Unternehmen.

Zu 2.

Die Bundesregierung wird sicherstellen, daß bei Kap. 12 02 Tit. 951 nicht in Anspruch genommene Mittel für Neubaudarlehen — Kap. A 12 02 Tit. 599 — verwendet werden können.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

3. In den Erläuterungen zu Kap. A 12 02 Tit. 599 ist der Betrag „3 000 000 DM“ durch den Betrag „4 000 000 DM“ zu ersetzen.

Die Heraufsetzung des Höchstbetrages für die noch vorgesehenen Neubaudarlehen von 3 000 000 DM auf 4 000 000 DM ist erforderlich, um dem bestehenden Trend zum größeren Schiff Rechnung zu tragen.

Kap. 12 10 — Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Bundesautobahnen) —

Tit. 35 — Gewinn der Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH —

Der Ansatz ist von 720 000 DM um 1 000 000 DM auf 1 720 000 DM zu erhöhen.

Das Rechnungsergebnis für das Rechnungsjahr 1961 rechtfertigt die vorgeschlagene Erhöhung.

Die Bundesregierung hat gegen eine Erhöhung des Ansatzes keine Bedenken.

Einzelplan 15 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen —

Der Bundesrat sieht sich — unter Hinweis auf seinen Beschluß vom 2. Februar 1962 zum Gesetz über die Vorwegbewilligung von Planstellen für das Rechnungsjahr 1962 (siehe Drucksache 30/62 — Beschluß — BT-Drucksache IV/184 Anlage 2) — nicht in der Lage, zu diesem Einzelplan im ersten Durchgang Stellung zu nehmen, da noch nicht feststeht, welche Aufgaben von anderen Ressorts auf das Bundesministerium für Gesundheitswesen übergehen und wieviel Planstellen in diesem Zusammenhang auf dieses Ministerium zu übertragen sind.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die Dringlichkeit der den neuen Ministerien übertragenen Aufgaben macht es erforderlich, alsbald die Voraussetzungen für die Arbeitsaufnahme zu schaffen. Der Umfang der neuen Aufgaben ist zur Zeit noch nicht endgültig zu übersehen. Die Bundesregierung hat daher nur die für unbedingt notwendig gehaltenen Planstellen angefordert, die sie auch bei Anlegung eines strengen Maßstabes für unabweisbar hält, um die Arbeitsfähigkeit der neuen Ministerien zu sichern. Darüber hinaus sollen den neuen Ministerien weitere Planstellen im Zusammenhang mit dem Übergang von Aufgaben oder zum Ausgleich des Personalbedarfs aus den Geschäftsbereichen anderer Bundesminister übertragen werden.

Einzelplan 23 — Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit —

Das zu Einzelplan 15 Gesagte gilt für den vorstehenden Einzelplan entsprechend.

Vergleiche hierzu den Stellenplan zu Einzelplan 15.

Einzelplan 24 — Geschäftsbereich des Bundesschatzministers —

Kap. 24 03 — Bundesvermögens- und Bauverwaltung —

Tit. 70 — Erlöse aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens —

In Tit. 70 ist der Einnahme-Ansatz von 55 000 000 DM auf 75 000 000 DM zu erhöhen. 1960 stand einem Soll von 40 000 000 DM für 12 Monate, d. h. 30 000 000 DM für 9 Monate, eine Ist-Einnahme von 55 000 000 DM für 9 Monate gegenüber, d. h. ein Mehr von 83 v. H.

Die Bundesregierung ist mit einer Erhöhung des Einnahmeansatzes auf 70 000 000 DM einverstanden. Eine weitere Erhöhung ist nicht vertretbar.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

1961 lag das Ist um 71 v. H. über dem Soll. Für 1962 ist deshalb eine Erhöhung um 20 000 000 DM gerechtfertigt; der Soll-Ansatz 1962 gegenüber 1961 ist um nur 22 v. H. = 10 000 000 DM erhöht worden, während eine Erhöhung um 67 v. H., wie sie sich bei einer Erhöhung des Ansatzes für 1962 um 20 000 000 DM ergeben würde, durchaus begründet erscheint.

Hinsichtlich der Zweckausgaben ist der Bundesrat der Ansicht, daß ein Teil der Ansätze — da in diesem Jahr doch wahrscheinlich nicht verbrauchbar — durch Bindungsermächtigungen ersetzt werden könnte. Der Bundesrat hat lediglich wegen der politischen Bedeutung der Ansätze für Entwicklungshilfe davon abgesehen, entsprechende Anträge zu stellen.

**Einzelplan 25 — Geschäftsbereich des Bundesministers
für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung —**

Kap. 25 01 Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung —

Tit. 101 — Amtsbezüge des Ministers und Dienstbezüge, Zulagen und Zuwendungen für planmäßige Beamte (einschließlich der in Planstellen angestellten Beamten auf Probe) —

Folgende Stellen sind zu streichen:

1 Stelle	Bes.-Gr. B 8,
1 Stelle	Bes.-Gr. B 5,
2 Stellen	Bes.-Gr. A 16,
1 Stelle	Bes.-Gr. A 14 und
2 Stellen	Bes.-Gr. A 12

Der Mittelbedarf für diese neue Abteilung ist nicht nachgewiesen. Der Bund besitzt auch keine Verwaltungsaufgaben auf diesem Gebiet. Für die Ausübung seiner Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich kann er solche Kräfte seines Ministeriums heranziehen, die durch ein Nachlassen der sonstigen Aufgaben des Ministeriums frei geworden sind.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Neben der Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen (Bundeszuständigkeit: Artikel 75 Nr. 4 GG und Gutachten des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Juni 1954) ist die Koordination aller Bundesinvestitionsmittel für raumpolitische Maßnahmen dringend erforderlich. Außerdem muß die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf dem gesamten Gebiet aktiviert werden. Darüber hinaus verlangt die fortschreitende Entwicklung in Stadt und Land nunmehr die verstärkte Inangriffnahme längst fälliger Aufgaben auf dem städtebaulichen Gebiet.

Zur Lösung dieser Aufgaben ist eine Mindestzahl vorgebildeter Fachkräfte erforderlich. Solche stehen aber weder im Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung noch in anderen Bundesministerien in ausreichendem Maße zur Verfügung.

Kap. 25 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 571 — Förderung von städtebaulichen Maßnahmen zur Entwicklung und Erneuerung von Städten und Dörfern unter Berücksichtigung raumordnerischer Zielsetzung —

Der Leertitel ist zu streichen.

Mit dieser Zweckbestimmung überschreitet der Bund die ihm nach dem Grundgesetz zustehende Kompetenz. Die Finanzierung von Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen und die Einflußnahme hierauf steht ihm jedenfalls insoweit nicht zu, als es sich um Neuordnungsmaßnahmen außerhalb des sozialen Wohnungsbaues handelt. Diese Aufgaben obliegen vielmehr den Ländern und Gemeinden.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Auf die Stellungnahme zu Kap. 25 01 Tit. 101 wird verwiesen. Der Titel wird ausgebracht, weil notwendige städtebauliche Maßnahmen im Bundesgebiet nur gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden durchgeführt werden können. Die Einzelheiten sollen in einem Gesetz, das der Zustimmung der Länder bedarf, geregelt werden.

Der ausgebrachte Titel soll notwendige Vorbereitungsmaßnahmen ermöglichen.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

**Einzelplan 26 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene,
Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte —**

Kap. 26 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 300 — Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informationsmaterial —

Der Ansatz ist auf den Vorjahresansatz, und zwar auf 525 000 DM zu erhöhen. An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Auf eine ausreichende Information namentlich über die Lage der Sowjetzonenflüchtlinge ist nach wie vor größter Wert zu legen.

D e c k u n g s v o r s c h l a g

Die für die Erhöhung dieses Titels von 460 000 DM auf 525 000 DM erforderlichen Mittel in Höhe von 65 000 DM sind aus einer Kürzung bei Kap. 26 02 Tit. 605 — zu entnehmen.

Tit. 311 — Kosten der Rückführung von Deutschen —

Der in der Spalte für 1962 eingesetzte Betrag von 7 525 300 DM ist in die Spalte „Betrag für 1961“, der dort verzeichnete Betrag von 6 000 000 DM in die Spalte „Betrag für 1962“ einzusetzen. Der Druckfehler wird berichtigt.

Redaktionelle Berichtigung.

**Tit. 601 — Zuschüsse zur Erhaltung und Auswertung des kulturellen Heimaterbes der Heimatvertriebenen
und zur Förderung der kulturellen Bestrebungen der Flüchtlinge —**

Der Ansatz ist von 1 100 000 DM auf 2 000 000 DM zu erhöhen. An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Gemäß § 96 BVFG sind Bund und Länder gemeinsam zur Erhaltung und Entwicklung der Kulturwerte der Vertriebenen und Flüchtlinge verpflichtet. Ein Teil der vom Bund wahrzunehmenden Aufgaben mußte bisher — wegen der nicht ausreichenden Mittel des Bundes — von den Ländern wahrgenommen werden oder konnte überhaupt nicht durchgeführt werden. Dies gilt insbesondere für Aufgaben, die zwar ihren Schwerpunkt in einem Land haben, aber in ihrer Bedeutung über dieses Land hinausreichen. Angesichts der Tatsache, daß der kulturellen Eingliederung wachsende Bedeutung zukommt, erscheint es erforderlich, daß sich der Bund in Zukunft an diesen Aufgaben stärker beteiligen kann. Auf den gleichlautenden Beschluß des Bundesrates in seiner 223. Sitzung am 23. September 1960 wird hingewiesen.

D e c k u n g s v o r s c h l a g

Die für die Erhöhung dieses Titels benötigten 900 000 DM sind aus einer Verminderung des Ansatzes bei Kap. 26 02 Tit. 311 und Kap. 26 02 Tit. 605 zu entnehmen.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 607 — Beihilfen an Deutsche aus der Sowjetzone oder aus dem Sowjetsektor von Berlin zu Beschaffung von Möbeln und sonstigem Hausrat (Einrichtungshilfe) —

- a) Der Ansatz von 75 000 000 DM ist um 25 000 000 DM auf 50 000 000 DM zu kürzen. An der Regierungsvorlage wird festgehalten.
- b) Unter der Zweckbestimmung ist der folgende Vermerk anzufügen:

Es wird die Ermächtigung erteilt, mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen Verpflichtungen den Ländern gegenüber in der erforderlichen Höhe, höchstens bis zu 25 000 000 DM, für das nächste Rechnungsjahr einzugehen, um die Verpflichtung des Bundes zur Zahlung von 75 v. H. der von den Ländern nach den Richtlinien bewilligten Einrichtungshilfen zu erfüllen. Eine Erhöhung des Vorjahresansatzes von 18 000 000 DM auf 75 000 000 DM — über 50 000 000 DM hinaus — erscheint auch unter Berücksichtigung der durch eine Erhöhung der Richtlinien bedingten Erhöhung der Einzelzuwendungen bei den veränderten Verhältnissen keinesfalls gerechtfertigt. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die vorgeschlagenen 50 000 000 DM Haushaltsansatz dazu reichen werden, den Bundesanteil von 75 v. H. der durch die Länder bewilligten Einrichtungshilfen zu decken. Sollte wider Erwarten der Ansatz von 50 000 000 DM nicht ausreichen, darf dadurch die Bewilligungsmöglichkeit der Länder nach den Richtlinien nicht eingeschränkt werden. Es könnte für diesen Fall erforderlich werden, den Haushaltsansatz zu verstärken. Da dies dem Bund nicht zugemutet werden soll, erscheint es gerechtfertigt, daß die Länder in diesem Jahr den Bundesanteil vorlegen und ihn im nächsten Jahr vom Bund erstattet erhalten. Der Bundesvertriebenenminister bedarf für diesen Fall der vorgeschlagenen Bindungsermächtigung.

Einzelplan 27 — Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen —**Kap. 27 02 — Allgemeine Bewilligungen —****Tit. 602 — Kulturelle Maßnahmen in Grenzgebieten und im Zonenrandgebiet —**

Absatz 2 der Erläuterungen ist zu streichen.

Für die Ausbringung einer neuen Dotationsauflage besteht kein Anlaß, zumal auch seitens des Bundes keine Änderung der bisherigen Finanzierungsgrundsätze beabsichtigt ist.

Für das Rechnungsjahr 1962 stimmt die Bundesregierung dem Vorschlag des Bundesrates zu.

Stellungnahme des Bundesrates Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 29 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen —

Kap. 29 01 — Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen —

Tit. 571 — Bundesjugendplan —**c) Beihilfen (Überbrückungsvorschüsse und Zuschüsse) an jugendliche Zuwanderer für ihre Schul- und Berufsausbildung (einschließlich Umschulung und Fortbildung)**

Absatz 4 der Erläuterungen ist zu streichen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Da die Gewährung der betreffenden Beihilfen nicht eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern, sondern allein eine Aufgabe des Bundes ist, kann bei der Gewährung der Bundesmittel eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder nicht zur Auflage gemacht werden.

Tit. 661 — Zuwendungen für Familienferienstätten —

a) Absatz 1 der Erläuterungen ist durch folgenden Satz zu ergänzen:

a) Die Bundesregierung ist mit der vorgeschlagenen Ergänzung der Erläuterungen einverstanden.

„Die Verplanung der Mittel erfolgt im Benehmen mit dem jeweiligen Sitzland.“

Auch bei Gewährung von Bundesmitteln für Familienferienstätten von zentraler Bedeutung ist eine Abstimmung mit dem jeweiligen Sitzland erforderlich, um eine sachgerechte und sparsame Verwendung der für Familienerholung zur Verfügung stehenden Bundes- und Landesmittel sicherzustellen.

b) Absatz 2 der Erläuterungen ist zu streichen.

b) An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Eine Ausweitung der Dotationsauflagen über das bisher bestehende Maß hinaus sollte grundsätzlich vermieden werden, solange nicht eine grundsätzliche Regelung zwischen Bund und Ländern in dieser Frage herbeigeführt worden ist.

Einzelplan 30 — Geschäftsbereich des Bundesministers für besondere Aufgaben —

Das zu Einzelplan 15 Gesagte gilt für den vorstehenden Einzelplan entsprechend.

Vergleiche hierzu die Stellungnahme zu Einzelplan 15.

Einzelplan 31 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Atomkernenergie —

Kap. 31 02 — Allgemeine Bewilligungen für Atomkernenergieforschung und -nutzung —

Tit. 610 — Förderung der Entwicklung der Atomtechnik —

Die Zweckbestimmung ist wie folgt zu ergänzen:

„Der Bundesminister für Atomkernenergie wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Beschaffung solcher Kernbrennstoffe für Benutzer in der Bundesrepublik Deutschland, die auf Grund bilateraler Abkommen nur an die Bundesregierung geliefert werden, auch solche Haftungsrisiken im Einvernehmen

Die Bundesregierung schließt sich dem Vorschlag des Bundesrates unter der Voraussetzung an, daß der Haushaltsvermerk wie folgt gefaßt wird: „Der Bundesminister für Atomkernenergie wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die auf Grund bilateraler Abkommen nur die Bundesregierung für Benutzer in der

Stellungnahme des Bundesrates

mit dem Bundesminister der Finanzen zu übernehmen, für die ein Versicherungsschutz von den Benutzern der Kernbrennstoffe nicht oder nur mit einem unzumutbaren Aufwand beschafft werden kann. Die vertragliche Verpflichtung für Benutzer, den Bund bei Inanspruchnahme freizustellen, bleibt unberührt.“

Die USA liefern auf Grund bilateralen Abkommens Kernbrennstoffe nur an die Bundesregierung zur Weitergabe an Benutzer in der Bundesrepublik. Sämtliche Verpflichtungen aus Kauf- oder Pachtverträgen der Bundesrepublik werden von ihr im Innenverhältnis auf den Benutzer übertragen. Er hat für Haftungsrisiken Versicherungsschutz nachzuweisen. Haftpflicht für Strahlenschäden wird gegenwärtig durch deutsche Versicherer ausreichend gedeckt. Bei der Versicherung von Kaskoschäden ist durch Verwendung gecharterter kanadischer Maschinen durch die Lufthansa neuerdings eine Lücke entstanden. Anders als die deutschen Versicherer verzichtet der amerikanische Versicherer nicht auf Rückgriffe gegen die Bundesrepublik und die Aec. Die Aec. ist von der Bundesrepublik freizustellen. Der amerikanische Versicherer schließt ferner den Versicherungsschutz bei Abweichen von Beförderungsvorschriften aus. Weder Versicherer noch Benutzer in der Bundesrepublik vermögen diese Lücke zu schließen. Ein Risiko wird allerdings von der Physikalisch-technischen Bundesanstalt als bei Einhaltung der Vorschriften nicht gegeben angesehen. Es verbleibt also das Risiko eines Unfalles durch Abweichen von Vorschriften. Da insoweit Mittel im Bundeshaushalt nicht bereitstehen, ist die vorgeschlagene Ermächtigungsklausel notwendig. Es erscheint förderungspolitisch unabweisbar, weil sonst Atomforschung und Atomwirtschaft blockiert sind.

Stellungnahme der Bundesregierung

Bundesrepublik beziehen kann, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen Haftungsrisiken zu übernehmen, für die die Benutzer keinen Versicherungsschutz beschaffen können. Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer, den Bund freizustellen, wenn dieser in Anspruch genommen wird, bleibt unberührt.“

Tit. 643 — Zuschuß an Institut für Plasmaphysik GmbH zum Betrieb der Fusionsforschungsanlage in Garching bei München —

Der Ansatz von 3 014 600 DM ist um 50 v. H. auf 1 507 300 DM zu kürzen.

Beim Ansatz des Betriebszuschusses ist nicht berücksichtigt, daß über das Königsteiner Staatsabkommen ein Länderanteil von 50 v. H. der Aufwendungen des Bundes bewilligt wurde. Der Bundesanteil ist somit auf 1 507 300 DM zu kürzen.

Dem Vorschlag des Bundesrates wird zugestimmt.

Tit. 897 — Beteiligung an der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt mbH in Hamburg —

Der Sperrvermerk ist zu streichen.

Die Voraussetzungen, die für den Sperrvermerk maßgebend waren, sind inzwischen entfallen.

Dem Vorschlag des Bundesrates wird zugestimmt.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 32 — Bundesschuld —

Kap. 32 03 — Bundesschuldenverwaltung in Bad Homburg v. d. H. und Berlin —

Tit. 301 — Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits —

Kap. 32 05 — Verzinsung und Tilgung —

Tit. 680 — Verzinsung der Anleihen des Bundes —

Die Mittel bei Kap. 32 03 Tit. 301 und Kap. 32 05 Tit. 680 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die beiden Titel stehen in enger finanzpolitischer Wechselbeziehung, soweit es sich um die im Untertitel Kap. 32 05 Tit. 680 Buchstabe r veranschlagte Bundesanleihe 1962 handelt.

Gegen die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze Kap. 32 03 Tit. 301 und Kap. 32 05 Tit. 680 werden Bedenken nicht erhoben.

Kap. 32 03 — Bundesschuldenverwaltung in Bad Homburg v. d. H. und Berlin —

Tit. 301 — Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits —

Der Ansatz von 98 856 200 DM ist um 30 000 000 DM auf 68 856 200 DM zu ermäßigen.

Nachdem die Ansätze bei Kap. 32 03 Tit. 301 und Kap. 32 05 Tit. 680 für gegenseitig deckungsfähig erklärt sind (vgl. Empfehlung zu Nr. 1), stehen nach der Regierungsvorlage für die Beschaffung (Kap. 32 03 Tit. 301) und die Verzinsung (Kap. 32 05 Tit. 680 Buchstabe r) der im Verlauf des Rechnungsjahres 1962 aufzunehmenden Anleihen von 1 795 047 100 DM (Kap. A 32 01 Tit. 91) insgesamt 153 856 200 DM (98 856 200 DM bei 32 03/301 und 55 000 000 bei 32 05/680 r) zur Verfügung. Da mindestens wesentliche Teile dieser Anleihe erst gegen Ende des Rechnungsjahres 1962 aufgenommen werden können, werden für die Verzinsung eines Teiles der Anleihen nur sehr geringe Zeiträume in Frage kommen können. Der nach Kürzung um 30 000 000 DM verbleibende Gesamtbetrag von 123 856 200 DM wird zweifellos zur Beschaffung und Verzinsung ausreichen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Neben den Ausgaben für ein Disagio umfaßt dieser Titel auch die Ausgaben für Bankenprovisionen und sonstige Unkosten, die bei der Begebung von Anleihen entstehen. Bei einem Anleihebedarf von 1 795 047 100 DM sind die Ausgaben nicht zu hoch geschätzt.

Kap. 32 05 — Verzinsung und Tilgung —

Tit. 681 — Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse aufgenommenen Mittel —

Der Ansatz von 70 000 000 DM ist um 20 000 000 DM auf 50 000 000 DM zu kürzen.

Der in der Regierungsvorlage ausgebrachte Ansatz von 70 000 000 DM würde die ständige Unterhaltung von Kassenkrediten usw. — bei Unterstellung eines Zinsfußes von 3 v. H. — von 2 200 000 000 DM erlauben. Selbst unter Zugrundelegung einer ständig bestehenden angespannten Kassenlage des Bundes

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Ausgabe kann im voraus nicht genau berechnet werden, sie ist deshalb geschätzt. Da im Rechnungsjahr 1962 mit einer angespannten Kassenlage zu rechnen ist, wird sich der Bund in erheblichem Umfang neben der Aufnahme von Kassenkrediten auch durch Begebung von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen verschulden müssen. Der

Stellungnahme des Bundesrates

ist die fortgesetzte Aufnahme von Kassenkrediten und kurzfristigen Verbindlichkeiten sehr unwahrscheinlich, da die Zeitspannen bestehender Kassenkredite durch Zeiträume mit Kassenüberschüssen abgelöst werden. Die Istaussgabe 1961 hatte trotz der aus devisenpolitischen Gründen durchgeführten Vorauszahlungen an ausländische Gläubiger nur 3 000 000 DM betragen. Selbst bei Annahme des Eintritts einer erheblichen Verschlechterung der Kassenlage des Bundes im weiteren Verlauf des Rechnungsjahres 1962 muß der nach Kürzung um 20 000 000 DM verbleibende Betrag von 50 000 000 DM als voll ausreichend angesehen werden.

Stellungnahme der Bundesregierung

Diskont für diese Schuldverpflichtungen ist aus diesem Titel zu zahlen.

Tit. 683 — Bedienung der Ablöschungsschuld für die Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Deutschen Reichs und des ehem. Landes Preußen —

Der Ansatz von 146 800 000 DM ist um 19 800 000 DM auf 127 000 000 DM zu ermäßigen.

Die Istaussgabe betrug im Rechnungsjahr 1960 (9 Monate) rd. 65 000 000 DM und im Rechnungsjahr 1961 rd. 67 000 000 DM. Selbst unter der Annahme, daß die Abwicklung der Ablöschungsschulden erheblich beschleunigt werden könnte — was noch nicht feststeht — so ist der auf 127 000 000 DM gekürzte Betrag zur Deckung der voraussichtlich zur Auszahlung heranstehenden Beträge voll ausreichend. Er ist fast doppelt so hoch wie die in beiden Vorjahren benötigten Istbeträge.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der vorgeschlagenen Herabsetzung des Ansatzes kann nicht zugestimmt werden. Der Betrag ist von der Bundesschuldenverwaltung ermittelt worden. Es ist zu berücksichtigen, daß Ausgabereste aus Vorjahren in Abgang gestellt sind. Da bei der Erteilung der Ablöschungsgutschriften erhebliche Nachzahlungen an Zinsen zu leisten sind, ist eine Herabsetzung des Ansatzes nicht gerechtfertigt.

Kap. 32 08 — Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen —

Tit. 525 — Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewähr oder anderen ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen sowie Zahlungen zur Abwendung des Eintritts von Schadensfällen (einschließlich der anfallenden Kosten, insbesondere der Vergütungen an die Mandatare) —

Der Ansatz von 250 000 000 DM ist um 50 000 000 DM auf 200 000 000 DM zu kürzen.

Es trifft zu, daß das Haftungsvolumen und demzufolge auch das Haftungsrisiko des Bundes tendenziell ansteigen. Tatsächlich ist aber in jedem der Vorjahre der Ansatz erheblich übersetzt gewesen. Im Rechnungsjahr 1961 beispielsweise stand einem Ansatz von 175 000 000 DM eine Istaussgabe von rd. 84 000 000 DM entgegen. Das volle Haftungsrisiko wird auch im Jahr 1962 noch nicht in Erscheinung treten, da ein beträchtlicher Teil potentiell gefährdeter Kredite durch neue Kreditzusagen überlagert werden wird. Auch nach Kürzung um 50 000 000 DM wird der verbleibende Ansatz von 200 000 000 DM die Istaussgabe von 1961 und 1960 noch um fast das 2¹/₂-fache übersteigen, so daß auch bei eintretenden erheblichen Haftungsfällen eine voll ausreichende Deckung vorhanden ist.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die vorgeschlagene Kürzung des Bürgschaftsfonds um 50 000 000 DM auf 200 000 000 DM ist nicht durchführbar, weil im Rechnungsjahr 1962 mit einer verstärkten Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewähr oder anderen ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen sowie mit Zahlungen zur Abwendung des Eintritts von Schadensfällen gerechnet werden muß.

Allein die Bundesdeckungen für die Ausfuhr und für Entwicklungsländer betragen z. Z. 17 000 000 000 DM. Bei Berücksichtigung der übersehbaren Risiken wird unter Anrechnung der zu erwartenden Einnahmen der für Schadenszahlungen einschließlich der Kosten aus allen Bürgschaftsmaßnahmen vorgesehene Ansatz von 250 000 000 DM für erforderlich gehalten.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 33 — Versorgung —**Kap. 33 03 — Versorgung der Beamten und Richter des Bundes —****Tit. 150 — Ruhegehälter —**

Der Ansatz ist von 95 762 000 DM um 10 000 000 DM auf 85 762 000 DM herabzusetzen.

Der vorgeschlagene Ansatz errechnet sich aus den Istaussgaben für 1961.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der Mehrbedarf von 25 800 000 DM gegenüber der Istaussgabe 1961 errechnet sich wie folgt:

1. Durch Ansteigen der Zahl der Ruhegehaltempfänger 7 800 000 DM
2. Aufgrund der Kühlthau-Novelle (Ortszuschlag nach jeweiligem Wohnsitz, Erhöhung der Mindestbezüge, Erhöhung der Kürzungsgrenze, Spitze BDA-Überleitung u. a.) 14 400 000 DM
3. Nachzahlung für die Monate Oktober bis Dezember 1961 (Inkrafttreten der Kühlthau-Novelle am 1. Oktober 1961) 3 600 000 DM

Zusammen 25 800 000 DM

Tit. 152 — Witwen- und Waisengelder —

Der Ansatz ist von 32 163 000 DM um 5 000 000 DM auf 27 163 000 DM herabzusetzen.

Die Begründung für den Änderungsvorschlag zu Tit. 150 gilt entsprechend.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der Mehrbedarf von 12 600 000 DM gegenüber der Istaussgabe 1961 errechnet sich wie folgt:

1. Durch Ansteigen der Zahl der Witwen und Waisen 4 900 000 DM
2. Aufgrund der Kühlthau-Novelle (siehe oben) 6 200 000 DM
3. Nachzahlung für Oktober bis Dezember 1961 1 500 000 DM

Zusammen 12 600 000 DM

Einzelplan 36 — Zivile Notstandsplanung —**Kap. 36 04 — Notstandsmaßnahmen im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern —**

In Kap. 36 04 ist ein Leertitel mit folgender Bezeichnung aufzunehmen:

„Tit. . . . Schutz- und Bevorratungsmaßnahmen aus Anlaß der sich aus Kernwaffenversuchen ergebenden Gefahren“

Nach § 1 in Verbindung mit §§ 12, 14 AtG führen die Länder derartige Schutzmaßnahmen im Auftrage des Bundes aus.

Da es sich um Maßnahmen des zivilen Bevölkerungsschutzes handelt, muß die Möglichkeit vorgesehen werden, dem Bund gegebenenfalls entstehende Kosten anzulasten.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Ermächtigungen des Bundes nach § 1 in Verbindung mit § 12 AtG reichen nicht zur Anordnung von Vorsorgemaßnahmen gegen Gefahren aus Strahlenquellen außerhalb der Bundesrepublik Deutschlands aus. Die Durchführung der Maßnahmen ist eine Katastrophenschutz Aufgabe, die gemäß Artikel 30 in Verbindung mit Artikel 70 GG als Angelegenheit der Länder anzusehen ist und gemäß Artikel 106 Abs. 4 Nr. 1 GG auch in deren Finanzverantwortung liegt.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. 36 05 — Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft —

In Kap. 36 05 ist ein neuer Tit. 602 als Leertitel mit folgender Zweckbestimmung aufzunehmen:

„Finanzierung von Vorräten auf dem Gebiet der Wirtschaft und deren Lagerhaltung. Die Mittel sind übertragbar.“

Entsprechend den Tit. 620 und 621 im Einzelplan 36 — Kap. 36 06 —, die den Einkauf und die Lagerhaltung von Lebens- und Futtermitteln vorsehen, ist eine Bevorratung für die allgemeine Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern, wie Beschaffung und Lagerung von Kohle, Heizöl, Treibstoffen und Bedarfsgütern, erforderlich. Die hierfür im einzelnen notwendigen Mengen können zur Zeit noch nicht übersehen werden. Um jedoch die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen treffen zu können, ist eine Grundsatzentscheidung in Form der Schaffung eines Leertitels notwendig.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Ausbringung eines Leertitels setzt voraus, daß die vorgesehenen Maßnahmen etatreif sind. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt, da die Länder die in Friedenszeiten vorhandenen und darüber hinaus in Notzeiten benötigten Bestände noch nicht erfaßt bzw. ermittelt haben. Außerdem sind die Rechtsfragen (keine Bundes-, sondern Länderaufgabe) und die tatsächlichen Schwierigkeiten (Lagerung, Wälzung usw.) nicht geklärt.

Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung —

Kap. 60 01 — Steuern und Abgaben —

Tit. St 9 — Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer —

Der Ansatz von 11 959 000 000 DM ist um 291 000 000 DM auf 12 250 000 000 DM zu erhöhen.

Während der Bund bei der Errechnung seines Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von einem Gesamtaufkommen in Höhe von 34 170 000 000 DM ausgegangen ist, haben die Länder dieses Aufkommen in den Länderhaushalten für das Rechnungsjahr 1962 mit rd. 35 000 000 000 DM veranschlagt. Legt man diesen Betrag zugrunde, so beträgt der Anteil des Bundes (35 v. H.) nicht 11 959 000 000 DM, sondern 12 250 000 000 DM. Der in Tit. St. 9 veranschlagte Betrag erhöht sich damit um 291 000 000 DM.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Steuerschätzungen des Bundes sind in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank und den führenden unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstituten nach wissenschaftlichen Methoden ermittelt worden. Die Richtigkeit dieser Methode hat sich in der Vergangenheit bewährt (1961 wich das tatsächliche Steueraufkommen um weniger als 1 v. H. von dem Schätzungsergebnis ab). Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen besteht keine Veranlassung, die letzten Schätzungen des Bundes zu ändern.

Kap. 60 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 68 — Aus der Prägung der Bundesmünzen sowie sonstige Einnahmen aus dem Münzwesen —

Der Ansatz von 80 000 000 DM ist um 15 000 000 DM auf 95 000 000 DM zu erhöhen.

Anpassung an die Isteinnahmen des vergangenen Jahres.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Einnahme ist im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ermittelt worden. Da im Rechnungsjahr 1962 voraussichtlich viele kleine Münzen zu prägen sind, kann die Isteinnahme aus dem Rechnungsjahr 1961 nicht zugrunde gelegt werden.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 96 — Beiträge der Länder zum Ausgleich des Fehlbedarfs im Bundeshaushaltsplan 1962 —

Der Titel ist wie folgt zu fassen:

„Beiträge der Länder zum Bundeshaushaltsplan 1962
... 380 400 000 DM

Der veranschlagte Betrag vermindert sich in dem gleichen Umfang, in dem die Einnahmen bei Kap. 60 01 Tit. St 9 den Betrag von 12 250 000 000 DM überschreiten.“

Die Empfehlungen des Bundesrates zu verschiedenen Einzelplänen ergeben eine Kürzung der Ausgaben bzw. eine Erhöhung der Einnahmen (siehe die Änderungsvorschläge zu Einzelplan 06, 08, 09, 12, 24, 26, 31, 32, 33 und 60). Damit ermäßigen sich die in Tit. 96 veranschlagten Beiträge der Länder um 1 359 767 400 DM. Der verbleibende Betrag von 380 400 000 DM soll durch Beiträge der Länder aufgebracht werden. Er soll sich jedoch in dem gleichen Umfang, in dem die Einnahmen bei Kap. 60 01 Tit. St 9 den Betrag von 12 250 000 000 DM überschreiten, mindern.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Forderungen der Länder, auf den angebotenen Länderbeitrag von 380 000 000 DM etwaige Mehreinnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer anzurechnen, ist abzulehnen. Der Bund trägt das Risiko des richtigen Steuereingangs nicht nur hinsichtlich seines Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, sondern für das Gesamtsteueraufkommen. Es geht deshalb nicht an, dem Bund zuzumuten, das Risiko für die reinen Bundessteuern voll zu tragen, andererseits aber alle Mehreinnahmen bei dem Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zur Minderung des Länderbeitrags zu verwenden. Damit wird dem Bund jede Möglichkeit eines Ausgleichs für den Fall genommen, daß die reinen Bundessteuern, deren Anteil $\frac{3}{4}$ der Deckungsmasse aus Steuern und Abgaben beträgt, hinter den veranschlagten Beträgen zurückbleiben. Eine solche Ausgleichsmöglichkeit muß aber erhalten bleiben, da hinsichtlich des Gesamtsteueraufkommens das Optimum der Steuerschätzung erreicht ist. Schließlich würde der Beitrag der Länder in der vom Bundesrat vorgeschlagenen Form keine Ausgleichsmaßnahme im Sinn von Artikel 110 GG sein, weil die Zahlungsverpflichtung der Länder erst nach Schluß des Rechnungsjahres festgestellt werden kann und ein etwaiger Länderbeitrag erst im folgenden Rechnungsjahre zur Verfügung stehen würde.

Tit. 300 — Minderausgaben im Bundeshaushalt 1962 —

Der Ansatz von — 1 182 000 000 DM ist um 220 000 000 DM auf — 1 402 000 000 DM zu erhöhen.

Nach der Erklärung des Bundesfinanzministeriums in der Finanzausschußsitzung des Bundesrates vom 15. Februar 1962 betragen die nicht auf Rechtsverpflichtungen beruhenden Ausgabenansätze etwa 7 000 000 000 DM. Wenn man diese Schätzung zugrunde legt, würde eine 12⁰/₁₀₀ige Kürzung zu einer Ersparnis von 840 000 000 DM führen. Dieser Betrag liegt um 220 000 000 DM über dem Ansatz der Vorlage. Der Ansatz kann um diese Summe ohne Bedenken erhöht werden, da der auf 7 000 000 000 DM geschätzte kürzungsfähige Betrag nur 18,9 v. H. des Zivilhaushaltes beträgt, während im Haushaltsplan 1960 noch von einem kürzungsfähigen Anteil des Zivilhaushalts in Höhe von 30,1 v. H. ausgegangen worden ist.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der Einsparungsbetrag aus der 12-v. H.-Kürzung kann nicht über die im Haushaltsentwurf veranschlagte Minderausgabe (620 000 000 DM) hinaus erhöht werden. Der Hinweis des Finanzausschusses des Bundesrates auf die Höhe der in früheren Jahren erzielten tatsächlichen Einsparungen ändert daran nichts. Das Angebot, die Kürzungsmöglichkeit an Hand einer Aufstellung zu prüfen, hat der Finanzausschuß des Bundesrates leider abgelehnt.

a) Diese Einsparungen im Bundeshaushalt, die in der Haushaltsrechnung dargestellt sind, erfassen alle im Laufe des Jahres eingetretenen Minderausgaben. Diese Minderausgaben haben verschiedene Ursachen. Sie entstehen auch bei auf Rechtsverpflichtung beruhenden Haushaltsansätzen, die nicht der Kürzung unterliegen, und zwar unter Umständen in beträchtlicher Höhe, z. B. wenn sich die Auszahlungen aus unvorhergesehenen Gründen verzögern. Sie entstehen ferner in erheblichem Umfang bei den kürzungsfähigen Ansätzen (über den Kürzungsbetrag hinaus), weil die auf Grund des Haushaltsansatzes eingegangenen Verpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfang in laufenden Rechnungsjahren zu kassemäßigen Ausgaben führen. Daher bleibt ein

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

erheblicher Teil der nicht ausgegebenen Beträge als Ausgaberesultate bestehen. Die auf diese Weise am Ende eines Rechnungsjahres entstandenen Minderausgaben lassen sich in der Haushaltsrechnung von den echten Einsparungen auf Grund einer Kürzungsklausel nicht trennen. Aus der Summe der insgesamt entstandenen Minderausgaben kann deshalb kein Schluß auf die Höhe einer durch Kürzung erzielbaren Einsparung gezogen werden.

- b) Im Haushaltsplan 1961 wurde erstmals auf globale Kürzungen verzichtet. An Stelle einer globalen Kürzung wurden die kürzungsfähigen Ansätze im einzelnen herabgesetzt. Die jetzt vorgesehene Globalkürzung ist deshalb wesentlich schwieriger durchzuführen als früher, weil sie in diesem Jahr auf bereits gekürzte Ansätze anzuwenden ist.
- c) Es ist zwar rechnerisch richtig, daß eine ausnahmslose 12 v. H.-Kürzung aller nicht auf Rechtsverpflichtung beruhenden Ansätze (im Höchstfall rd. 7 000 000 000 DM) die vom Bundesrat geforderte Erhöhung der Minderausgaben rechtfertigen würde. Tatsächlich ist dies aber unmöglich, weil in der Gesamtsumme von 7 000 000 000 DM zahlreiche Ansätze (oder Teile von Ansätzen) einer Kürzung gar nicht zugänglich sind. So liegen z. B. auf Grund von Bindungsermächtigungen bereits Verpflichtungen vor, die einen Teil der Mittel eines Titels in Anspruch nehmen, so daß eine 12 v. H.-Kürzung des Titels praktisch eine weit höhere und im Einzelfall nicht tragbare Kürzung der noch freien Mittel bedeuten würde.

Tit. 999 — Zur Deckung der kassenmäßigen Mehrausgaben aus den Rechnungsjahren 1960/61 —

Der Ansatz von 206 890 700 DM ist um 160 837 900 DM auf 46 052 800 DM zu kürzen.

Der Bund hat bereits jetzt die kassenmäßigen Mehrausgaben des Rechnungsjahres 1961 im Haushalt eingesetzt. Nach § 75 der Reichshaushaltsordnung ist eine Minderausgabe spätestens im zweiten Rechnungsjahr einzusetzen. Da der Bund bisher entsprechend verfahren ist, besteht keine Veranlassung, den genannten Betrag schon jetzt im Haushaltsplan einzustellen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

§ 75 RHO, der die Deckung eines Fehlbetrages spätestens im übernächsten Jahr vorschreibt, geht davon aus, daß der Fehlbetrag eines Rechnungsjahres im allgemeinen deshalb erst im übernächsten Jahr in den Haushaltsplan eingestellt werden kann, weil er bei rechtzeitiger Aufstellung des Haushaltsplans für das nächste Rechnungsjahr noch gar nicht bekannt ist. Durch die verspätete Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1962 steht der Fehlbetrag 1961 aber bereits fest. Die Abdeckung des Fehlbetrages in 1962 ist deshalb aus sachlichen und rechtlichen Gründen notwendig.